

Landesbank Baden-Württemberg Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz.

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009 und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2009.

INHALT

Lagebericht der Landesbank Baden-Württemberg	1
Geschäftstätigkeit und Strategie der Landesbank Baden-Württemberg	3
Gesamtwirtschaftliche Entwicklung	9
Entwicklung der Kreditwirtschaft	13
Wichtige Ereignisse im Geschäftsjahr	15
Geschäftsentwicklung der LBBW-Bank (HGB)	17
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	27
LBBW Verbesserungsprozess	33
Compliance	34
Nachhaltigkeit	37
Risikobericht	41
Nachtragsbericht	85
Prognosebericht	86
Jahresabschluss	92
Anhang	98
Versicherung der gesetzlichen Vertreter.....	137
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers.....	138

Die folgenden Ausführungen sollten im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz (LBBW) für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009, bestehend aus Bilanz-, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang, gelesen werden. Der Jahresabschluss 2009 sowie der Lagebericht 2009 wurden wie im Vorjahr von der PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Geschäftstätigkeit und Strategie der Landesbank Baden-Württemberg.

Die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) ist eine Universal- und Geschäftsbank und gehört zu den größten deutschen Kreditinstituten. Zusammen mit ihren regionalen Kundenbanken BW-Bank, Rheinland-Pfalz Bank und Sachsen Bank bietet sie in bundesweit 212 Filialen und Stützpunkten alle Geschäftsarten einer modernen Großbank. Auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Stuttgart erfüllt die BW-Bank für die LBBW die Aufgaben einer Sparkasse.

Für die heimischen Unternehmenskunden bietet die LBBW einen weltweiten Vor-Ort-Service mit ausgewählten Auslandsstandorten, darunter die Niederlassungen in New York, London, Singapur, Seoul und Mexiko-Stadt sowie zahlreiche Repräsentanzen. Ergänzt wird das internationale Netzwerk durch die vier German Centres in Beijing, Mexiko-Stadt, Singapur und Delhi.Gurgaon, Indien.

Nukleus des LBBW-Konzerns ist die LBBW selbst. Hier sind Stabs- und Servicefunktionen auf Konzern-ebene gebündelt. Außerdem sind hier das Kapitalmarktgeschäft, die Betreuung überregional bzw. international agierender Großkunden und die Sparkassenzentralbankfunktion angesiedelt. Daneben bilden die BW-Bank, die Sachsen Bank sowie die Rheinland-Pfalz Bank als unselbstständige Anstalten mit eigenständigem Marktauftritt die drei starken regionalen Säulen im Kundengeschäft des Konzerns. Dadurch verbindet der LBBW-Konzern effiziente Strukturen und das Leistungsspektrum eines großen Kreditinstituts mit der Nähe regionaler Kundenbanken. Das Leistungsspektrum des LBBW-Konzerns wird ergänzt durch spezialisierte Tochtergesellschaften.

Die LBBW ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz. Ihre Eigentümer sind der Sparkassenverband Baden-Württemberg mit 40,53%, das Land Baden-Württemberg mit 19,57%, die Landeshauptstadt Stuttgart mit 18,93%, die Landesbeteiligungen Baden-Württemberg GmbH mit 18,26% und die L-Bank mit 2,71% der Anteile am Stammkapital der LBBW.

Herausfordernde wirtschaftliche Rahmenbedingungen.

Das anspruchsvolle gesamtwirtschaftliche Umfeld, gepaart mit der tiefgreifenden Finanzkrise, hat die globale Bankwirtschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr vor ausgesprochen große Herausforderungen gestellt. Kreditinstitute auf der ganzen Welt wurden davon unerwartet hart getroffen. Seither hat sich die Situation an den internationalen Finanzmärkten zwar wieder entspannt, ist aber längst noch nicht zur Normalität zurückgekehrt. Auch die LBBW ist von dieser Finanzkrise trotz solider Erträge im operativen Geschäft nicht unberührt geblieben.

Einhergehend mit der Eintrübung des bankwirtschaftlichen Marktumfeldes begann die LBBW bereits frühzeitig damit, ihre strategische Grundausrichtung an die veränderten Rahmenbedingungen anzupassen. Dieser Veränderungsprozess bekam durch die dramatischen Entwicklungen an den internationalen Finanzmärkten in quantitativer und zeitlicher Hinsicht zusätzliche Dynamik. Vor allem die Entwicklungen an den Kapitalmärkten sowie externe Ratingherabstufungen von Kreditpapieren führten zu einem unerwarteten Anstieg des Eigenkapitalbedarfs.

Um vor dem Hintergrund aufsichtsrechtlicher höherer Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung sicherzustellen, dass die Bank auch künftig ihre Rolle als solider und verlässlicher Finanzierungspartner vollumfänglich wahrnehmen kann, haben die Träger dem LBBW-Konzern im Frühsommer 2009 weiteres Eigenkapital in Höhe von 5 Mrd. EUR zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig hat das Land Baden-Württemberg Risiken mit einem Garantiebtrag in Höhe von 12,7 Mrd. EUR abgesichert. Diese Maßnahmen wurden durch die EU-Kommission mit der Auflage einer umfassenden Umstrukturierung und Neuausrichtung der Bank verbunden und am 15. Dezember 2009 auf Basis eines Anfang Oktober 2009 eingereichten Umstrukturierungsplans ohne Hauptprüfverfahren genehmigt.

Tiefgreifender Umbau der Bank.

Dank ihres stark kundenbezogenen Geschäfts verfügt die LBBW über eine solide Ertragsbasis und einen profitablen Kern, der sich gerade in diesen wirtschaftlich sehr anspruchsvollen Zeiten im Grundsatz bewährt hat. Die tiefe regionale Verwurzelung, gepaart mit dem damit einhergehenden Markt-Know-how, ist dabei ein echter Mehrwert, den die LBBW gegenüber ihren Mitbewerbern bieten kann. Entsprechend liegen im kundennahen Geschäft auch die zentralen Wachstumsfelder der Bank. Im Rahmen des Umstrukturierungsplans ist die Konzentration der Bank auf die stabilen regional geprägten Kerngeschäftsfelder vorgesehen.

Die LBBW hat bereits 2009 die zentralen Weichenstellungen zur Anpassung ihres Geschäftsmodells initiiert. Im Einzelnen umfasst der von der LBBW erarbeitete Umstrukturierungsplan die folgenden Eckpunkte:

1. Konzentration auf das Kerngeschäft mit Wachstumsperspektiven

Die LBBW fokussiert sich in ihrer strategischen Ausrichtung noch stärker auf ihre Kernaktivitäten mit Wachstumsperspektiven, insbesondere auf die erfreulich verlaufenden Geschäfte mit Firmenkunden, Privatkunden und Sparkassen. Flankiert wird dies durch leistungsfähige Immobilienfinanzierungs- und Kapitalmarktprodukte, auch für institutionelle Kunden. Die LBBW versteht sich dabei weiterhin als verlässlicher Partner des Mittelstands in ihren regionalen Kernmärkten Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen mit den daran angrenzenden Regionen. Darüber hinaus konzentriert sich die Bank im Firmenkundengeschäft auf ausgewählte große Unternehmen im deutschsprachigen Raum; das Geschäft mit gewerblichen Immobilienkunden ist künftig hingegen auf Deutschland und ausgewählte Aktivitäten in den Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien ausgerichtet.

2. Abbau des Kreditsatzgeschäfts und der sonstigen opportunistischen Geschäftsaktivitäten

Das Kreditsatzgeschäft der LBBW wird abgebaut. Im Vordergrund steht dabei die konsequente Nutzung von Fälligkeiten. Darüber hinaus wird die Bank Projektfinanzierungen nur noch in Zusammenhang mit Kundengeschäften bzw. in Verbindung mit Projekten im Kontext erneuerbarer Energien betreiben. Im Auslandsgeschäft konzentriert sich die LBBW künftig auf Export- und Handelsfinanzierungen im Interesse ihrer heimischen Kunden. Außerdem kommt es zu einer Straffung des Auslandsnetzes und zum Verkauf von Beteiligungen. Trotzdem bleiben die kundenbezogenen Aktivitäten der LBBW hierbei ganz klar im Mittelpunkt.

In der Summe zielen die vorgesehenen Maßnahmen darauf ab, die Bilanzsumme des LBBW-Konzerns um circa 40% zurückzuführen. Damit einhergehend wird die Risikostruktur im Konzern weiter verbessert und gleichzeitig der Komplexitätsgrad spürbar reduziert.

3. Deutliche Reduktion der Kosten um ca. 700 Mio. EUR

Die mit der Kapitalerhöhung und der Risikoabschirmung verbundenen Kosten und Auflagen erfordern eine deutliche Senkung der Kostenbasis im Konzern. Im Zielbild sind Kostensenkungen mit einem Gesamtvolumen von rund 700 Mio. EUR jährlich geplant. Die Reduktion der Kosten wird schrittweise ab 2010 erfolgen. Der Großteil der Reduktion basiert auf Sachkosteneinsparungen und Beteiligungsveräußerungen. Ferner ist die strategische Neuausrichtung der LBBW mit dem Abbau von rund 2 500 Stellen verbunden. Die Verringerung der Stellenzahl soll so sozialverträglich wie möglich vollzogen werden.

4. Gesundes Wachstum im Kerngeschäft

Das Konzept zur Neuausrichtung definiert auch klar die Wachstumsfelder der Bank. So zielt die LBBW darauf ab, ihre Position als Partner des Mittelstands in den regionalen Kernmärkten der Bank unter Nutzung ihrer Marktkenntnis und Intensivierung der Kundennähe weiter zu festigen und damit auch die Kreditversorgung der Wirtschaft sicherzustellen.

Die LBBW versteht sich dabei weiterhin als leistungsfähiger und verlässlicher Partner ihrer Kunden, als Hausbank im besten Sinne des Wortes. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Phasen bedürfen Bankkunden eines langfristig denkenden und verlässlichen Kreditinstituts, das seinen Kunden loyal zur Seite steht. Es entspricht der Erfahrung der LBBW, dass eine dauerhafte Partnerschaft zwischen Bank und Kunde sich am langen Ende für beide Seiten lohnt. Das zeigen auch die teilweise bereits seit Jahrzehnten andauernden Kundenbeziehungen.

Darüber hinaus ist das gesunde Wachstum im Kerngeschäft der LBBW eine wesentliche Voraussetzung für die nachhaltige Sicherung der verbleibenden Arbeitsplätze.

Insgesamt sieht sich die LBBW gut gerüstet, um auch in dieser schwierigen Umbauphase weiterhin erfolgreich im Markt zu agieren.

Künftige Geschäftsfeldstrategie beruht auf fünf Säulen.

Das künftige Geschäftsmodell der LBBW umfasst fünf Geschäftsfelder: Privatkunden, Firmenkunden, Sparkassen, Financial Markets und Immobilienfinanzierung.

Im Geschäftsfeld **Privatkunden** setzt die LBBW zwei Schwerpunkte. Zum einen konzentriert sich die Bank auf das gehobene Privatkundengeschäft. Zu diesem Zweck soll in den Bereichen Private Banking und Wealth Management die Neukundengewinnung forciert, die Betreuungsintensität ausgebaut und das Produktangebot fokussiert werden. Ziel ist es, die Position der BW-Bank als leistungsfähige Regionalbank und damit als einer der führenden Anbieter für gehobene Segmente weiter zu festigen. Flankierend werden die Sachsen Bank und die Rheinland-Pfalz Bank in den dortigen Märkten das gehobene Privatkundengeschäft mittels lokal-selektiver Präsenz betreiben. Den zweiten Schwerpunkt im Geschäftsfeld Privatkunden legt die LBBW auf das klassische Retailgeschäft. Innerhalb des Stadtgebiets Stuttgart übernimmt dabei die BW-Bank die Rolle einer Sparkasse, die ihren Kunden die komplette Bank- und Finanzdienstleistungspalette bietet. Aus dieser Sparkassenfunktion heraus ergibt sich ein erheblicher Anteil des Retailgeschäfts der LBBW. Der auf die nachhaltige Kundenbeziehung ausgerichtete und bedarfsorientierte Beratungs- und Betreuungsansatz ist und bleibt Leitgedanke im Privatkundengeschäft der LBBW.

Im Geschäftsfeld **Firmenkunden** fokussiert sich die LBBW in Zukunft zum einen auf das Betreuungsgeschäft für mittelständische Firmenkunden und Kunden der öffentlichen Hand. Die Unternehmenskunden in Baden-Württemberg betreut der LBBW-Konzern dabei unter der Marke BW-Bank. In Rheinland-Pfalz und den angrenzenden Wirtschaftsräumen nehmen diese Funktion die Rheinland-Pfalz Bank und in Mitteldeutschland die Sachsen Bank wahr. Die Versorgung des heimischen Mittelstands mit einem umfassenden bankwirtschaftlichen Produktportfolio gehört auch weiterhin zum Herzstück des LBBW-Geschäftsmodells. Hierzu zählen insbesondere auch innovative Financial-Markets-Produkte wie Corporate-Schuldscheine und Corporate-Finance-Dienstleistungen. Das regionale Geschäft mit Unternehmenskunden wird entsprechend weiter ausgebaut und dient damit auch zukünftig als stabile Ertragsbasis. Zum anderen umfasst die Säule Firmenkunden das Geschäft mit Großkunden in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Besonderes Augenmerk legt die LBBW dabei auf das Geschäft mit kapitalmarktorientierten Kunden, deren Tätigkeit international ausgerichtet ist. Ferner bietet die LBBW umfassende Dienstleistungen bei der Projektfinanzierung im Bereich regenerative Energien an.

Im Geschäftsfeld **Sparkassen** fungiert die LBBW als Sparkassenzentralbank für Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz sowie Sachsen. Das Engagement der LBBW im Rahmen ihrer Sparkassenzentralbankfunktion untergliedert sich dabei in drei wesentliche Arten der Zusammenarbeit: Die Bank betreut Eigengeschäfte der Sparkassen für alle Produktkategorien zur Absicherung und Anlage der Sparkasse selbst. Im Marktpartnergeschäft werden neben Metakrediten auch Produkte der LBBW zum Weitervertrieb an die Endkunden der Sparkassen angeboten. Schließlich werden Abwicklungsgeschäfte im Dienstleistungsgeschäft, wie beispielsweise Wertpapierabwicklung oder Auslandszahlungsverkehr, erbracht. Vor dem Hintergrund der erzielbaren Skaleneffekte ist die Zusammenarbeit mit den Sparkassen ein zentrales Element im Geschäftsmodell der LBBW. Entsprechend ist die LBBW bestrebt, die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Sparkassen weiter zu vertiefen und auszubauen.

Das Geschäftsfeld **Financial Markets** ist auf Service- und Beratungsdienstleistungen für institutionelle Kunden, Sparkassen sowie Unternehmenskunden ausgerichtet und damit ganz klar auf das kundeninduzierte Geschäft konzentriert. Für Privatkunden und Institutionelle strukturiert, vertreibt und handelt die LBBW mit Aktien-, Zins-, Geldmarkt-, Währungs- und Rohstoffprodukten. Des Weiteren werden die Beratung, Strukturierung und Platzierung in Eigen- und Fremdkapitalfinanzierungen angeboten, womit den Kernkunden der LBBW insbesondere auch der Zugang zu den Kreditmärkten ermöglicht wird.

Das Geschäftsfeld **Immobilienfinanzierung** beinhaltet künftig eine breite Palette objekt-, portfolio- und unternehmensbezogener Finanzierungsstrukturen sowie eine Reihe ergänzender Produkte und Dienstleistungen für Immobiliengesellschaften sowie private und institutionelle Investoren. Dabei soll der Großteil des Geschäfts in Deutschland stattfinden, während die Auslandstätigkeiten des Geschäftsfelds auf die Vereinigten Staaten (USA) und Großbritannien beschränkt sein werden. Außerhalb der definierten Kernmärkte Deutschland, USA und Großbritannien sowie außerhalb der definierten Segmente und Objektkategorien wird das Immobilienfinanzierungsgeschäft in den kommenden Jahren deutlich reduziert.

Gesamt- wirtschaftliche Entwicklung.

Weltwirtschaft.

Die zeitweise schon befürchtete Neuauflage der großen Depression der 1930er-Jahre blieb im abgelaufenen Jahr aus. Die von den Regierungen der großen Volkswirtschaften initiierten Konjunkturprogramme und die Liquiditätszufuhr der wichtigsten Notenbanken verhinderten das Schlimmste. Dennoch konnte der schärfste wirtschaftliche Einbruch seit dem Zweiten Weltkrieg nicht abgewendet werden. Ausdruck dessen war eine globale Schockstarre, die vor allem im ersten Halbjahr die Weltkonjunktur lähmte: Der internationale Warenhandel erlitt einen deutlichen Einbruch, die Auftragsgänge brachen dramatisch ein und die Kapazitätsauslastungen in den großen Industrienationen fielen infolgedessen stellenweise auf historische Tiefstände. Erholungstendenzen im zweiten Halbjahr waren dann vor allem den fiskal- und geldpolitischen Stimulierungen zu verdanken.

Der Verlauf kann gut am Beispiel der USA skizziert werden. Fiel das amerikanische BIP im ersten Quartal 2009 noch um annualisiert 6,4%, setzten staatliche Maßnahmen wie etwa die US-Verschrotungsprämie positive Impulse, die im dritten Quartal 2009 bereits wieder zu einem Zuwachs von 2,2% (annualisiert) führten. Die positive Entwicklung setzte sich schließlich im vierten Quartal mit einem Zuwachs von 5,7% (annualisiert) gegenüber dem Vorquartal fort. Vorläufigen Schätzungen zufolge dürfte im Gesamtjahr 2009 in der größten Volkswirtschaft real ein Minus von 2,4% zu Buche stehen. Die Weltwirtschaft dürfte im Jahr 2009 nach Schätzungen der LBBW um 0,6% geschrumpft sein – was seit dem Zweiten Weltkrieg der deutlichste Einbruch wäre. Ohne das robuste Wachstum in den Schwellenländern sähe das Ergebnis noch deutlich schlechter aus. Allen voran steht hierbei einmal mehr China. Die chinesische Regierung legte in Relation zum Bruttoinlandsprodukt das größte Konjunkturpaket vor. Sowohl im Jahr 2009 als auch im Jahr 2010 standen und stehen staatliche Mittel von rund 7% des BIP für Investitionsmaßnahmen zur Verfügung. Vor diesem Hintergrund wuchs die chinesische Volkswirtschaft laut offiziellen vorläufigen Schätzungen um 8,7% im Jahr 2009.

Deutschland.

Der starke Einbruch der Weltwirtschaft traf die deutsche Volkswirtschaft ins Mark. Waren bis zur Krise die Investitionen und die Exporte die wichtigsten Wachstumstreiber, drückten beide Größen das BIP nun kräftig in den roten Bereich. Der Einbruch der Investitionen stand dabei in unmittelbarem Zusammenhang mit dem massiven Rückgang der Ausfuhren. Im Durchschnitt der zwei ersten Quartale gingen die Exporte um real 18% gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurück. Das Bruttoinlandsprodukt verzeichnete vor diesem Hintergrund im ersten bzw. zweiten Quartal 2009 ein Minus von 6,7% bzw. 5,8% im Jahresvergleich. Ohne den relativ robusten privaten Konsum und den höheren Staatsverbrauch wäre die wirtschaftliche Talfahrt noch ausgeprägter ausgefallen. Die Ausweitung der Kurzarbeit – von August 2008 bis Mai 2009 stieg die Zahl der Kurzarbeiter von 39 416 auf 1,533 Mio. – führte zu einem weniger starken Anstieg der Arbeitslosenquote als allgemein befürchtet. Der dadurch vermiedene Arbeitsplatzabbau – die Arbeitslosenquote stieg lediglich von 7,7% im Dezember 2008 auf 8,1% im Dezember 2009 – hielt zusammen mit den hohen Lohnabschlüssen des Vorjahres und den Kaufanreizen der »Abwrackprämie« die Kaufbereitschaft der Konsumenten aufrecht. Die in Deutschland bereits im zweiten Quartal begonnene Erholung setzte sich im dritten Quartal mit einem Plus von 0,7% (saison- und kalenderbereinigt) im direkten Quartalsvergleich fort. Positive Impulse kamen seit Jahresanfang 2009 von den Bauinvestitionen und ab dem dritten Quartal 2009 von den Ausrüstungsinvestitionen. Darüber hinaus verzeichneten die Exporte im dritten Quartal 2009 wieder einen Zuwachs um 3,4% zum Vorquartal. Per saldo ist das deutsche Bruttoinlandsprodukt ungeachtet der Erholung ab dem zweiten Quartal im Jahr 2009 aufgrund des Einbruchs zu Jahresanfang (-3,5% im Quartalsvergleich) nach einer ersten Schätzung des Statistischen Bundesamtes real um 5% geschrumpft.

Notenbankpolitik.

Die großen Notenbanken sahen sich in Anbetracht des massiven wirtschaftlichen Einbruchs und der weiterhin bestehenden Risiken im Bankensektor zu einer Fortsetzung ihrer bereits im Jahr 2008 begonnenen drastischen Maßnahmen gezwungen. Die EZB senkte ihren Leitzins im Zeitraum von März bis Mai um insgesamt 100 Basispunkte auf ein in der Geschichte der Notenbank historisches Tief von 1%. Darüber hinaus erweiterte die EZB ihren Handlungsspielraum mit sogenannten »unkonventionellen Maßnahmen«. Hierzu gehörte unter anderem die Ankündigung des Kaufs von besicherten Bankanleihen von Emittenten aus dem Euroraum. Der Rahmen dieses Programms beläuft sich auf 60 Mrd. EUR. Zum Jahresende 2009 waren davon 28,74 Mrd. EUR ausgeschöpft. Darüber hinaus führte die Zentralbank Repogeschäfte mit einer Laufzeit von einem Jahr ein. In insgesamt drei Jahrestendern teilte die EZB den Geschäftsbanken per saldo 614 Mrd. EUR zu. Die Gebote der einzelnen Institute bediente die EZB dabei voll. Am Geldmarkt sind die Zinsen dank der expansiven Geldpolitik

praktisch das ganze Jahr ununterbrochen gefallen. Lag der 3-Monats-Euribor zu Jahresbeginn noch bei 2,89%, wurde zu Ende des Jahres ein Zins von 0,7% quotiert. Die reichliche Liquiditätsversorgung durch die EZB zeigte also am Geldmarkt den gewünschten Erfolg.

In den USA setzte die US-Notenbank ihre Politik der »quantitativen Lockerung« fort. Nachdem die Federal Reserve bereits im Jahr 2008 die Fed Funds Target Rate de facto auf Null gesenkt hatte, kam den Instrumenten jenseits der Zinspolitik eine hohe Bedeutung zu. Diese Programme sahen vor, dass die US-Notenbank u. a. 300 Mrd. USD an US-Staatsanleihen und 1 250 Mrd. USD hypothekenbesicherte Wertpapiere (MBS) am Markt aufkauft. Während die Käufe von Staatsanleihen bereits im Herbst 2009 abgeschlossen wurden, dürften die Käufe von MBS noch bis zum Ende des ersten Quartals 2010 andauern.

Rentenmarkt.

Auch am Rentenmarkt dürfte das Jahr 2009 wohl noch lange in den Rekordlisten geführt werden. Einhergehend mit einem Rückgang der Renditeaufschläge für Unternehmensanleihen (gemessen am Merrill Lynch Index EN00) von 350 Basispunkten am Jahresende 2008 auf 114 Basispunkte über Bundesanleihen am Jahresende 2009, erzielten Unternehmensanleihen mit einem Investment Grade Rating eine Jahresperformance von 16,4%. Noch besser war die Wertentwicklung für Unternehmensanleihen aus dem High Yield Segment, die sogar eine Jahresperformance von 74,8% verzeichneten. Im Unterschied dazu stieg die Rendite 10-jähriger Bundesanleihen – ausgehend von einem Rekordtief im Januar 2009 von 2,89% bis Mai auf 3,73%. Im weiteren Jahresverlauf pendelte diese richtungslos zwischen 3,10% und 3,40%. Das Jahr 2009 wird wohl auch als das Jahr in Erinnerung bleiben, in dem der Staatsanleihemarkt im Euroraum einer ersten Bewährungsprobe unterzogen wurde. Infolge der Finanzmarktkrise und nicht zuletzt aufgrund der damit einhergehenden drastischen Ausweitung der Staatsverschuldung stiegen die Renditedifferenzen zwischen den Staatsanleihen der Euromitgliedsstaaten erstmals seit der Euroeinführung wieder deutlich an. Zu Jahresbeginn 2009 rentierten etwa griechische 10-jährige Staatsanleihen fast 300 Basispunkte über Bundesanleihen. Nach einer Beruhigung in den Sommermonaten sorgten aufkommende Ängste um die griechische Bonität seit dem Jahreswechsel erneut für einen deutlichen Anstieg der Risikoprämien.

Devisenmarkt.

Die meiste Zeit des Jahres 2009 wertete der Euro zum US-Dollar auf. Gegen den Greenback sprachen sowohl die niedrigeren Renditen als auch die Flut von US-Dollar, die sich von den diversen Hilfsprogrammen der Fed in die Märkte ergoss. Der Euro erreichte zum US-Dollar sein Hoch Anfang Dezember bei 1,51. Inzwischen liegen aber zumindest im mittel- bis langfristigen Laufzeitensegment die US-Renditen wieder höher, sodass dieses Argument weggefallen ist. Als schließlich an den Kapitalmärkten noch Sorgen um die griechische Solvenz aufkamen, fiel der Kurs des Euro zum US-Dollar denn auch per Ende 2009 auf 1,42.

Aktienmarkt.

Die Aktienmärkte waren im Jahr 2009 ausgeprägten Schwankungen ausgesetzt. Im ersten Quartal dominierten Finanzkrise und Konjunkturängste sowie eine daraus resultierende extreme Risikoaversion das Anlegerverhalten. In einem finalen Ausverkauf stürzte der DAX Mitte März bis auf ein Fünfjahrestief bei rund 3 600 Index-Punkten ab. Die angesichts der deutlich überverkauften Markttechnik normale Gegenbewegung ging dann unmittelbar über in eine beeindruckende Aufholjagd. War die Hausse zunächst nur auf vage Hoffnungen auf ein Ende des konjunkturellen Absturzes gebaut, stützte ab dem Sommer das sich sukzessive stabilisierende makroökonomische Umfeld. Auch die Unternehmen rückten Stück für Stück von ihrem in der ersten Jahreshälfte gezeigten ausgeprägten Pessimismus ab. Nach oben revidierte Gewinnschätzungen für die Konzerne lieferten die fundamentale Untermauerung für die höheren Notierungen. Ein ganz wichtiger Katalysator war sicherlich die nach höherer Anlagerendite suchende Liquidität. Mangels attraktiver Alternativen wandten sich vor allem Institutionelle wieder risikobehafteteren Assetklassen wie dem Aktienmarkt zu.

Entwicklung der Kreditwirtschaft.

Bankengeschäftsjahr 2009 mit Licht und Schatten.

Das bankwirtschaftliche Umfeld war 2009 wesentlich durch zwei Faktoren geprägt. Auf der einen Seite stand die kontinuierliche Stabilisierung der Finanzmärkte nach den umfangreichen Maßnahmen, die auf der Ebene von Notenbanken und Staaten ergriffen worden sind. Auf der anderen Seite waren weltweit zum Teil massive konjunkturelle Einbrüche zu verzeichnen.

In diesem Umfeld konnten viele Institute Wertaufholungen auf ihre Wertpapierbestände realisieren. Zudem verbesserte sich die Lage vor allem bei den Handelserträgen. Auch aus der steilen Zinsstrukturkurve konnten viele Häuser Gewinn ziehen. Dem stand gegenüber, dass sich das Risiko des Kundenkreditvolumens mit der verschlechterten wirtschaftlichen Lage erhöhte, sodass die Banken ihre Risikoversorge deutlich steigern mussten. Diese Entwicklung hat nicht nur die Ertragslage, sondern auch die Eigenkapitalseite der Institute zunehmend belastet.

Keine allgemeine Kreditklemme.

In diesem Zusammenhang machte sich vor allem in Deutschland die Furcht breit, die Banken könnten mit einem Abbau von Risikopositionen und einer restriktiven Kreditvergabe eine allgemeine Kreditklemme herbeiführen. Diese Furcht hat sich nicht bestätigt. Zwar gab es in einzelnen Teilbereichen Friktionen, wie etwa bei sehr großvolumigen Transaktionsvorhaben. Eine allgemeine Kreditklemme, die die volkswirtschaftliche Entwicklung nachhaltig negativ tangiert hätte, ließ sich aber nicht nachweisen. Vielmehr fiel in dem negativen gesamtwirtschaftlichen Umfeld nicht zuletzt vielfach auch die Nachfrage von Kundenseite geringer aus. Zudem waren Bonitätsverschlechterungen einzelner Kreditnehmer zu berücksichtigen.

Fortgesetzter Restrukturierungsprozess.

Umstrukturierungs- und Redimensionierungsmaßnahmen sowie der Abbau von Risikopositionen, die häufig bereits im Vorjahr begonnen worden waren, beschäftigten viele Marktteilnehmer auch 2009 in erheblichem Ausmaß. Verstärkend wirkten sich hier staatliche Unterstützungsmaßnahmen aus. Für die mit staatlicher Hilfe unterstützten Institute in der Europäischen Union hatte dies Beihilfeverfahren bei der EU-Wettbewerbskommission zur Folge. Diese sind in der Regel mit deutlichen Auflagen für einen Abbau von Risikopositionen und einer Verkleinerung der Institute in den kommenden Jahren verbunden.

Für große Konsolidierungsschritte in der Branche stellte sich das Marktumfeld im vergangenen Jahr eher ungünstig dar, zumal der Aspekt der Größe vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus der Finanzmarktkrise gesamtwirtschaftlich kritischer beurteilt wird.

Branche vor umfangreicher Neuregulierung.

Als Reaktion auf die Finanzmarktkrise soll eine neue internationale Finanzmarktarchitektur geschaffen werden. Für die Kreditwirtschaft zeichnete sich 2009 immer deutlicher eine umfangreiche Neuregulierung ab, zu deren zentralen Elementen erhöhte Anforderungen an das Eigenkapital der Institute gehören werden.

Wichtige Ereignisse im Geschäftsjahr.

Kapitalbasis und Risikotragfähigkeit gestärkt.

Die Träger der LBBW haben die Kapitalbasis und Risikotragfähigkeit der Bank im Frühsommer 2009 mit einer Kapitalerhöhung im Volumen von 5 Mrd. EUR gestärkt. Gleichzeitig hat das Land Baden-Württemberg eine Risikoabschirmung für Teile des Kreditersatzportfolios mit einem Garantiebtrag in Höhe von 12,7 Mrd. EUR übernommen. Der Sparkassenverband Rheinland-Pfalz hat seine Anteile an der Bank im Zuge dieser Maßnahmen an den Sparkassen-Verband Baden-Württemberg abgegeben, der nun 40,53% der Anteile hält. Die Träger Land Baden-Württemberg und L-Bank haben die Kapitalerhöhung für die LBBW über die Landesbeteiligungen Baden-Württemberg GmbH vollzogen. Das Land Baden-Württemberg hält danach 19,57%, die Landesbeteiligungen Baden-Württemberg GmbH 18,26% und die L-Bank 2,71% der Anteile. Die Landeshauptstadt Stuttgart hält unverändert 18,93% der Anteile am Stammkapital der LBBW.

EU-Beihilfe beschlossen.

Die Unterstützungsmaßnahmen der Träger haben ein Beihilfverfahren bei der EU-Kommission begründet. Die Kommission hat die von der Bank und ihren Trägern zur Genehmigung vorgelegten Maßnahmen sowie ein damit verbundenes Konzept zur Umstrukturierung am 15. Dezember 2009 ohne Hauptprüfverfahren gebilligt.

Das von der EU-Kommission genehmigte Konzept sieht eine stärkere Konzentration der Bank auf ihre Kerngeschäftsfelder vor, insbesondere die Geschäfte mit Unternehmenskunden, Privatkunden und Sparkassen. Diese werden durch leistungsfähige Kapitalmarktprodukte auch für institutionelle Kunden sowie das Geschäft mit Immobilienfinanzierungen flankiert. Das Kreditersatzgeschäft soll sukzessive auslaufen. Ferner sind eine Straffung des Auslandsnetzes sowie der Verkauf von Beteiligungen geplant.

In der Summe aller Maßnahmen sollen die Aktiva der Bank um ca. 40% abgebaut werden. Damit verbunden sind eine Senkung der Kosten um rund 700 Mio. EUR jährlich sowie der Abbau von rund 2 500 Stellen. Gleichzeitig wird sich die LBBW bis Ende 2013 in eine Aktiengesellschaft nach deutschem oder europäischem Recht umwandeln. Bereits bis Ende 2010 wird die LBBW die wesentlichen inhaltlichen Strukturelemente einer Aktiengesellschaft übernehmen. An Stelle des Verwaltungsrats wird ein Aufsichtsrat eingeführt. Die Trägerversammlung wird in eine Haupt- oder Eigentümerversammlung umgewandelt.

Umstrukturierungsprozess gestartet.

Parallel zum Genehmigungsverfahren hat die Bank die Voraussetzungen für eine zügige Umsetzung der Umstrukturierung geschaffen. Neben der erforderlichen Detaillierung der Maßnahmenplanungen bis zum Frühjahr 2010 wurden bereits 2009 Verhandlungen mit den Arbeitnehmervertretern über einen Sozialplan aufgenommen. Für das abzubauenende Kreditersatzgeschäft wurde ein neuer, eigener Bereich eingerichtet. Umfangreiche Projektarbeiten zur Komplexitäts- und Kostenreduktion wurden in die Wege geleitet.

Veränderung bei den Organmitgliedern.

Eine Veränderung gab es 2009 auch im Vorstand der LBBW. Nach dem Ausscheiden des Vorstandsvorsitzenden Dr. Siegfried Jaschinski aus dem Vorstand und dem Amt des Vorstandsvorsitzenden hat die Trägerversammlung der LBBW mit Wirkung vom 11. Juni 2009 Hans-Jörg Vetter, den bis dahin amtierenden Vorstandsvorsitzenden der Landesbank Berlin AG, zum neuen Vorstandsvorsitzenden der LBBW bestellt.

Geschäfts- entwicklung der LBBW-Bank (HGB).

Bericht zur Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage.

Ertragslage der LBBW-Bank (HGB).

	1.1.2009	1.1.2008	Veränderung 2008/2009	
	- 31.12.2009	- 31.12.2008	Mio. EUR	in %
1. Zinsüberschuss	2 172	2 801	- 629	- 22,5
2. Provisionsüberschuss	437	407	30	7,4
3. Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	313	359	- 46	- 12,8
4. Verwaltungsaufwendungen	- 1 545	- 1 531	- 14	0,9
5. Sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen	- 18	218	- 236	-
6. Betriebsergebnis vor Risikovorsorge-/ Bewertungsergebnis	1 359	2 255	- 896	- 39,7
7. Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis	- 3 037	- 2 605	- 432	16,6
8. Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken	0	1 120	- 1 120	- 100,0
9. Betriebsergebnis (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit)	- 1 678	769	- 2 447	-
10. Außerordentliche Erträge/Aufwendungen	- 470	- 345	- 125	36,2
11. Teilgewinnabführung	0	- 284	284	- 100,0
12. Jahresergebnis vor Steuern	- 2 148	140	- 2 288	-
13. Steuern	- 40	- 46	6	- 13,0
14. Jahresergebnis nach Steuern	- 2 188	94	- 2 282	-

Gesamtergebnis erkennbar geprägt durch belastende Sekundäreffekte.

Die Finanzmarktkrise, die zu Beginn primär den Bankensektor belastete, hat inzwischen massiv die Realwirtschaft getroffen – national wie international, Industrieländer und Schwellenländer. Die weltweite Rezession belastet die Kreditwirtschaft durch gestiegenen Risikovorsorgebedarf, verursacht durch vermehrte Kreditausfälle aufgrund zunehmender Unternehmensinsolvenzen und Arbeitslosigkeit. Von diesen Krisenauswirkungen sind auch die Kunden der LBBW-Bank betroffen.

Vor dem Hintergrund dieser schwierigen Umfeldbedingungen musste die LBBW-Bank trotz solider Erträge im operativen Geschäft für das Geschäftsjahr 2009 ein Jahresergebnis von – 2 188 Mio. EUR ausweisen (Vorjahr + 94 Mio. EUR).

Sondereffekte im Vorjahr bedingen Rückgänge im Zinsüberschuss und sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Der **Zinsüberschuss** lag im Berichtsjahr mit 2 172 Mio. EUR deutlich hinter dem Vorjahreswert in Höhe von 2 801 Mio. EUR. Dies war im Wesentlichen auf einen im Vergleich zum Vorjahr deutlichen Rückgang der innerhalb des Zinsüberschusses auszuweisenden Beteiligungserträge von rund 715 Mio. EUR aufgrund von Sondereffekten im Vorjahr zurückzuführen. Ursächlich für den Rückgang der Beteiligungserträge waren insbesondere Gewinne in 2008 aus konzerninternen Veräußerungen von über Holdinggesellschaften mittelbar gehaltenen Beteiligungen infolge der Restrukturierung des Beteiligungsportfolios der LBBW nach Integration der ehemaligen Sachsen LB und LRP. Positiv hingegen wirkten Steigerungen im operativen Geschäft, zum einen insbesondere im ersten Halbjahr aus dem Money-Market-Geschäft aufgrund hoher Bid-Offer Spreads und zum anderen aus dem Kreditgeschäft mit Unternehmenskunden aufgrund gesteigener Margen. Diesen standen die in Folge der Finanzmarktkrise weiterhin erhöhten Aufwendungen für Liquidität und Refinanzierung gegenüber. Aufgrund des negativen Jahresergebnisses konnte das Genussrechtskapital nicht bedient werden, was zu einer zusätzlichen Stärkung des Zinsüberschusses mit 120 Mio. EUR führte.

Der **Provisionsüberschuss** erhöhte sich um 30 Mio. EUR auf 437 Mio. EUR (Vorjahr 407 Mio. EUR). Die positive Entwicklung war geprägt durch deutliche Zuwächse im Vermittlungsgeschäft (+100 Mio. EUR), im Auslandsgeschäft (+ 64 Mio. EUR) sowie bei anderen Provisionsarten, wie z. B. dem Konsortialgeschäft bei Wertpapieremission (+ 30 Mio. EUR), denen der erstmalig und nur anteilig anfallende Provisionsaufwand für die bereitgestellte Risikoabschirmung von saldiert 156 Mio. EUR gegenüberstand.

Das **Nettoergebnis aus Finanzgeschäften** lag mit 313 Mio. EUR um rund 46 Mio. EUR unter dem Vorjahreswert von 359 Mio. EUR. Der Rückgang war insbesondere durch rückläufige Ergebnisse im Zinshandel (-202 Mio. EUR) und Devisenhandel (-104 Mio. EUR) geprägt. Gegenläufig wirkte die Zunahme im Handel mit sonstigen Marktpreisrisiken (+252 Mio. EUR). Absolut gesehen war der Anteil des Zinshandels (303 Mio. EUR) am gesamten Nettoergebnis aus Finanzgeschäften weiterhin dominierend. Positiv war außerdem mit 45 Mio. EUR der Handel mit sonstigen Marktpreisrisiken, wohingegen im Devisenhandel ein Verlust von 44 Mio. EUR erwirtschaftet wurde.

Die **Verwaltungsaufwendungen** lagen mit -1 545 Mio. EUR nahezu auf dem Niveau des Vorjahres (-1 531 Mio. EUR). Einem leichten Anstieg bei den Personalaufwendungen, unter anderem aus der Übernahme des Tarifabschlusses im Bankgewerbe, stehen Rückgänge in den anderen Verwaltungsaufwendungen gegenüber. Diese waren zum größten Teil auf die geringeren Aufwendungen für die IT-Infrastruktur, niedrigeren Beiträge zum Einlagensicherungsfonds und niedrigeren Aufwendungen für Marketing und Repräsentation zurückzuführen.

Das **sonstige betriebliche Ergebnis** lag im Berichtsjahr mit -18 Mio. EUR deutlich unter dem des Vorjahres in Höhe von 218 Mio. EUR, das durch hohe Veräußerungsgewinne aus Grundstücken und Gebäuden geprägt war.

Aufgrund der durch Sondereffekte beeinflussten Rückgänge im Zinsüberschuss und im sonstigen betrieblichen Ergebnis war das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/Bewertungsergebnis mit 1 359 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahreswert in Höhe von 2 255 Mio. EUR rückläufig.

Auf der Basis der vorliegenden Ergebnisse errechnete sich für die LBBW-Bank unter Berücksichtigung wesentlicher Sondereffekte eine **Cost-Income-Ratio** (CIR) von 54%, die damit identisch zu der aus dem Vorjahr ist.

Das Übergreifen der Finanzmarktkrise auf die Realwirtschaft belastet Betriebsergebnis und Jahresergebnis zusätzlich.

Das **Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis** verschlechterte sich im Geschäftsjahr deutlich um –432 Mio. EUR auf –3 037 Mio. EUR (Vorjahr –2 605 Mio. EUR).

Belastend wirkten vor allem der mit dem Übergreifen der Finanzmarktkrise auf die Realwirtschaft eng in Zusammenhang stehende signifikante Anstieg der Kreditrisikovorsorge sowie die Bewertung des Beteiligungsportfolios.

Die Zuführungen zu Wertberichtigungen im klassischen Kreditgeschäft wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr deutlich um –615 Mio. EUR auf insgesamt –1 743 Mio. EUR erhöht. Davon entfiel der wesentliche Anteil auf Einzelwertberichtigungen.

Aufgrund der Bewertungen des Gesamtportfolios waren im Geschäftsjahr 2009 Abschreibungen auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen in Höhe von –624 Mio. EUR und Verlustübernahmen bei verschiedenen Tochterunternehmen in Höhe von –596 Mio. EUR vorzunehmen.

Vor dem Hintergrund der Entspannung an den Finanzmärkten in Verbindung mit den sinkenden Leitzinsen konnten sich die Anleihekurse deutlich stabilisieren. In Summe wurde das Bewertungsergebnis für Wertpapiere/Derivate im Geschäftsjahr trotzdem noch mit 80 Mio. EUR (Vorjahr 1 637 Mio. EUR) belastet. Eine Tendenz zur Erholung ist jedoch erkennbar. Nach deutlichen Bewertungsverlusten im Vorjahr betrug das Bewertungsergebnis der Wertpapiere der Liquiditätsreserve und des Anlagevermögens zum Stichtag insgesamt 498 Mio. EUR, das jedoch durch Bewertungsverluste aus Zins- und Kreditderivaten in Höhe von –268 Mio. EUR teilweise überlagert wurde. Zusätzlich wurde das Bewertungsergebnis der Wertpapiere des Anlagevermögens durch Wertberichtigungen (–286 Mio. EUR) – im Wesentlichen verbriefte Produkte – und Kursverluste (–24 Mio. EUR) belastet.

Das Betriebsergebnis nach Risikovorsorge und Bewertungsergebnis lag im Berichtsjahr mit –1 678 Mio. EUR deutlich unter dem Wert des Vorjahres mit 769 Mio. EUR. Dabei ist zu berücksichtigen, dass im Vorjahr 1 120 Mio. EUR Reserven aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken aufgelöst wurden.

Während im Jahr 2008 die Position **außerordentliche Erträge und Aufwendungen** durch die im Zusammenhang mit der Integration der LRP und der Sachsen LB in die LBBW-Bank stehenden Aufwendungen bestimmt war, wurde die Position im Geschäftsjahr 2009 im Wesentlichen durch die Bildung von Restrukturierungsrückstellungen auf Basis des bei der EU eingereichten Restrukturierungsplans geprägt.

Aufgrund des negativen Ergebnisses konnten die stillen Einlagen nicht bedient werden. Der Aufwand aus der Position **Teilgewinnabführung** ging damit gegenüber dem Vorjahr (– 284 Mio. EUR) auf Null zurück.

Im Ergebnis des Geschäftsjahres 2009 spiegelte sich die solide Ertragsentwicklung im operativen Geschäft sowie die einsetzende Erholung an den Finanzmärkten wider. Diese wurden jedoch deutlich überlagert durch Belastungen aus der Realwirtschaft als Folge der Finanzmarktkrise sowie Belastungen im Zusammenhang mit der geplanten Restrukturierung aufgrund des EU-Entscheids. Für das Berichtsjahr 2009 betrug das Jahresergebnis nach Steuern – 2 188 Mio. EUR und lag damit um –2 282 Mio. EUR deutlich unter dem Vorjahresergebnis von + 94 Mio. EUR.

Vermögens- und Finanzlage der LBBW-Bank (HGB).

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung 2008/2009	
Aktiva	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	in %
1. Barreserve	1 790	3 283	-1 493	-45,5
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralbanken zugelassen sind	41	36	5	13,9
3. Forderungen an Kreditinstitute	101 078	134 882	-33 804	-25,1
4. Forderungen an Kunden	158 133	157 918	215	0,1
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	119 332	108 242	11 090	10,2
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1 840	2 474	-634	-25,6
7. Beteiligungen	1 663	1 951	-288	-14,8
8. Anteile an verbundenen Unternehmen	3 885	6 316	-2 431	-38,5
9. Treuhandvermögen	666	1 156	-490	-42,4
10. Immaterielle Anlagewerte	73	75	-2	-2,7
11. Sachanlagen	483	511	-28	-5,5
12. Sonstige Vermögensgegenstände	5 310	7 383	-2 073	-28,1
13. Rechnungsabgrenzungsposten	1 783	1 424	359	25,2
Summe der Aktiva	396 078	425 651	-29 573	-6,9
14. Eventualverbindlichkeiten	37 118	44 209	-7 091	-16,0
15. Andere Verpflichtungen	27 655	33 648	-5 993	-17,8
Geschäftsvolumen*	460 850	503 508	-42 658	-8,5

* Das Geschäftsvolumen umfasst neben der Bilanzsumme die außerbilanziell geführten Eventualverbindlichkeiten sowie andere Verpflichtungen.

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung 2008/2009	
Passiva	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	in %
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	132 743	142 544	- 9 801	- 6,9
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	115 368	111 366	4 002	3,6
3. Verbriefte Verbindlichkeiten	116 238	142 273	- 26 035	- 18,3
4. Treuhandverbindlichkeiten	666	1 156	- 490	- 42,4
5. Sonstige Verbindlichkeiten	5 075	4 409	666	15,1
6. Rechnungsabgrenzungsposten	1 180	1 141	39	3,4
7. Rückstellungen	2 377	2 035	342	16,8
8. Sonderposten mit Rücklageanteil	0	7	- 7	- 100,0
9. Nachrangige Verbindlichkeiten	5 308	5 637	- 329	- 5,8
10. Genusssrechtskapital	1 577	2 463	- 886	- 36,0
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken	480	480	0	0,0
12. Eigenkapital	15 065	12 140	2 925	24,1
Summe der Passiva	396 078	425 651	- 29 573	- 6,9

Geschäftsvolumen.

Das Geschäftsvolumen der LBBW-Bank reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um – 42,7 Mrd. EUR bzw. – 8% auf 461,0 Mrd. EUR. Dies ist auf einen Rückgang des Bilanzvolumens (– 29,6 Mrd. EUR) und der außerbilanziell geführten Geschäfte (– 13,1 Mrd. EUR) zurückzuführen. Der Rückgang des Bilanzvolumens ist im Wesentlichen auf eine Abnahme des Interbankengeschäfts zurückzuführen (Forderungen an Kreditinstitute – 33,8 Mrd. EUR, Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten – 9,8 Mrd. EUR). Gleichzeitig nahm auf der Aktivseite der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren aufgrund des Zugangs der Anleihe der GPBW GmbH & Co. KG (kurz GPBW, ein Unternehmen des Landes Baden-Württemberg [Garantiegesellschaft]) mit einem Nominalvolumen von 12,7 Mrd. EUR zu. Auf der Passivseite korrespondiert der Rückgang der verbrieften Verbindlichkeiten (– 26,0 Mrd. EUR) mit dem Abbau der Forderungen an Kreditinstitute. Die durch die Träger beschlossene Erhöhung des Stammkapitals und der Kapitalrücklage in Höhe von 5 Mrd. EUR stärkte das Eigenkapital.

Das Nominalvolumen der derivativen Geschäfte lag zum Jahresende mit 2 263 Mrd. EUR deutlich über dem Niveau des Vorjahres (1 731 Mrd. EUR). Vom gesamten Derivatevolumen entfielen 92% auf Handelsbestände. Die Handelsgeschäfte beinhalten weitgehend geschlossene Positionen aus gegenläufigen Derivaten. Offene Positionen aus Handelsgeschäften bewegen sich im Rahmen der vorgegebenen Risikolimits.

Aktivgeschäft.

Das Kreditvolumen der LBBW-Bank, bestehend aus Forderungen gegenüber Kunden und Kreditinstituten sowie dem außerbilanziellen Geschäft, ging im vergangenen Jahr um – 46,7 Mrd. EUR auf einen Stichtagsbestand von insgesamt 324,0 Mrd. EUR zurück. Ursächlich dafür war ganz überwiegend der deutliche Rückgang der Forderungen an Kreditinstitute.

Die Forderungen an Kreditinstitute reduzierten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr um – 25% bzw. – 33,8 Mrd. EUR auf 101,1 Mrd. EUR. Davon betroffen waren alle Fristigkeitenbänder. Der Rückgang ergab sich im Wesentlichen aus einer Verminderung der Bestände aus Schuldscheindarlehen sowie rückläufigen Forderungen aus Wertpapierleihe-/Repogeschäften. Positiv entwickelte sich 2009 die Zusammenarbeit mit den der LBBW-Bank angeschlossenen Sparkassen im Bereich täglich fälliger Geldausleihungen. Hier lag der Bestand zum Stichtag um 36% bzw. 1,2 Mrd. EUR höher als im Vorjahr.

Der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren stieg gegenüber dem Vorjahreswert um 10% bzw. 11,1 Mrd. EUR auf 119,3 Mrd. EUR und resultierte zum Großteil aus dem Zugang der im Zusammenhang mit der Risikoabschirmung des Landes Baden-Württemberg begebenen Anleihe in Höhe von 12,7 Mrd. EUR.

Refinanzierung.

Die LBBW-Bank strebte eine ausgewogene Refinanzierungsstruktur an. Daher stützte sich die Refinanzierung im Wesentlichen auf drei Säulen, die je nach Entwicklung des Geld- und Kapitalmarktes unterschiedlich stark genutzt wurden.

Trotz einer Verminderung um –9,8 Mrd. EUR behielten die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit einem Bestand in Höhe von 132,7 Mrd. EUR und damit mit einem Anteil am Refinanzierungsvolumen in Höhe von 36% ihre Stellung als bedeutendste Refinanzierungssäule der LBBW-Bank bei. Ein Ansteigen der Bestände im Bereich der Tagesgelder um 8% auf 5,8 Mrd. EUR deutet auf eine einsetzende Erholung des Interbankenhandels hin. Vom Gesamtbestand der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten entfielen zum Jahresende 15% bzw. 19,4 Mrd. EUR auf die Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Sparkassen (im Vorjahr 17% bzw. 24 Mrd. EUR).

Der Bestand an Verbindlichkeiten gegenüber Kunden verzeichnete zum Stichtag einen Anstieg um 4% bzw. 4 Mrd. EUR auf 115,4 Mrd. EUR und erreichte damit einen Anteil von 32% am gesamten Refinanzierungsvolumen der LBBW-Bank.

Die dritte Säule der Refinanzierung der LBBW-Bank stellten die verbrieften Verbindlichkeiten dar, die Ende 2009 insgesamt 116,2 Mrd. EUR erreichten. Der Bestand der verbrieften Verbindlichkeiten sank damit gegenüber dem Vorjahr um –18% oder –26 Mrd. EUR.

Die Landesbank Baden-Württemberg emittierte am Kapitalmarkt neben ungesicherten Schuldverschreibungen auch Hypothekendarlehen und öffentliche Pfandbriefe. Die Zielgruppen bei den direkten Platzierungen waren insbesondere Sparkassen, Privatkunden, Versicherungen sowie Pensions- und Investmentfonds. Daneben wurden auch bei anderen Banken und an den internationalen Kapitalmärkten Schuldverschreibungen platziert. Mit der Begebung eines 1 Mrd. EUR öffentlichen Pfandbriefs im Februar hat die LBBW den Markt für großvolumige Pfandbriefemissionen (Benchmarks) im Jahr 2009 eröffnet. Die Emission war bei nationalen und internationalen Investoren ein großer Erfolg. Diese Transaktion unterstreicht die Rolle der LBBW als einer der bedeutenden Pfandbriefemittenten in Deutschland. Im Jahr 2009 gelang es der LBBW, den Refinanzierungsbedarf ohne Einschränkungen zu erfüllen.

Trotz des schwierigen Marktumfelds war die LBBW zu keinem Zeitpunkt auf die Begebung staatlich garantierter Emissionen angewiesen. Die gute Refinanzierungssituation der LBBW wurde durch die Einbindung in den Sparkassenverbund und das Kundengeschäft gestärkt.

Eigenkapital.

Mit Vertrag vom 19. Juni 2009 haben die Träger der LBBW eine Erhöhung des Stammkapitals um 1,2 Mrd. EUR und der Kapitalrücklage um 3,8 Mrd. EUR sowie die Aufnahme der Landesbeteiligungen Baden-Württemberg GmbH (Landesbeteiligungen BW) als weiteren Träger der LBBW beschlossen. Die Erhöhung des Stammkapitals und der Kapitalrücklage erfolgte im Wege der Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen. Der Gesamtbetrag der Kapitalerhöhung wurde bis zum 30. Juni 2009 zur Verfügung gestellt und wurde in Abstimmung mit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht ab dem Zeitpunkt der Einzahlung als Kernkapital angerechnet. Im Dezember 2009 hat die EU-Kommission die Kapitalerhöhung abschließend gebilligt.

Das bilanzielle Eigenkapital (Eigenkapital einschließlich Fonds für allgemeine Bankrisiken, nachrangiger Verbindlichkeiten und Genussrechtskapital) betrug zum 31. Dezember 2009 22,4 Mrd. EUR. Durch die Kapitalerhöhung in Höhe von 5 Mrd. EUR sowie die vereinbarten Garantien der GPBW für das ABS-Portfolio des LBBW-Konzerns i. H. v. 6,7 Mrd. EUR und für das Sealink Junior Loan i. H. v. 6 Mrd. EUR konnte die aufsichtsrechtliche Eigenmittelquote, nach Belastungen aufgrund verschlechterter Ratings von Kreditnehmern und Emittenten von Wertpapieren, auf das derzeit international übliche Niveau angehoben werden.

Die aufsichtsrechtlichen Kennzahlen der LBBW-Bank stellten sich im Jahresvergleich wie folgt dar:

	2009	2008	Veränderungen 2008/2009	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	in %
Aufsichtsrechtliche Eigenmittel*	22 656	19 177	3 479	18,1
davon Kernkapital	16 692	12 712	3 980	31,3
davon Ergänzungskapital	5 413	5 825	-412	-7,1
davon Drittrangmittel	551	640	-89	-13,9
Anrechnungspflichtige Positionen	149 538	170 187	-20 649	-12,1
Gesamtkennziffer in %	15,2	11,3		3,9

* Seit 2008: § 10 KWG i.V.m. § 2 SolvV

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Um den steigenden Anforderungen im In- und Ausland gerecht zu werden, hat der LBBW-Konzern den Bereich Personal 2009 mit dem neuen Beratungsansatz HR (Human Resources)-Plus grundlegend neu aufgestellt. Die neue Struktur ist aufbauorganisatorisch von der Orientierung an den Funktionen »Vertrieb«, »Service« und »Kompetenz« und arbeitsablaufbezogen von der Einführung des kundenfreundlicheren Beratungsansatzes HR-Plus geprägt. Das neue HR-Portal im LBBW-Intranet bietet allen Mitarbeitern und Führungskräften ein klar strukturiertes Informations- und Beratungsangebot und ermöglicht die zeit- und ortsunabhängige Beauftragung des Personalbereichs in operativen Personalthemen. In HR-Pro bieten die Key-Account-Manager Personal den Führungskräften der zweiten und dritten Ebene der LBBW umfassende Beratungsleistungen zu allen strategischen Personalthemen und begleiten als persönliche Ansprechpartner in allen Feldern der Personalarbeit. Ziel der umfassenden Neuausrichtung ist es, die Effizienz der Personalarbeit nachhaltig zu steigern und den Personalbereich als internen Dienstleister im Konzern zu positionieren.

Weitere Schwerpunkte des Geschäftsjahres 2009 waren die Einführung einer neuen Funktionsstruktur, mit der ein leistungsfähiges Instrument für personalwirtschaftliche Maßnahmen von der Personalplanung, Personalbeschaffung und Führungskräfteentwicklung bis hin zur Gehaltsfindung geschaffen wurde. Zudem beschloss der Vorstand 2009 Leitplanken für eine nachhaltige Personalpolitik in der LBBW.

Umstrukturierungsprozess gestartet.

Parallel zum Genehmigungsverfahren der EU-Kommission starteten bereits im letzten Quartal 2009 die Vorarbeiten für eine zügige Umsetzung der EU-Restrukturierungsaufgaben mit umfangreichen Stelleneinsparungen von rund 2 500 Stellen und Konsolidierungsaufträgen. Das von der EU-Kommission im Dezember 2009 genehmigte Umstrukturierungskonzept für die LBBW ist verbunden mit einer deutlichen Reduktion der Kosten um 700 Mio. EUR jährlich. In diesem Zusammenhang wurden 2009 bereits Verhandlungen mit dem Gesamtpersonalrat über einen Sozialplan aufgenommen.

Entwicklung der Mitarbeiterzahlen.

Die Mitarbeiterzahl im Konzern stieg 2009 von 13 369 Beschäftigten am 31. Dezember 2008 um 1,95 % auf 13 630 Beschäftigte zum 31. Dezember 2009. Der Anstieg um 261 Mitarbeiter ist im Wesentlichen auf Konsolidierungskreisänderungen mit Aufnahme von Töchtern in den Teilkonzern LBBW Immobilien GmbH verbunden (+ 227 Mitarbeiter) sowie mit leichten Beschäftigungszuwächsen bei Tochtergesellschaften (+ 21 Mitarbeiter). In der LBBW-Bank selbst mit den Marken LBBW, BW-Bank, Rheinland-Pfalz Bank und Sachsen Bank betrug der Personalaufbau 13 Mitarbeiter von 10 934 auf 10 947 Beschäftigte.

Die Frauen sind im Konzern mit einem Anteil von 51,0% gegenüber den Männern in der Mehrheit. Die Quote der Teilzeitarbeitsverhältnisse einschließlich Altersteilzeit ist 2009 im Konzern von 18,7% im Vorjahr auf 19,7% angestiegen, in der LBBW-Bank von 20,1 % auf 21,3%. Die Fluktuationsrate lag 2009 in der Bank bei 4,3% gegenüber 5,3% im Vorjahr; bereinigt um betriebliche Vorruhestands- und Ausscheidensvereinbarungen lag die Quote bei 3,5% gegenüber 2,7% im Jahr 2008. Das Durchschnittsalter der Beschäftigten der LBBW-Bank lag im Berichtsjahr bei 40,9 Jahren, die durchschnittliche Dauer der Betriebszugehörigkeit bei 14,8 Jahren. 17,7% der Beschäftigten sind 30 Jahre und jünger.

Die große Bedeutung interner Stellenbesetzungen für die Personalplanungen im Konzern war weiterhin spürbar, jedoch auf wesentlich niedrigerem Niveau. Die Zahl der internen Stellenausschreibungen sank 2009 auf rund 770 interne Stellenausschreibungen gegenüber 1 300 im Vorjahr.

Leitplanken zur Nachhaltigkeit in der Personalpolitik.

Grundlage der vom Vorstand in 2009 beschlossenen Leitplanken nachhaltiger Personalpolitik im LBBW-Konzern sind die im »Human-Potential-Index (HPI)« des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) genannten zwölf »HPI-Werttreiber«. Diese Werttreiber wirken nach einer Studie im Auftrag des BMAS positiv auf das Mitarbeiterengagement im Unternehmen und bestimmen damit entscheidend den Erfolg eines Unternehmens mit. Die zwölf Werttreiber sind in der Rangfolge ihrer Wirkungsstärke auf den Unternehmenserfolg in Leitplanken nachhaltiger Personalpolitik in der LBBW umgesetzt (<http://nachhaltigkeit.lbbw.de/leitplanken>).

Ausbildung und Personalentwicklung.

Die LBBW legt Wert auf eine erstklassige Ausbildung. Zum 31. Dezember 2009 waren 679 (Vorjahr 665) Auszubildende im Konzern beschäftigt, davon 674 in verschiedenen betrieblichen Berufsausbildungsgängen und in Studiengängen an den Dualen Hochschulen in Baden-Württemberg und Sachsen und fünf Auszubildende in Luxemburg. Mit 248 Neueintritten (Vorjahr 252) und einer Ausbildungsquote von 4,98% (Vorjahr 5,0%) hat die LBBW ihr hohes Niveau aus den Vorjahren gehalten.

Von den 153 LBBW-Absolventen im Berufsbild Bankkauffrau/-mann erhielten von den Industrie- und Handelskammern 17 Preise und 41 Belobigungen für herausragende Leistungen. Von den 58 LBBW-Absolvent(inn)en der Dualen Hochschulen haben neun Studierende Auszeichnungen für besondere Leistungen erhalten. Alle geeigneten Absolventen des Jahrgangs 2009 erhielten ein Übernahmeangebot.

Die LBBW-Traineeprogramme präsentierten sich auch 2009 als eine attraktive Einstiegsmöglichkeit für qualifizierte Hochschulabsolventen und als wichtige Säule der strategischen Nachwuchskräfteentwicklung. Über 185 Trainees, davon ca. 110 externe Absolventen sowie rund 75 interne Trainees, haben 2009 ein solches Programm in fast allen Geschäftsbereichen der LBBW durchlaufen. Der Fokus lag hierbei vor allem in den Bereichen Private Banking, Unternehmenskunden und Financial Markets.

2009 hat der LBBW-Konzern noch einmal erheblich in die Qualifikation seiner Führungskräfte, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter investiert. Mit 19 167 Personalentwicklungsmaßnahmen lag die Zahl der Bildungsimpulse um 27,3% höher als im Vorjahr (15 059). Der Schwerpunkt der Maßnahmen lag in den Bereichen Vertrieb und Marktfolge. In den Privatkundenbereichen wurde eine TÜV-zertifizierte Beratungssystematik intensiv geschult.

Zur Begleitung von Change-Management-Prozessen wurden für die Führungskräfte der LBBW 229 Workshops durchgeführt. Um sich in bestimmten Führungs- und Persönlichkeitsthemen beraten zu lassen, haben darüber hinaus viele Führungskräfte das Coaching-Angebot der konzerneigenen Managementberatung genutzt.

Im Talentmanagement wurde 2009 speziell für Führungsfunktionen mit internationaler Ausrichtung ein Potenzialidentifikations- und Überprüfungsverfahren erfolgreich entwickelt und implementiert. Dieses Verfahren berücksichtigt neben den klassischen Managementanforderungen länder- und kulturspezifische Aspekte in der Mitarbeiterführung.

Vergütung.

Die LBBW hat 2009 eine neue Funktionsstruktur für alle Beschäftigten eingeführt. In sechs verschiedenen »Karriereleitern« wie z. B. Vertrieb, Stab/Steuerung, Führung sowie Projektmanagement wurden über 400 verschiedene Funktionen beschrieben, mit mehreren Karrierestufen versehen und tariflich bzw. außertariflich bewertet. Aufgrund der von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) erlassenen und neu angekündigten Vorschriften zur Gestaltung der Vergütungssysteme hat die LBBW die in den Vorjahren neu entwickelten Systeme für die Segmente Privatkunden/Private Banking/Wealth Management und Unternehmenskunden auf ihre Kompatibilität zu den neuen Richtlinien hin überprüft und für tauglich befunden. Der neu geschaffene Vergütungsausschuss hat bereits 2009 seine Arbeit aufgenommen. Er unterstützt und berät den Vorstand künftig bei der Ausgestaltung und Weiterentwicklung der Vergütungssysteme. Die LBBW bekennt sich ausdrücklich zu den »Principles for Sound Compensation Practices – Implementation Standards« des Financial Stability Boards (FSB) vom 25. September 2009. Die LBBW hat sich im Dezember 2009 per Unterschrift selbst verpflichtet, die Vergütungssysteme so auszugestalten, dass sie ihre auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Unternehmensziele noch stärker unterstützen.

LBBW-FlexiWertkonto und Betriebliche Altersversorgung.

Aufgrund der zum 1. Januar 2009 eingetretenen Änderung der Rechtslage (Gesetz zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Absicherung flexibler Arbeitszeitregelung – »Flexigesetz II«) hat die LBBW das LBBW-FlexiWertkonto – ihr attraktives Zeitwertkontenmodell – überarbeitet. Neben der Auswahl neuer Anlageprodukte wurden die arbeitsrechtlichen Regelungen an die neue Rechtslage angepasst.

Erstmals wurde im Rahmen der Harmonisierungen der betrieblichen Versorgungssysteme eines der alten Versorgungssysteme auf den LBBW Kapitalkontenplan übergeleitet. Die Überführung erfolgte wertneutral.

Lebensraum Beruf gestalten.

Der zunehmenden Bedeutung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie trug die LBBW 2009 in mehreren Auditierungs-Workshops und einem Strategie-Workshop Rechnung. Als Grundlage für die Zertifizierung durch die Hertie-Stiftung audit berufundfamilie wurde ein Ziel- und Maßnahmenkatalog mit 27 Maßnahmen in diversen Handlungsfeldern erarbeitet. Mit der Umsetzung dieses Katalogs in den kommenden drei Jahren will sich die LBBW unter dem Aspekt »Lebensraum Beruf gestalten« als modernes und innovatives Unternehmen positionieren und Prozesse im Unternehmen optimieren.

Ihre Leistungsfähigkeit als familienbewusstes Unternehmen konnte die LBBW 2009 mit dem Ausbau des Kinderbetreuungsangebots weiter steigern. In Mannheim wurde die neue Kindertagesstätte »Kleine Raupe« mit fünf Plätzen (inkl. 1 Notfallplatz) eingerichtet. Die Kindertagesstätte »Frechdax« in Stuttgart wurde auf 45 Plätze ausgebaut. Die Kinder-Notfallbetreuung »Mainzelmäuse« stellt in Mainz bis zu 15 Plätze bereit, die insbesondere in den Ferien und an Brückentagen von LBBW-Eltern genutzt werden.

Diversity und Gleichstellung als Chance.

Mit der Einrichtung einer Diversity-Beauftragten-Stelle hat die LBBW im Februar 2009 die Wahrnehmung der Themen Gleichstellung und Diversity (Vielfalt) gestärkt. Die LBBW sieht Vielfalt als Chance an und hat sich dem in der »Charta der Vielfalt« der Unternehmen in Deutschland verpflichtet. Es ist der LBBW wichtig, ein Arbeitsumfeld zu schaffen, das diese vielfältigen Potenziale fördert und anerkennt. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen Wertschätzung erfahren – unabhängig von Geschlecht, Rasse, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung und Identität. Dies schafft nicht nur ein Klima der Akzeptanz und des Vertrauens im Unternehmen, sondern entscheidet zukünftig auch mit über den Erfolg eines Unternehmens.

Betriebliches Gesundheitsmanagement.

Betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM) ist für die LBBW selbstverständlicher Bestandteil einer fortschrittlichen Unternehmenspolitik. Es umfasst die Entwicklung betrieblicher Rahmenbedingungen, Strukturen und Prozesse, die die gesundheitsförderliche Gestaltung von Arbeit und Organisation sowie die Befähigung der Mitarbeiter zum gesundheitsfördernden Verhalten zum Ziel haben. Der inhaltliche Fokus liegt dabei auf der Erhaltung und weiteren Verbesserung der Mitarbeitergesundheit. In den vom Vorstand beschlossenen Leitplanken nachhaltiger Personalpolitik ist Gesundheitsförderung explizit als einer von zwölf Werttreibern für den Unternehmenserfolg genannt. Der »Runde Tisch Gesundheit« dient als Motor des Betrieblichen Gesundheitsmanagements und zur Steuerung der Kernprozesse. Schwerpunkte 2009 bildeten eine umfassende Bestandsaufnahme sowie die Bewertung und Strategieentwicklung für das Gesundheitsmanagement der LBBW. Unterstützt wird die LBBW beim Betrieblichen Gesundheitsmanagement im Rahmen eines Kooperationsprojektes von einer großen Krankenkasse.

LBBW Verbesserungs- Prozess.

Der LBBW Verbesserungsprozess bietet den Mitarbeitern die Möglichkeit, sich mit ihren Ideen aktiv in die Gestaltung von Dienstleistungen und Arbeitsabläufen einzubringen. Der Prozess ist einfach und transparent gestaltet und wird von den Mitarbeitern sehr gut angenommen. Die Anzahl der von Mitarbeitern eingebrachten Ideen steigt seit Jahren kontinuierlich und konnte im Geschäftsjahr 2009 um 7% auf 3 322 erhöht werden.

Der mit der Umsetzung der Ideen generierte monetäre Nutzen ist 2009 um 64% auf 2,3 Mio. EUR gestiegen. Darüber hinaus haben die Ideen der Mitarbeiter über 700 Prozesse und Arbeitsabläufe optimiert. Dieses nachhaltige Denken und Handeln trägt zur Identifikation der Mitarbeiter mit dem Konzern bei und wirkt sich positiv auf die Wettbewerbsfähigkeit und Kundenorientierung aus. Der LBBW Verbesserungsprozess liegt mit seinen Erfolgen über dem Branchendurchschnitt und gilt als führend in der Finanzdienstleistungsbranche.

Compliance.

Die LBBW definiert Compliance als die vorbeugende Beherrschung des Risikos, das durch Nichteinhaltung geltenden Rechts, von Standards und Prozessen entsteht und damit das Geschäftsmodell, die Reputation und den Erfolg der Bank beeinträchtigt und die Erwartungen der Eigentümer, Kunden, Mitarbeiter und Öffentlichkeit enttäuscht.

Die Anforderungen an die LBBW-Compliance sind in einem Compliance Management System (CMS) niedergelegt. Dieses System verbindet Anforderungen an die Unternehmenskultur und interne Richtlinien, eine Compliance-Organisation, Informationssysteme, Kontrollen, Mitarbeiterschulungen sowie ein wechselseitiges Berichtswesen zu einem Instrument der risikoorientierten Unternehmensführung. Ziel ist, eine durchgreifende Prävention zu erreichen, indem sich alle Handelnden der Bank zu rechtmäßigem Verhalten bekennen und entsprechend auftreten, womit Risikotransparenz und schließlich Vertrauen der Geschäftspartner erreicht werden.

Kapitalmarkt-Compliance.

Die Überleitung der EU-Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (MiFID) in nationales Recht und die daraufhin eingeführten Verfahren und Prozesse wurden 2009 durch die LBBW-Kapitalmarkt-Compliance überwacht. Darüber hinaus hat Compliance die Umsetzung der seit dem 1. Januar 2010 verschärften Regelungen zur Protokollierung von Anlageberatungen begleitet.

Auch 2009 wurden Mitarbeiterschulungen zur Sensibilisierung auf Insidermerkmale und daraus resultierende Handelsverbote durchgeführt. Neben der Beratung der Fachbereiche zu Fragen der Kapitalmarkt-Compliance lag der Schwerpunkt wieder auf der ständigen Kontrolle der Wertpapiergeschäfte im Hinblick auf die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften (Control Room).

Geldwäscheprävention.

Die Anforderungen des 2008 novellierten Geldwäschegesetzes erforderten weiter erhebliche Anpassungen in den Prozessen sowohl im Umfeld der Geldwäscheprävention als auch im Vertrieb. Das Geldwäschegesetz legt seinen Fokus auf einen institutspezifisch risikoorientierten Ansatz, der insbesondere durch eine detaillierte Analyse der Gefährdungssituation der Bank zu ermitteln ist. Dies führt insbesondere dazu, dass mehrstufige Unternehmen, Korrespondenzbanken und ausländische Kunden, die ein wichtiges öffentliches Amt ausüben, verstärkten Prüfungsanforderungen unterliegen und erhöhten Transparenz- und Integritätsanforderungen genügen müssen. Diese Anforderungen im Bereich natürlicher Personen werden durch Legitimationspflichten von Entscheidungsträgern und wirtschaftlich Berechtigten sowie deren Beteiligungsverhältnissen bei juristischen Personen ergänzt.

Finanzsanktionen/Embargo.

Sowohl der Kundenbestand der LBBW als auch alle über den Auslandszahlungsverkehr der LBBW abgewickelten ein- und ausgehenden Transaktionen der LBBW und der Sparkassenpartner werden permanent geprüft. Die Embargoeinheit in der Compliance der LBBW gibt Empfehlungen zu Fragen des Außenwirtschaftsrechts, wie z. B. Einstellungen oder Änderungen von Finanzierungsvorhaben in Bezug auf sanktionierte Länder, wie aktuell Iran oder Usbekistan.

Finanzermittlungen.

Finanzbetrug stellt ein beträchtliches Gefährdungspotenzial dar, das neben dem materiellen Schaden unkalkulierbare Reputationsrisiken beinhaltet. Wie in den Vorjahren legte die LBBW ein besonderes Gewicht auf die Sensibilisierung und Information von Mitarbeitern über die Vorgehensweise der Täter. Hierzu wurde mit dem Polizeipräsidium Karlsruhe eine gemeinsame Aufklärungsaktion zum Schutz von Senioren bezüglich sogenannter »Enkeltricks« durchgeführt. Zusätzlich wurden alle BW-Bank-Filialen mit entsprechenden Informationsmaterialien ausgestattet. Um dem zu erwartenden Anstieg der organisierten Betrugskriminalität besser begegnen zu können, wird die LBBW zusätzliche Maßnahmen ergreifen, die sie aus den Ergebnissen der Gefährdungsanalyse zum Finanzbetrug ableitet. Dazu gehören die Gründung eines bankweiten »Fraud Prevention Board« und die schrittweise Einführung einer Plausibilitätsprüfung zur Betrugsverhinderung in besonders gefährdeten Bankeinheiten.

Datenschutz.

Das Bundesdatenschutzgesetz ist 2009 mit drei Novellen geändert worden: Mit der Novelle I wurde die Tätigkeit von Auskunfteien und ihrer Vertragspartner (insbesondere Kreditinstitute) sowie das Scoring neu geregelt. Die Novelle II betrifft unter anderem Neuregelungen für Markt- und Meinungsforschung, den Adresshandel, Beschäftigtendatenschutz und Auftragsdatenverarbeitung. Die Novelle III betrifft die Verbraucherkreditrechte.

Während die Vorgaben der Novelle II bereits seit September 2009 zu beachten sind, wird die Erfüllung der Anforderungen aus den Novellen I und III im Laufe des ersten Halbjahrs 2010 verbindlich werden.

Die Umsetzung der Vorgaben der Novelle II in Verbindung mit der Neufassung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb ist für die Vertriebs- und Marketingeinheiten von praktischer Relevanz. Die Erweiterung der Prüf-, Kontroll- und Dokumentationspflichten bei der Erteilung von Aufträgen an externe Dienstleister führt zu Mehraufwand vor Vertragsabschluss und während dessen Laufzeit. Hierfür wurden neue Prozesse konzipiert und deren Implementierung gestartet.

Das zunehmende Interesse an datenschutzrechtlichen Themen drückte sich im Jahr 2009 in einer gestiegenen Anzahl von Kundenanfragen sowie Auskunftersuchen aus.

Innerhalb des Konzerns wurden, wie bereits in den vergangenen Jahren, Tochtergesellschaften auf Basis eines Standards des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik geprüft. Durch die Umsetzung der bei diesen Kontrollhandlungen getroffenen Feststellungen wurde ein vergleichbar hohes Datenschutzniveau bei allen inländischen Tochtergesellschaften erreicht.

Weiterhin wurden interne Organisationseinheiten im LBBW-Konzern anlassfrei durch den Datenschutz geprüft. Prüfungsschwerpunkte 2009 waren Rollen- und Berechtigungskonzepte, Speicherung von Fremd- und Partnerprodukten, Contentfilterung von eingehenden E-Mails, Videoüberwachung, Sicherheit im Rechenzentrum, Bestellprozesse bei Extend-Girokonten sowie Stichprobenuntersuchungen für einen datenschutzgerechten Filialbetrieb. Die LBBW nahm darüber hinaus bei externen Dienstleistern aus dem Kreditkartenbereich, der Akten- und Datenträgervernichtung und dem PC-Dienstleistungsbereich Prüfungshandlungen vor Ort vor.

Ergänzend wurde eine Gefährdungsanalyse hinsichtlich der Möglichkeiten einer unrechtmäßigen Kenntniserlangung personenbezogener Daten durch Dritte erstellt, deren Ergebnisse als Grundlage für zukünftige Prüfungsmaßnahmen dienen.

Nachhaltigkeit.

Die Landesbank Baden-Württemberg ging 2009 mit der Vorstellung ihres dritten Nachhaltigkeitsberichts neue Wege in der Nachhaltigkeitskommunikation. Zentrale Informationsquelle rund um das Thema ist nunmehr der grundlegend überarbeitete Internetauftritt, der sich an den international gültigen Richtlinien der Global Reporting Initiative (GRI) orientiert. Unter <http://nachhaltigkeit.lbbw.de> kann der komplette Bericht abgerufen werden. Außerdem werden regelmäßig aktuelle Beiträge rund um das Thema Nachhaltigkeit im Netz zur Verfügung gestellt.

Mit ihrem Nachhaltigkeitsbericht 2007/2008 erreichte die LBBW beim Ranking 2009 des unabhängigen Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) und der Unternehmensinitiative future e. V. in der Bewertung von über 100 Nachhaltigkeitsberichten deutscher Unternehmen den ersten Platz im Segment Banken. In der Gesamtwertung der Großunternehmen kam sie auf Rang neun.

Leitplanken Nachhaltigkeit.

Im Frühjahr 2009 haben Vorstand und Fachbereiche der Landesbank Baden-Württemberg gemeinsam verbindliche Nachhaltigkeits-Leitplanken verabschiedet. Sie markieren den Korridor, innerhalb dessen die LBBW künftig im Anlage- und Kreditgeschäft, in der Personalpolitik sowie im Umgang mit Ressourcen ihre Nachhaltigkeitsziele verfolgen wird.

Die Leitplanken Nachhaltigkeit beschreiben und verdeutlichen die Position der LBBW zu wesentlichen nachhaltigkeitsrelevanten Themenstellungen. Sie konkretisieren die Nachhaltigkeitspolitik und stellen damit eine strategische Aussage zur Gewichtung von Nachhaltigkeitsaspekten bei Entscheidungen dar. Ausführliche Informationen zu den Leitplanken sind im Internet unter <http://nachhaltigkeit.lbbw.de/leitplanken> abrufbar.

Nachhaltige Anlageprodukte.

Als erster in Deutschland aufgelegter Fonds hat der Aktienfonds LBBW NachhaltigkeitsStrategie BWI das »Europäische Transparenzlogo für nachhaltige Publikumsfonds« erhalten. Damit wird ein Fondsmanagement ausgezeichnet, das Investitionskriterien, Researchverfahren sowie Verfahren bei der Auflösung einzelner Investments transparent offenlegt und so das Vertrauen der Anleger stärkt.

Im September 2009 wurde der nachhaltige Rentenfonds »LBBW Nachhaltigkeit Renten« für institutionelle Kunden aufgelegt. Dieser investiert in Staatsanleihen, Pfandbriefe und Unternehmensanleihen von Firmen oder Staaten, die im Vergleich überdurchschnittlich nachhaltig agieren. Bei der Auswahl der Titel arbeitet die LBBW – wie schon bei den Aktienfonds – mit den Analysten der oekom research AG zusammen. Damit erfüllt der Fonds nicht nur die Vorgaben von Kirchen, Pensionskassen und anderen nachhaltig orientierten Kapitalanlegern, sondern birgt durch die Vermeidung von ethischen, politischen und ökologischen Risiken auch eine gute Chance für eine über dem Gesamtmarkt liegende Wertentwicklung. 2010 soll der Fonds auch für Privatkunden geöffnet werden.

Als erste deutsche Landesbank hat sich die LBBW den »Principles for Responsible Investment« (PRI) der Vereinten Nationen angeschlossen. Damit verpflichtet sie sich, zukünftig noch stärker Themen des Umweltschutzes, der verantwortungsvollen Unternehmensführung und gesellschaftliche Anliegen bei ihren Investmentstrategien zu berücksichtigen. Als ein Handlungsbeispiel will die LBBW Unternehmen und Körperschaften, in die sie selbst investiert, als aktiver Aktionär begleiten. Zudem wird die LBBW mit anderen Unterzeichnern zusammenarbeiten. Ziel ist es, die Wirksamkeit der PRI-Grundsätze zu verbessern und über Fortschritte zu berichten.

Charta der Vielfalt.

Die Landesbank Baden-Württemberg hat sich als erste Landesbank der von der Bundesregierung unterstützten Initiative »Diversity als Chance – Die Charta der Vielfalt der Unternehmen in Deutschland« angeschlossen. Damit setzt die LBBW ihr Engagement für ein faires und vorurteilsfreies Arbeitsklima fort. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen Wertschätzung und Anerkennung erfahren – unabhängig von Geschlecht, Rasse, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion, Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung und Identität.

Aufgrund ihrer Bedeutung für eine offene Unternehmenskultur werden die Themen Vielfalt und Chancengleichheit im LBBW-Konzern von einer Diversity-Beauftragten betreut.

Nachhaltigkeitsratings.

Die LBBW erhielt im Nachhaltigkeitsrating von Sustainalytics 70 von 100 Punkten. Nach Auskunft von Sustainalytics belegt die LBBW damit Platz 2 von 76 in der Branche der nicht börsennotierten Finanzinstitute auf internationaler Ebene. Sustainalytics versteht sich als unabhängiger, innovativer Dienstleister von »Responsible Investment Services« und zählt nach eigenen Angaben zu den Marktführern in Europa und Nordamerika.

Im Rating von imug Investment Research erhielt die LBBW als Emittent von öffentlichen Pfandbriefen und Hypothekendarlehen die Gesamtbewertung »Positiv«. Das Rating wird von nachhaltigkeitsorientierten Investoren und Asset Managern als Entscheidungsgrundlage genutzt. Imug bewertet neben der Nachhaltigkeitsleistung des Pfandbriefemittenten auch den Deckungsstock (bei öffentlichen Pfandbriefen) und die Aktivitäten im Immobilienkreditgeschäft nach Kriterien der Nachhaltigkeit.

Betriebsökologie.

2009 haben die LBBW, die BW-Bank sowie die Rheinland-Pfalz Bank erstmals für alle Gebäude Ökostrom bezogen. Zur Verminderung unseres »Carbon Footprint« arbeiten wir auch weiterhin daran, unsere Energieeffizienz durch technische und organisatorische Maßnahmen zu verbessern und unsere CO₂-Emissionen weiter zu reduzieren. In den letzten Jahren wurden verschiedene Zentralgebäude unter energetischen Gesichtspunkten untersucht; aus dieser Analyse konnten Einsparmaßnahmen abgeleitet und umgesetzt werden. Im Bereich der Haustechnik hat sich die 2006 bzw. 2007 absehbare Trendumkehr im Energiebereich 2009 bestätigt.

Zertifizierungen.

Die LBBW hat sich zur Einhaltung der Norm ISO 14001 sowie des Standards des Eco-Managements and Audit Schemes (EMAS) verpflichtet. Ziel von EMAS ist es, die Umweltschutzleistung über die gesetzlichen Vorgaben hinaus zu verbessern und die Öffentlichkeit darüber zu informieren.

Die Umsetzung der Norm bzw. der Verordnung wurde auch 2009 wieder durch ein internes und externes Umweltaudit überprüft. Die Prüfung ergab, dass das Umweltmanagementsystem der LBBW vollumfänglich den Anforderungen der EMAS-Verordnung und der ISO 14001 entspricht.

Risikobericht.

Risikoorientierte Gesamtbanksteuerung.

Unter Risikomanagement versteht die LBBW den Einsatz eines umfassenden Instrumentariums für den Umgang mit Risiken im Rahmen der Risikotragfähigkeit, der durch den Vorstand festgelegten Strategie und dem konzernweiten System der risikoorientierten Gesamtbanksteuerung. Dazu gehören insbesondere Aufbau- und Ablauforganisation, Risikosteuerungs- und -controllingprozesse sowie die Interne Revision.

Risikostrategie.

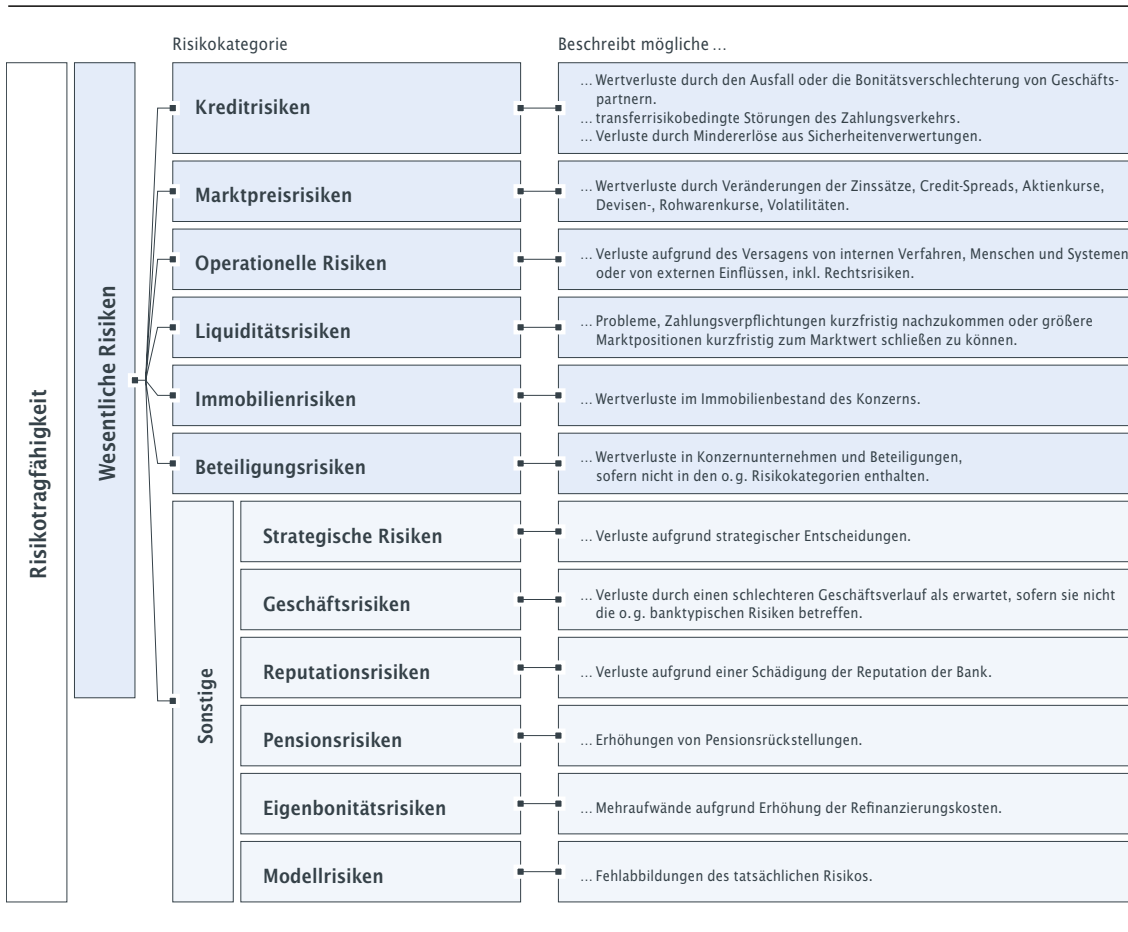
Die Grundsätze des Risikomanagementsystems sind in den zur Geschäftsstrategie konsistenten Risikostrategien durch Vorstand und Verwaltungsrat festgelegt. In der konzernweit und risikokategorieübergreifend gültigen Konzernrisikostrategie werden unternehmenspolitische und risikostراتيجية Vorgaben für das Risikomanagement über Risikoleitsätze festgelegt. Darüber hinaus werden den Markt- und Marktfolgebereichen in den spezifischen Risikostrategien Prozesse, geschäftspolitische Strategien sowie Ergebnisziele in einem kombinierten Top-Down-/Bottom-Up-Prozess vorgegeben.

Risikotragfähigkeit.

Eine konzernweite Zusammenfassung der Risiken über alle wesentlichen Risikokategorien und Tochtergesellschaften hinweg und deren Gegenüberstellung zur betriebswirtschaftlichen Kapitalausstattung (Risikodeckungsmasse) wird in der Risikotragfähigkeit durchgeführt.

Dabei werden folgende Risikokategorien identifiziert:

Risikokategorien.

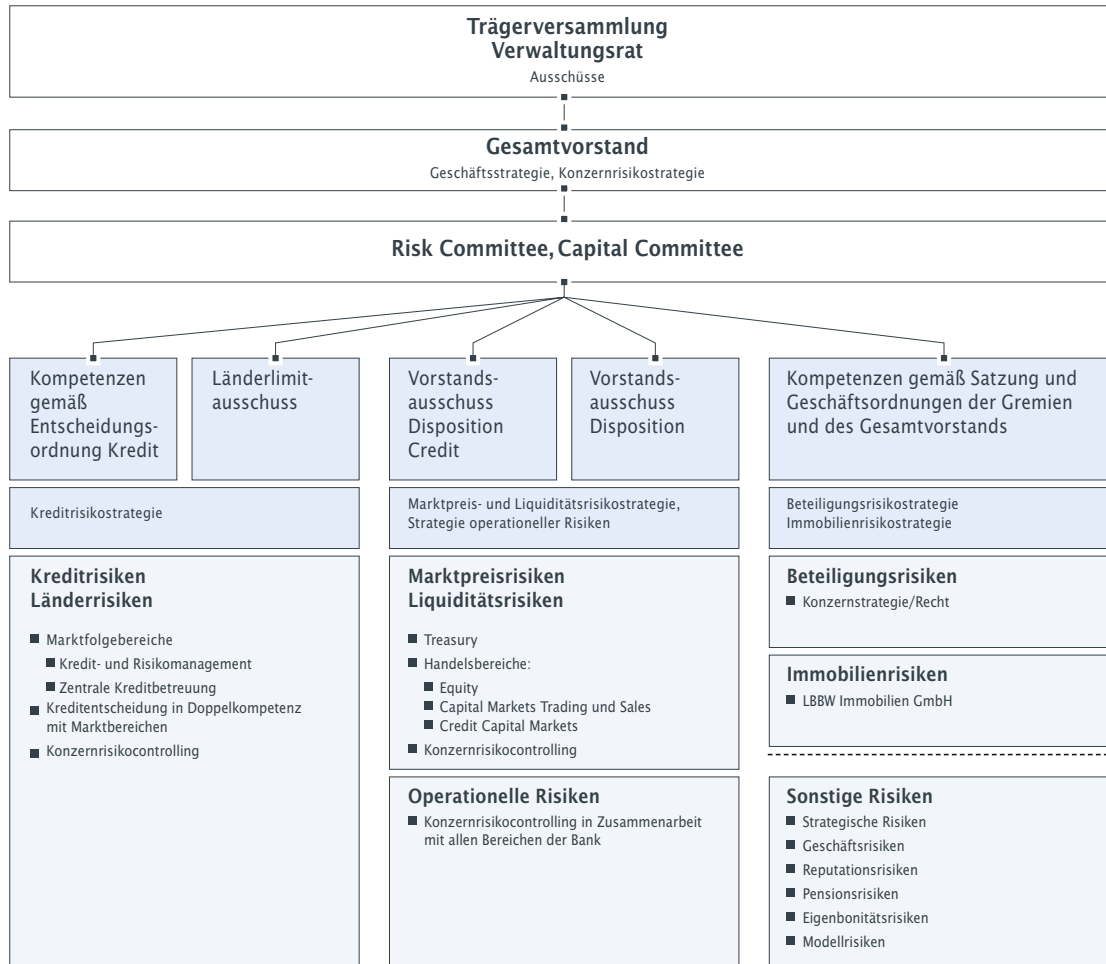


Die Risikodeckungsmasse beschreibt das Potenzial der LBBW, mögliche unerwartete Verluste aufzufangen. Sie gliedert sich in Schichten, die nach der unterschiedlichen Verfügbarkeit der enthaltenen Mittel aufgeteilt sind. In der Risikodeckungsmasse sind bereits eingetretene Verluste und gebildete Wertberichtigungen sowie bestimmte Komponenten der Ergebnisse des laufenden Geschäftsjahres berücksichtigt. Dem gegenüber stehen die Risiken als potenzielle Verluste.

Als einheitliche Risikomaßzahl auf der obersten Ebene wird der ökonomische Kapitalbedarf (»ökonomisches Kapital«) berechnet. In Abgrenzung zum regulatorisch notwendigen Eigenkapital bezeichnet er das aus Sicht der LBBW betriebswirtschaftlich notwendige Kapital, das mit Hilfe von eigenen Risikomodellen ermittelt wird. Das ökonomische Kapital wird in der LBBW grundsätzlich als Value-at-Risk (VaR) auf dem Konfidenzniveau 99,95% und 1 Jahr Haltedauer dargestellt. Für die operationellen Risiken wird der aufsichtsrechtliche Standardansatz verwendet.

Das oberste Risikolimit für ökonomisches Kapital (»ÖKap-Limit«) stellt ein konzernweit übergeordnetes Limit für alle derzeit quantifizierten Risiken dar. Dieses Limit spiegelt die maximale Bereitschaft zur Risikonahme der LBBW wider und wurde mit Bezug auf die konservative Leitlinie weit unterhalb der gesamten Risikodeckungsmasse festgelegt. Davon werden ÖKap-Limite für die verschiedenen Risikokategorien abgeleitet, dabei wird ein Puffer für die nicht direkt quantifizierbaren sonstigen Risiken sowie für Risiken aus unvorhersehbaren Stresssituationen freigehalten.

Übergreifende Risikomanagementprozesse.



In der LBBW dürfen Geschäfte ausschließlich innerhalb klar definierter Limite bzw. Kompetenzen eingegangen werden und die daraus resultierenden Risiken müssen in einem angemessenen Verhältnis zum Ertragspotenzial stehen. Diese Leitlinien stellen die Grundlage der LBBW-Risikopolitik dar und geben den Rahmen der Geschäftstätigkeit vor.

Innerhalb des beschriebenen Rahmens werden die Risikomanagemententscheidungen von den portfolioverantwortlichen Stellen unter Einhaltung der Funktionstrennung dezentral auf Basis von Einzelentscheidungen getroffen und durch das zentrale Konzernrisikocontrolling überwacht. Das hierzu eingerichtete Risikocontrolling- und Risikomanagementsystem erstreckt sich auf alle wesentlichen Risiken und auf deren risikokategoriespezifische Details.

Das Risk Committee setzt sich aus den für Handel, Überwachung und Marktfolge zuständigen Dezentern sowie Bereichsleitern, unter anderem aus Markt, Marktfolge, Risikocontrolling und Finanzcontrolling zusammen. Als beratender Ausschuss agiert es entscheidungsvorbereitend für den Vorstand und unterstützt ihn bei der übergreifenden Überwachung der Risikotragfähigkeit und der wesentlichen Risiken sowie bei der Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Basis dafür sind der monatliche Gesamtrisikobericht sowie weitere anlassbezogene Themenaufbereitungen. Des Weiteren unterstützt ein umfangreiches risiko- und themenspezifisches Berichtswesen die Entscheidungsträger beim Management der Risiken.

Das Capital Committee agiert entscheidungsvorbereitend für den Vorstand und unterstützt ihn bei der Sicherstellung der Angemessenheit der Eigenkapitalausstattung, der Eigenkapitalstruktur und der Eigenkapital-Zielgrößen des LBBW-Konzerns. Die Beschlussfassung erfolgt durch den Gesamtvorstand. Das Capital Committee wird koordiniert durch das Finanzcontrolling und setzt sich aus dem Vorstandsvorsitzenden, den für Handel und Überwachung zuständigen Dezentern sowie bestimmten Bereichsleitern, unter anderem aus Markt, Finanzcontrolling und Rechnungswesen, zusammen.

Prozessunabhängige Überwachung.

Der Bereich Revision überwacht prozessunabhängig alle Betriebs- und Geschäftsabläufe, das Risikomanagement und -controlling sowie das Interne Kontrollsystem (IKS) mit dem Ziel, das Vermögen der LBBW zu sichern und die betriebliche Leistungsfähigkeit zu fördern. Der Bereich Revision nimmt seine Aufgaben weisungsunabhängig wahr. Schriftliche und mit den geprüften Betriebseinheiten abschließend besprochene Prüfungsberichte informieren den Vorstand über die Prüfungsergebnisse. Der Bereich Revision überwacht auch die Erledigung der Prüfungsfeststellungen.

Umsetzung aufsichtsrechtlicher Anforderungen. MaRisk.

Die LBBW unterliegt im vollen Umfang den Regelungen der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk). Am 14. August 2009 hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) mit der 2. MaRisk-Novelle die Mindestanforderungen konkretisiert und erweitert.

Durch die Neufassung der MaRisk werden vor allem die aufsichtlichen Anforderungen zum Stress-testing, zum Liquiditätsrisiko und zu den Risikokonzentrationen geschärft und ausgebaut. Des Weiteren werden auch höhere Anforderungen an das gruppenweite Risikomanagement sowie an die Risikotragfähigkeit gestellt. Im Zuge der Umsetzung dieser Vorschriften wurde die Systematik der Risikotragfähigkeit überprüft. Die Prozesse zur Überwachung, Ad-hoc-Berichterstattung und Frühwarnung wurden nochmals ausgebaut. Den in den MaRisk geforderten integrierten Stress-Szenarien über verschiedene Risikokategorien hinweg unter besonderer Berücksichtigung von Konzentrationen sowie sogenannten Reverse-Stresstests wurde durch entsprechende Erweiterungen in 2009 Rechnung getragen. Die Analyse der Stresstestergebnisse im Rahmen der Risikotragfähigkeit ermöglicht somit Aussagen bezüglich der Widerstandsfähigkeit der LBBW gegenüber denkbaren krisenhaften Situationen und löst bei Überschreitung bestimmter Schwellenwerte Maßnahmen zur frühzeitigen Entlastung oder Aufstockung der Deckungsmasse aus.

Auch dem Zusammenspiel von Vorstand und Aufsichtsrat räumte die Aufsicht ein größeres Gewicht ein. Hierzu hat der Vorstand der LBBW insbesondere erweiterte Informations- und Kommunikationsprozesse in den Regularien verankert.

Die neuen Mindestanforderungen waren bis zum 31. Dezember 2009 umzusetzen. In der LBBW wurden zu diesen Themen umfangreiche Arbeitspakete zur Umsetzung definiert und abgearbeitet. Zum Jahresende wurden die materiellen Erweiterungen der MaRisk trotz der kurzen Umsetzungsfrist abgearbeitet. Restarbeiten werden voraussichtlich im ersten Halbjahr 2010 abgeschlossen.

SolvV/Basel II.

Nachdem die aus Portfoliosicht wichtigsten Ratingverfahren durch die Aufsicht geprüft und abgenommen wurden, verwendet die LBBW seit dem 1. Januar 2008 den IRBA-Ansatz für die Eigenmittelunterlegung der Adressenausfallrisiken gemäß der Solvabilitätsverordnung (SolvV). Die LBBW strebt für die Folgejahre die aufsichtliche Zulassung weiterer Ratingverfahren an.

Risikomanagementsystem für das Pfandbriefgeschäft.

Gemäß § 27 PfandBG muss ein Risikomanagementsystem vorhanden sein, das die Identifizierung, Beurteilung, Steuerung und Überwachung der mit diesem Geschäftssegment verbundenen Risiken sicherstellt.

Für die Risikoüberwachung ist ein differenziertes Limitsystem vorhanden. In Bezug auf die barwertige Überdeckung werden regelmäßig Stresstests durchgeführt. Für den Fall, dass die festgelegten Limite erreicht werden, ist ein Verfahren für die Risikorückführung festgelegt. Im Rahmen der internen Berichterstattung werden der Vorstand und das Risk Committee vierteljährlich über die Einhaltung der Vorschriften des Pfandbriefgesetzes und die Auslastungen der gesetzlichen und internen Limite unterrichtet. Das Risikomanagementsystem wird mindestens jährlich einer Überprüfung unterzogen.

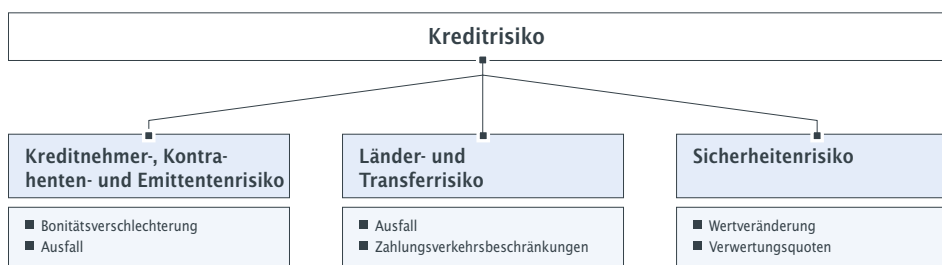
Kreditrisiken.

Kreditrisiken werden in der LBBW als mögliche Wertverluste definiert, die durch

- Bonitätsverschlechterungen oder Ausfall von Kreditnehmern, Kontrahenten bzw. Beteiligungen,
 - die Auswirkungen von grenzüberschreitenden Beschränkungen des Zahlungsverkehrs oder
 - Wertveränderungen von Sicherheiten
- entstehen.

Die Systematisierung des Kreditrisikos erfolgt gemäß der nachfolgenden Abbildung:

Systematisierung des Kreditrisikos.



Kreditnehmer-, Kontrahenten- und Emittentenrisiko.

Risiko, dass ein Vertragspartner seinen Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht in vollem Umfang fristgerecht nachkommt, dass Bonitätsverschlechterungen bei Kreditnehmern, Kontrahenten oder Emittenten zu Wertverlusten führen oder dass bei Ausfall des Vertragspartners ein unrealisierter Gewinn nicht vereinnahmt werden kann.

Länder- und Transferrisiko.

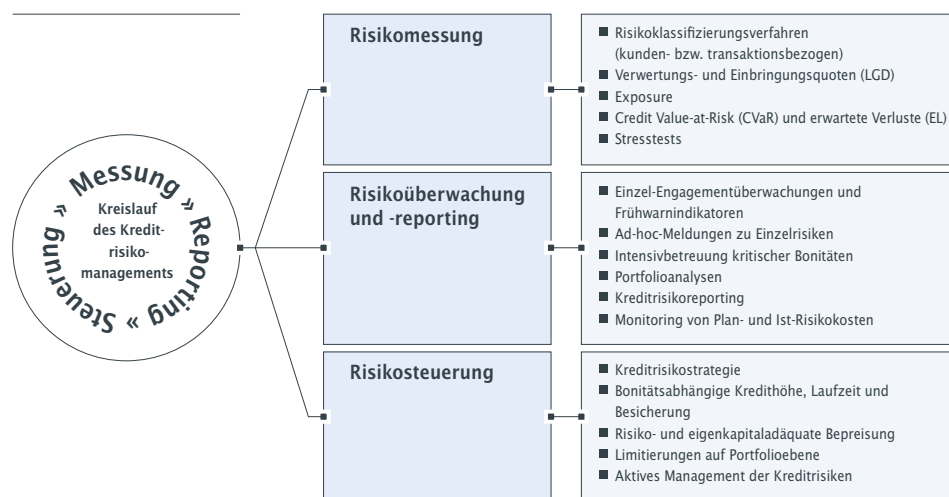
Risiko, dass bei grenzüberschreitenden Geschäften zahlungsfähige und zahlungswillige Kunden im Ausland aufgrund von Beschränkungen des Zahlungsverkehrs oder anderen hoheitlichen Maßnahmen ihre Verpflichtungen nicht oder nicht vollständig erfüllen können.

Sicherheitenrisiko.

Risiko, dass im Verwertungsfall Sicherheiten nicht die erwarteten (Markt-)Werte erzielen.

Das Kreditrisikomanagement der LBBW lässt sich durch drei kreislaufartig verbundene Phasen darstellen:

Kreditrisikomanagement.



Risikomessung.

Zur Risikomessung setzt die LBBW ein umfangreiches Instrumentarium von quantitativen Messverfahren ein. Diese unterliegen einer ständigen Qualitätskontrolle und werden bei Bedarf weiterentwickelt.

Risikoklassifizierungsverfahren.

Für alle relevanten Geschäftsfelder hat die LBBW spezifische Scoring- oder Ratingverfahren im Einsatz. Diese Verfahren quantifizieren die Ausfallwahrscheinlichkeit der Engagements. Dabei wird das Adressenausfallrisiko mit und ohne Berücksichtigung des Transferrisikos ermittelt.

Die Prognosefähigkeit der im Einsatz befindlichen Scoring- und Ratingverfahren wird regelmäßig überprüft und die Verfahren bei Bedarf weiterentwickelt. Die Pflege und Weiterentwicklung der Risikoklassifizierungsverfahren wird von der LBBW in Eigenregie oder in Kooperation mit der S-Rating GmbH (Tochtergesellschaft des DSGV) oder der Rating Service Unit GmbH & Co. KG (Tochtergesellschaft der Landesbanken) durchgeführt.

Verwertungs- und Einbringungsquoten.

Für eine risikoadäquate Engagementbewertung ist neben der Ausfallwahrscheinlichkeit die Einschätzung der Verlusthöhe bei Ausfall (loss given default) erforderlich. Diesbezüglich werden Schätzungen für Verwertungsquoten (durchschnittlich erwartete Erlöse aus der Sicherheitenverwertung in Relation zum Marktwert) sowie für Einbringungsquoten (Erlösanteile aus dem unbesicherten Anteil einer Forderung) ermittelt. Die Schätzungen basieren auf eigenen bzw. in Zusammenarbeit mit Sparkassen und anderen Landesbanken gesammelten Erfahrungswerten.

Exposure zum Zeitpunkt des Ausfalls.

In Abhängigkeit von Produktart, Marktfaktor (Zins, Währung etc.) und Laufzeit erfolgt eine differenzierte Kalkulation von Potential Future Exposures, die eine adäquate Linienanrechnung gewährleisten.

Erwartete Verluste und Credit Value-at-Risk.

Der erwartete Verlust – als Kennzahl in Abhängigkeit von der Kundenbonität, der Einschätzung der Verlusthöhe bei Ausfall sowie des erwarteten Exposures zum Zeitpunkt des Ausfalls – liefert die Basis für die Höhe der Standardrisikokosten. Diese gehen im Rahmen der Einzelgeschäfts-Vorkalkulation in die Ermittlung der risikoadäquaten Kreditkonditionen ein. In der Portfoliobetrachtung können mit dieser Kennzahl eine Vergleichbarkeit verschiedener Portfolios hergestellt und die Planrisikokosten plausibilisiert werden. Im Rahmen der Impairmentrechnung wird für die Kalkulation der pauschalen Risikovorsorge (GLLP und PLLP-non impaired) ebenfalls auf das Konzept des erwarteten Verlustes zurückgegriffen, um den tatsächlichen Verlust (incurred loss) zu schätzen, der aufgrund von Informationsverzügen noch nicht erkannt wurde.

Der unerwartete Verlust oder Credit Value-at-Risk (CVaR) bezeichnet in der LBBW den potenziellen Barwertverlust eines Portfolios über den erwarteten Verlust hinaus. Hierbei wird der Betrag ermittelt, der mit einer vorgegebenen Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) im Zeithorizont von einem Jahr nicht überschritten wird. Dabei spielen Konzentrationsrisiken eine entscheidende Rolle: Branchenkonzentrationen und Größenkonzentration bei einzelnen Kreditnehmern erhöhen das Portfoliorisiko, eine hohe Granularität und Diversifikation vermindern dieses. Um diesen Wert zu ermitteln, verwendet die LBBW ein auf der Modellierung von Ratingmigrationen beruhendes Kreditportfoliomodell. Entsprechend ihrem Rating sind den einzelnen Kreditnehmern Ausfall- und Migrationswahrscheinlichkeiten zugeordnet. Diese werden so modelliert, dass Korrelationen zwischen den Kreditnehmern (insbesondere anhand ihrer Zuordnung zu Branchen und Ländern) angemessen berücksichtigt werden. Das Kreditexposure wird dazu einer Mark-to-Model-Bewertung unterzogen, die Berechnung ist barwertorientiert. Zur Risikorechnung verwendet das Kreditportfoliomodell einen Monte-Carlo-Simulationsansatz. Der CVaR wird analog zu den sonstigen Risikokategorien zum Konfidenzniveau von 99,95% berechnet.

Stresstests.

Neben den letztlich vergangenheitsorientierten statistischen Kennzahlen und Instrumenten der Risikomessung sind in der LBBW Stress-Szenarien ein wesentlicher Baustein der Risikoabschätzung. Sie analysieren im Vorhinein die Wirkung möglicher konjunktureller Schwankungen, krisenhafter Marktentwicklungen und Extremszenarien darauf hin, ob die Risikotragfähigkeit der LBBW auch für diese Extremsituationen ausreichend bemessen ist. In der LBBW wird ein Set von standardisierten Stress-Szenarien gerechnet, die in die Risikotragfähigkeit Eingang finden. Darüber hinaus werden nach aktuellem Bedarf spezielle Stress-Szenarien ergänzt, die Veränderungen des LBBW-Portfolios in Bezug auf potenzielle Entwicklungen (z. B. Branchenkrisen) analysieren. Diese Szenarien fließen als die Credit Value-at-Risk-Kennzahlen ergänzende Information in die Steuerung ein.

Risikoüberwachung und -reporting. Einzelengagementebene.

Die Überwachung der Risiken auf Einzelengagementebene wird durch die fortlaufende Beobachtung des Kunden und seines Umfeldes durch die engagementverantwortlichen Risikoanalysten der Marktfolge gewährleistet.

Die internen Prozesse der LBBW sind darauf ausgerichtet, auf Grundlage von Frühwarnindikatoren bonitätsschwache Engagements bzw. Bonitätsverschlechterungen frühzeitig zu erkennen. Dadurch können im Dialog mit dem Kunden rechtzeitig geeignete Maßnahmen eingeleitet werden, um Krisen zu vermeiden oder zumindest abzumildern. In Abhängigkeit vom Risikogehalt werden die problembehafteten Engagements in Intensivbetreuungs-, Sanierungs- und Abwicklungsfälle differenziert und von einem spezialisierten Bereich betreut. Die LBBW strebt dabei im Einklang von Eigen- und Kundeninteresse eine Verlustminimierung durch erfolgreiche Sanierungsaktivitäten an.

Zur gezielten Berichterstattung an die zuständigen Entscheidungsträger ist ein Adhoc-Reporting-Prozess für bedeutende und außergewöhnliche Ereignisse implementiert. Größere und/oder schwierige Kreditrisikoengagements werden dem Vorstand und den Aufsichtsgremien mit fundierten Aussagen zur jeweiligen Engagementstrategie und zur wirtschaftlichen Entwicklung regelmäßig zur Kenntnis gegeben.

Portfolioebene.

Die Überwachung des Adressenausfallrisikos auf Portfolioebene erfolgt überwiegend im von Markt- und Marktfolgebereichen organisatorisch getrennten Bereich Konzernrisikocontrolling. In diesem sind u. a. die Zuständigkeit für die Angemessenheit der Scoring- und Ratingverfahren, die Kreditrisikomessung, die Überwachung der Kontrahenten- und Länderlimite sowie die Erstellung der Risikoberichte angesiedelt.

Die Überwachung der Risiken erfolgt durch Limitierungen auf verschiedenen Portfolioebenen: Das Konzern-Kreditrisiko ist mittels eines Limits für das ökonomische Kapital auf Basis des Credit Value-at-Risk (CVaR) begrenzt. Die Einhaltung der Länderlimite wird mit einem speziellen Limitsystem kontrolliert. Das Portfolio der Financial Institutions ist sowohl in der Summe als auch – ergänzend zum Länderlimit – länderabhängig limitiert. Je Land werden zudem mit einem weiteren Limit nicht systemrelevante Financial Institutions begrenzt.

Branchenrisiken aus dem Corporates-Portfolio werden durch die Vorgabe branchenbezogener Limite begrenzt und überwacht. Das Limitsystem beruht auf einem eigens dafür konzipierten risikoorientierten Branchenschlüssel, der entlang der Wertschöpfungskette der Unternehmen Branchensegmente mit hohen Verlustabhängigkeiten zusammenfasst.

Über die Risikolage auf Portfolioebene und die Einhaltung der geschilderten Limitierungen informiert der Bericht über das Kreditrisiko als Teil des Gesamtrisikoberichts. Hierin werden die risikorelevanten Portfolios unter Berücksichtigung von Konzentrationen analysiert. Gegebenenfalls werden den Entscheidungsträgern (Gesamtvorstand und Aufsichtsgremium) Handlungsempfehlungen gegeben. Zusätzlich erhält der Vorstand regelmäßig Portfolioberichterstattungen der jeweiligen Marktfolgeeinheiten mit Detailinformationen zu Risikoentwicklungen diverser Geschäftsfelder sowie zu kritischen Engagements. Außerdem werden monatlich die laufende Entwicklung der tatsächlichen Risikokosten und die Abweichung zu den Plan- bzw. Standardrisikokosten berichtet.

Risikosteuerung.

Die Steuerung von Kreditrisiken erfolgt insbesondere durch die Vorgaben der Kreditrisikostrategie, durch die Einhaltung der ÖKap-Limite in Bezug auf den Credit Value-at-Risk sowie der Überwachung von Konzentrationsrisiken (Branchen, Länder, Einzelkontrahenten).

Einzelengagementebene.

Für das Risikomanagement auf Ebene der Einzeladressen sind die Marktfolgebereiche zuständig. Wesentliche Bestandteile der Einzelgeschäftssteuerung sind risikolimitierende, risk-return-orientierte sowie geschäftsfeldspezifische Vorgaben im Rahmen der Kreditrisikostrategie. Die Risikobegrenzung auf Einzelgeschäftsebene erfolgt zum einen durch die differenzierte Vorgabe einer Mindestbonität für die Kreditnehmer. Zum anderen werden Kredithöhe, Laufzeit und Sicherheitenstruktur an die Kundengruppe und die Bonität der jeweiligen Kreditnehmer gekoppelt. Vorgaben der Groß- und Millionen-Kreditverordnung werden dabei beachtet.

Da aus ökonomischer Sicht der risikoadjustierte wirtschaftliche Ergebnisbeitrag wesentliche Entscheidungsgrundlage für den Geschäftsabschluss ist, besteht in der LBBW die Pflicht zur Vorkalkulation aller Geschäfte. Kalkulationsbestandteile sind neben dem Einstandszinssatz die Bedarfsspanne (Deckung der Bearbeitungskosten), die Kapitalspanne (Verzinsung des Eigenkapitals) und die Risikospanne (Deckung erwarteter Verluste). Die Ergebnisse der Vorkalkulation sind Grundlage der Geschäftssteuerung auf Einzelkunden- und Profit-Center-/Portfolioebene.

Portfolioebene.

Zur Steuerung des Konzern-Kreditportfolios wird insbesondere die Auslastung des Limits für das ökonomische Kapital für Kreditrisiken (auf Basis Credit Value-at-Risk) überwacht. Auf Basis eines Ampelsystems werden bei hohen Limitauslastungen frühzeitig risikoreduzierende Maßnahmen eingeleitet. Ergänzend liefern die Ergebnisse der Stresstests Hinweise auf potenziell gefährliche Risikokonstellationen.

Länderlimite werden vom Vorstand auf Vorschlag des Länderlimitausschusses festgelegt. Bei einer hohen Länderlimitauslastung wird dem Länder- und Transferrisiko durch die Verhängung von Geschäftsstopps gezielt entgegengesteuert. Bei Verschlechterungen der Länderbonität werden Limite reduziert oder vollständig gestrichen.

Die Limitierung des Portfolios der Financials Institutions sowie der Corporates Branchen wird kontinuierlich überwacht und löst bei Bedarf steuernde Maßnahmen wie z. B. Kauf von Sicherungsgeschäften oder Neugeschäftsstopp aus.

Auf Ebene der Geschäftsfelder erfolgt die Risikobegrenzung durch die Einhaltung der quantitativen Vorgaben der Kreditrisikostategie in Bezug auf Ratingstrukturen, Portfolioqualität und Risk-Return-Vorgaben (z. B. Zielvorgaben zur Eigenkapitalrentabilität). Durch die Ausrichtung der Strategie auf operative Geschäftsfelder sind klare (Teil-)Portfolio-Zuständigkeiten für die Einhaltung der Vorgaben aus der Kreditrisikostategie definiert. Ergänzend erstrecken sich die Vorgaben der Strategie auf die zulässigen Produktarten pro Geschäftsfeld.

Die LBBW hat zum 1. Dezember 2009 im Dezernat Marktfolge einen neuen Bereich eingerichtet, der für das Management des Credit Investment Portfolios (CIP) verantwortlich ist. Im CIP gebündelt ist das Kreditersatzgeschäft der LBBW, der ehemaligen Sachsen LB und der ehemaligen LRP. Das Portfolio soll im Zuge der Umstrukturierung der LBBW in den nächsten Jahren sukzessive abgebaut werden.

Risikolage.

Die verschiedenen Portfoliodarstellungen nach Ratingstufen, Branchen und Regionen geben einen Überblick über die Risikolage der LBBW. In den nachfolgenden Tabellen wird als Betragsgröße das Exposure ausgewiesen. Dieses ist definiert als Inanspruchnahme zuzüglich externer offener Kreditzusagen.

Rating und Branchen.

Die Darstellung des Portfolios in den Dimensionen Rating und Branche gibt zum einen Auskunft über den Umfang der Geschäftstätigkeit der LBBW, zum anderen spiegelt die jeweilige Ratingstruktur die Risikosituation wider.

Bei der Brancheneinteilung werden dafür realwirtschaftliche Wertschöpfungsketten und die daraus resultierenden Ausfallkorrelationen durch die Verwendung eines internen risikoorientierten Branchenschlüssels berücksichtigt.

Exposure nach Rating und Branchen*

Mio. EUR	(AAA – BBB–)	(BB+ – B+)	(B – C)	Default	Sonstiges	Gesamt
Finanzinstitute	229 772	13 539	2 685	2 169	3 858	252 022
Kreditinstitute	193 121	5 973	758	1 029	339	201 221
Finanzdienstleistungen	36 650	7 565	1 927	1 140	3 519	50 802
Unternehmen	87 877	36 140	10 846	4 929	3 310	143 102
Automobil	7 444	4 685	3 603	875	54	16 661
Bauwirtschaft	3 875	2 778	487	415	170	7 725
Branchenübergreifende Dienstleistungen für Unternehmen	2 661	1 071	260	168	360	4 522
Commercial Real Estate	12 268	7 985	1 982	1 436	142	23 814
Health Care	3 149	1 022	117	134	186	4 608
Lebensmittel-Handel und sonstige nicht zyklische Konsumgüter	5 081	922	31	42	29	6 106
Telekommunikation	4 924	503	129	41	54	5 651
Transport und Logistik	3 963	1 615	804	115	100	6 598
Versicherungen	5 982	245	171	42	87	6 526
Versorger	12 787	1 049	117	80	36	14 069
Sonstige Branchen**	25 743	14 264	3 144	1 581	2 092	46 823
Öffentliche Hand	78 323	1 910	18	6	5	80 261
Privatpersonen	3 336	3 295	295	419	13 373	20 718
Summe	399 308	54 884	13 845	7 522	20 546	496 104
in Prozent	80,5%	11,1%	2,8%	1,5%	4,1%	100,0%

* äquivalente externe Ratingklassen

** In »Sonstige Branchen« sind Branchen mit einem Anteil < 3% am Unternehmensportfolio zusammengefasst.

Aus der Ratingverteilung ist ersichtlich, dass 80,5 % (Vorjahr 81,3 %) des Portfolios auf Geschäfte mit Kunden sehr guter bis guter Bonitäten (sog. Investment-grade-Ratings) entfällt. Im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise hat sich der Anteil von leistungsgestörten Engagements (siehe Spalte »Default«) jedoch auf 1,5 % des Gesamtportfolios erhöht (Vorjahr 1,2%). In der Spalte »Sonstiges« sind Geschäfte mit Kunden aufgeführt, bei denen z. B. aus Risikorelevanzgründen auf ein Rating/Scoring verzichtet wird.

Die Branchenverteilung weist als größtes Teilportfolio die Finanzinstitute aus. Sparkassen und Landesbanken stellen hiervon ca. ein Drittel des Exposures.

Das Portfolio der Unternehmenskunden zeigt die vorhandene Branchendiversifikation. Das Exposure der größten Branche »Commercial Real Estate« ist dahingehend zu relativieren, dass das Kreditrisiko aus diesem Teilportfolio durch vorhandene Sicherheiten wesentlich reduziert ist. In der zweitgrößten Branche »Automobil« wird durch die Anwendung des risikoorientierten Branchenschlüssels auch das Exposure gegenüber z. B. Zulieferbetrieben und Maschinenbauern mit Absatzschwerpunkt in der Automobilindustrie ausgewiesen. Die zum Vorjahr veränderte Ratingstruktur in der Automobilbranche spiegelt die aktuelle wirtschaftliche Situation dieser Branche wider. Die drittgrößte Branche »Versorger« enthält zu über 90 % sehr gute bis gute Bonitäten, oftmals mit kommunalem Hintergrund (z. B. Stadtwerke). Geschäfte mit der öffentlichen Hand und mit Privatpersonen tragen zur weiteren Portfoliodiversifikation bei.

Regionen.

In der regionalen Verteilung überwiegt mit 59,6% das inländische Geschäft (31. Dezember 2008: 55%). Hier zeigt sich die Fokussierung auf die Kernmärkte im Privat-, Mittelstands- und Großkundengeschäft sowie die Funktion als Sparkassenzentralbank. Die Auslandsengagements verteilen sich zu 89,4% auf Westeuropa und Nordamerika und somit auf Länder mit keinem (Euro-Zone) oder sehr geringem Transferrisiko. Engagements in Osteuropa, Lateinamerika, Afrika und gegenüber supranationalen Institutionen stellen in Summe weniger als 2% des Gesamtportfolios.

Exposure nach Regionen

Region	Anteil Auslandsportfolio
Deutschland	59,6%
Westeuropa (ohne Deutschland)	27,5%
Nordamerika	8,5%
Asien/Pazifik	2,6%
Osteuropa	1,1%
Lateinamerika	0,5%
Afrika	0,0%
Supranationale	0,0%
Summe	100,00%

Durch Rundungen können Differenzen entstehen.

Risikovorsorge.

Die Entwicklung der Risikovorsorge zeigt die folgende Tabelle:

Bewertungsergebnis Kredit

Mio. EUR	Bestand 12/08	Umbuchungen	Zuführung	Auflösung	Verbrauch	Direktabschreibung/ Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	Währungsdifferenz
Bonitätsrisiken	2976,6	105,5	2142,9	646,8	334,9	140,5	18,0
PWB	363,7	-13,0	342,0	236,2	0,0		0,0
LBBW-Bank	3340,3	92,5	2484,9	883,0	334,9	140,5	18,0

Mio. EUR	G+V-relevante Risikokosten	Bestand 12/09	in % zum Gesamt-Exposure	Exposure
Bonitätsrisiken	1 636,7	4 261,4	0,86%	496 104,1
PWB	105,7	456,5		
LBBW-Bank	1 742,5	4 717,9		

Marktpreisrisiken.

Unter Marktpreisrisiken versteht die LBBW die potenziellen Verluste aufgrund von nachteiligen Veränderungen von Marktpreisen. Die Marktpreisrisiken werden nach Einflussfaktoren untergliedert.

Nachfolgende Ausprägungen von Marktpreisrisiken entstehen aus den Geschäftsaktivitäten der LBBW-Bank:

Ausprägungen von Marktpreisrisiken..

Marktpreisrisiken	Ausprägung
Aktienkursrisiken	<ul style="list-style-type: none"> ■ Allgemeine und besondere Kursrisiken ■ Optionsrisiken
Zinsrisiken	<ul style="list-style-type: none"> ■ Allgemeine und spezifische Zinsänderungsrisiken ■ Optionsrisiken ■ Credit-Spread-Risiken
Währungs-/Rohwarenrisiken	<ul style="list-style-type: none"> ■ Wechselkursrisiken ■ Rohwarenrisiken ■ Optionsrisiken

Risikomessung. Risikomodell.

Die LBBW ermittelt den Value-at-Risk (VaR) aus Marktpreisrisiken mit einem Konfidenzniveau von 99% und einer Haltedauer von zehn Tagen; zur bankinternen Steuerung werden die Parameter 95% und ein Tag Haltedauer verwendet.

Gemessen wird mittels eines Verfahrens, das auf einer klassischen Monte-Carlo-Simulation beruht. In der Simulation werden marktinduzierte Wertschwankungen auch von komplexen Geschäften größtenteils nicht genähert, sondern mit vollständiger Bewertung berücksichtigt. Die historischen Zeitreihen der letzten 250 Tage gehen gleichgewichtet in die Schätzung der Kovarianzen ein. Mittels Backtesting-Analysen wird die Qualität der eingesetzten VaR-Schätzverfahren sichergestellt. Das Modell der LBBW wird auch für die übrigen Konzerngesellschaften mit wesentlichen Marktpreisrisiken verwendet, sodass eine konzernweit einheitliche Steuerung mit der Risikokennzahl Value-at-Risk möglich ist.

Marktpreisrisiken werden in der LBBW im Handelsbuch und im Anlagebuch konsistent mit der gleichen VaR-Methodik abgebildet. Zinsrisiken als potenziell nachteilige Entwicklungen der Marktzinssätze beziehen sich sowohl auf die Handelsportfolios als auch auf die strategische Zinsposition des Anlagebuchs. Dabei zeigt es sich, dass nicht nur Parallelverschiebungen der Zinskurven, sondern beispielsweise auch Drehungen bedeutenden Einfluss auf die Zinsposition der LBBW haben können. Derartige Entwicklungen sind in den Simulationen zur VaR-Berechnung enthalten. Darüber hinaus werden auch Basisrisiken, die sich aus relativen Bewegungen der relevanten Zinsmärkte zueinander ergeben, in die Risikoberechnungen einbezogen. Basisrisiken sind sehr stark abhängig von der Korrelation der zugrunde liegenden Zinskurven.

Die Credit-Spread-Risiken haben im Zuge der Finanzmarktkrise einen bedeutenden Anteil am Marktpreisrisiko der LBBW erlangt. Die bonitätssensitiven Geschäfte des Handels- und des Bankbuches werden auf rating- und branchenabhängige Zinskurven gemappt. Damit werden auch die allgemeinen Credit-Spread-Risiken aus Bonds und ABS-Papieren sowie dem klassischen Kreditgeschäft gemessen. Zusätzlich wird für Wertpapiere und ABS das emittentenspezifische Risiko anhand der Spreads (und der Spreadvolatilität) einzelner Adressen berechnet. Die Credit-Spread-Risiken aus allen Kreditderivaten werden anhand eines Multi-Index-Modells ermittelt. Hier gehen die jeweiligen Credit-Spreads des Referenzschuldners in die Risikorechnung ein.

Ergänzt werden die VaR- und Sensitivitäten-Berechnungen wöchentlich durch separate Stress-Szenarien für das Handels- und Anlagebuch. Durch das Stresstesting wird untersucht, wie sich der Wert eines Portfolios unter extremen Marktbedingungen verändert. Mit dem Fokus, besondere Kurvenbewegungen und Spreadveränderungen abzubilden, greift die LBBW sowohl auf selbst definierte (synthetische) als auch auf historische Marktbewegungen zurück. Synthetische Szenarien beziehen sich meist auf ausgewählte Marktfaktorgruppen (wie Zinsshifts, Aktienshifts) einzeln oder in Kombination oder den Stresstest von Basisrisiken (z. B. von verschiedenen Zinskurven). Historische Szenarien wurden aus den Datenanalysen von Marktschocks generiert, wobei die vorhandenen Szenarien speziell um Stresstests für die Finanzmarktkrise erweitert wurden. Alle Szenarien dienen dazu, zukunftsgerichtet extreme Ereignisse an den Finanzmärkten abzubilden, die im VaR als historienbasierte Kennzahl nicht in dezidiert Form enthalten sind. Die Ergebnisse werden sowohl portfoliobezogen als auch mit ihrer Auswirkung auf den Gesamtkonzern und die Risikotragfähigkeit an die jeweiligen Entscheidungsträger berichtet und berücksichtigt.

Neue Produkte und Weiterentwicklung des Risikomodells.

Neuartige Produkte durchlaufen, bevor sie im Handel der LBBW zugelassen werden, einen »Neue-Produkte-Prozess«, der die Abbildung in den verschiedenen Systemen der LBBW, etwa denen des Rechnungswesens oder des Risikocontrollings, sicherstellt. Wenn die vollständige Abbildung der Produkte nicht sofort umgesetzt werden kann, findet ein Stufenverfahren Anwendung, in dem der Handel in diesen Produkten zunächst nur stark reglementiert stattfindet.

Auch im Jahr 2009 hat die LBBW ihr internes Marktrisikomodell unter anderem aufgrund einer geänderten Dynamik der Kapitalmärkte sowie veränderter Risikopositionen weiterentwickelt. Zu den wesentlichen Modellverbesserungen zählen

- der Wechsel auf einen klassischen Monte-Carlo-Simulationsansatz verbunden mit dem Verzicht auf eine Verwendung von Hauptkomponenten sowie einer Szenariobildung für Zinsrisiken,
- die Versorgung des Marktrisikomodells mit Marktdaten aus einer zentralen Marktdatenbank,
- eine verfeinerte Abbildung des Marktrisikos von Kapitalmarktfloatern durch Verwendung differenzierter Diskont- und Forwardzinskurven und
- die Aufnahme europäischer Sovereigns ins Multi-Index-Modell zur verbesserten Abbildung von allgemeinen CDS-Spreadrisiken.
- Die Abbildung von Beständen des Anlagebuchs wurde bezüglich der Einbeziehung von Credit-Spread-Risiken erheblich verbessert (u. a. vollständige Berücksichtigung der Conduits, Berücksichtigung der spezifischen Bondrisiken für die gesamten Bestände des Anlagebuches).

Im Sinne einer regelmäßigen Qualitätssicherung und Validierung werden neben den Bewertungen auch die Adäquanz der Risikomodellierung und die verwendeten Risikofaktoren regelmäßig überprüft. Sollten bestimmte Märkte und Risikoarten künftig an Bedeutung gewinnen, kann das eigenentwickelte Modell flexibel erweitert werden.

Generell gilt jedoch, dass den Bewertungsverfahren Grenzen gesetzt sind: Jede Art der Modellierung beinhaltet eine Vereinfachung gegenüber der Realität. Derartigen »Modellrisiken« begegnet die LBBW durch konservative Parametrisierungen und durch Nutzung unterschiedlicher Verfahren wie VaR, Sensitivitäten, Stresswerten etc. In einzelnen Fällen werden Bewertungsabschläge bzw. Sonderlimitierungen vorgenommen, sofern Unsicherheiten hinsichtlich der zugehörigen Bewertungsverfahren existieren. Für Modellrisiken wird zusätzlich ein entsprechender Puffer in der Risikodeckungsmasse freigehalten.

Risikosteuerung.

Die laufende Risikosteuerung erfolgt durch die jeweiligen Portfolioverantwortlichen in den Handelsbereichen und im Bereich Treasury im Rahmen der Marktpreisrisikostrategie sowie der gesetzten Limite. Die Limite auf Basis von Value-at-Risk (VaR), Stop-Loss oder Sensitivitäten werden vom Gesamtvorstand festgesetzt, bezüglich bestimmter Subportfolios wird diese Kompetenz an einzelne Vorstandsmitglieder delegiert und in einem hierarchisch gegliederten Kompetenzsystem weiterverteilt.

Mit dem strategischen Management aller anderen Marktpreisrisikopositionen im Anlagebuch hat der Vorstand den Vorstandsausschuss Disposition beauftragt. Die vom Bereich Treasury erarbeiteten Vorschläge zur strategischen Positionierung werden im Rahmen der monatlich stattfindenden Sitzungen zur Entscheidung vorgelegt. Die Ergebnisse werden an den Gesamtvorstand berichtet.

Die Zinsänderungsrisiken aus den Neugeschäften mit Kunden schließt der Bereich Treasury im Wesentlichen zeitnah durch Gegengeschäfte.

Die Steuerung der Marktpreisrisiken im Handelsbuch ist Aufgabe der Handelsbereiche. In den Handelsbereichen sind nach Produktzuständigkeiten die Trading- und Sales-Einheiten der Bank zusammengefasst:

Die Aufgabe der Sales-Einheiten liegt im Abschluss von Handelsgeschäften mit Kunden und der Akquisition bzw. Pflege von Verbindungen zu institutionellen Investoren. Sie gehen darüber hinaus keine Risiko-Positionen ein.

Die Trading-Einheiten sind in erster Linie für den Eigenhandel der Bank zuständig. Daneben werden die Marktpreisrisiken aus denjenigen Geschäften der Sales-Gruppen, die nicht zur Absicherung durch den Bereich Treasury vorgesehen sind, in Handelsbücher übernommen. Die Trading-Einheiten tragen die Marktpreisrisiko- und Ergebnisverantwortung.

Risikoüberwachung.

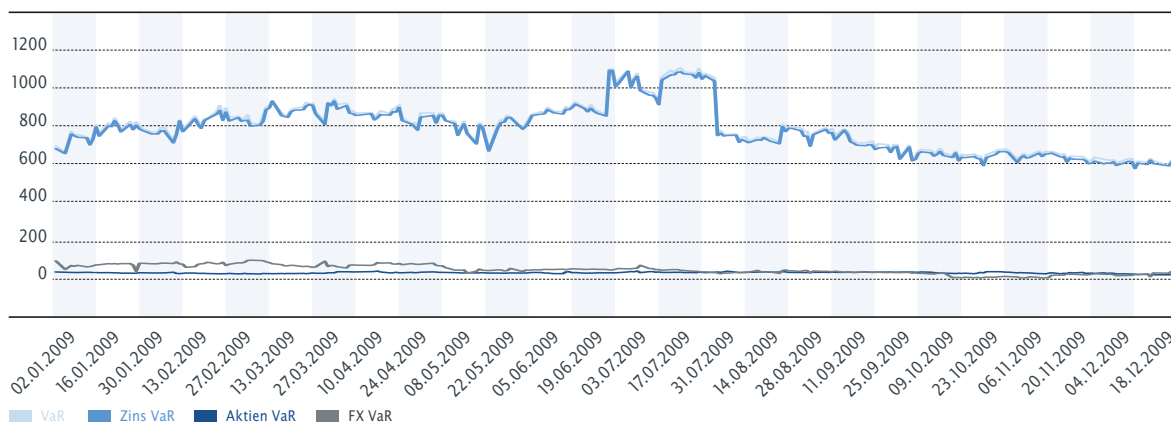
Die Auslastung der Limite und die Einhaltung der Risikostrategie werden durch das Konzernrisikoccontrolling überwacht und den jeweiligen Portfolioverantwortlichen und dem Gesamtvorstand berichtet. Neben der täglichen Berichterstattung erhält der Vorstand im monatlichen Rhythmus im Gesamtrisikobericht detaillierte Informationen über die Risiko- und Ertragsentwicklung aus Marktpreisrisiken sowie wöchentlich Reports zu Worst-Case-Ergebnissen.

Risikolage. Entwicklung der Marktpreisrisiken.

Die eingegangenen Marktpreisrisiken standen 2009 durchweg im Einklang mit der Risikotragfähigkeit der LBBW. Das Stopp-Loss-Limit war im ganzen Jahr eingehalten. Im ersten Quartal des Jahres 2009 kam es allerdings in Folge der Finanzmarktkrise noch zu VaR-Limitüberschreitungen bis auf die Ebene der LBBW-Bank. Die Limitüberschreitungen wurden dabei entsprechend dem internen Eskalationsprozess kommuniziert und überwacht.

Die folgende Grafik stellt den Jahresverlauf der Marktpreisrisiken der LBBW-Bank dar.

Risikoverlauf LBBW-Bank in Mio. EUR.



Im Laufe des Jahres 2009 war allgemein mit der Erholung der Finanzmärkte eine sinkende Volatilität und eine Zunahme der Korrelationen der Marktparameter zu beobachten, die das Risiko im Vorjahresvergleich reduzierte. Der Risikoanstieg zur Jahresmitte bei der LBBW ist auf die umfassende Abbildung der Conduits in der Risikorechnung zurückzuführen. Im August ging dann das Risiko wieder deutlich zurück, da die unter dem Risikoschirm garantierten ABS-Positionen nicht mehr im Marktpreisrisiko der LBBW ausgewiesen werden.

Die Marktpreisrisiken der LBBW werden insgesamt von Zins- und Credit-Spread-Risiken geprägt. Das Gesamtrisiko wird dabei dominiert von den Positionen im Anlagebuch. Maßgeblich sind hier die Basisrisiken im Zinsbereich zwischen den EUR-Financial-Kurven und der Swapkurve sowie das Exposure gegenüber Credit-Spreads inklusive der Risiken aus festverzinslichen Wertpapieren, Kreditderivaten und dem Kreditersatzgeschäft. Weniger bedeutsam als Zins- und Spreadrisiken sind bei der LBBW die Aktienrisiken sowie Währungs- und Rohwarenrisiken. Letztere beinhalten auch Risiken aus Edelmetall- und Sortenbeständen, die nur in geringem Umfang vorliegen.

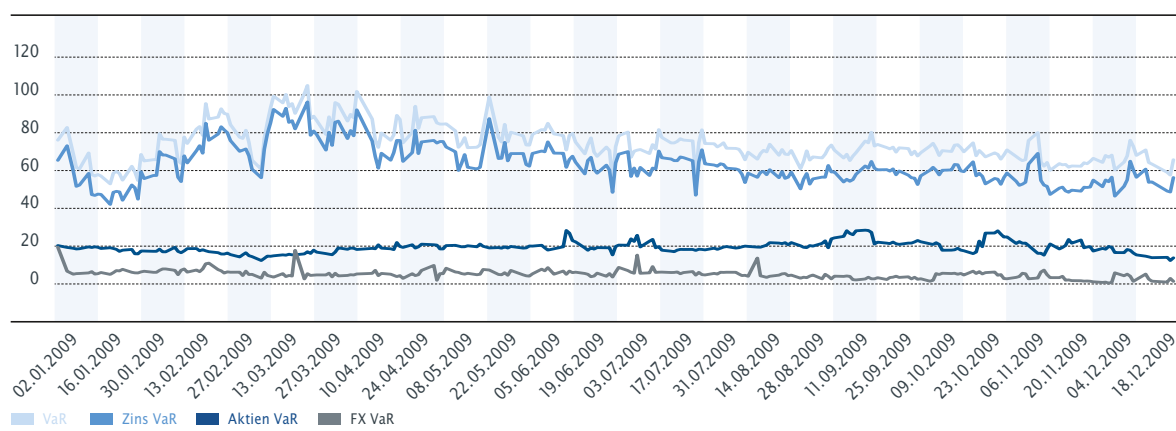
Die nachfolgende Tabelle zeigt die Zusammensetzung des VaR (99%/10 Tage) nach Risikoarten auf Gesamtbankebene:

VaR 99%/10 Tage

Mio. EUR	Durchschnitt	Maximum	Minimum	30.12.2009	30.12.2008
LBBW-Bank Gesamt	792	1 100	592	620	760
Zinsänderungsrisiken (inkl. Credit-Spread-Risiken)	780	1 087	575	611	745
Aktienrisiken	32	41	21	23	34
Währungsrisiken	48	98	4	40	65

Für die Handelsbuchpositionen ergeben sich folgende Verlaufsgrafik und tabellarische Zusammenfassung der Marktpreisrisiken.

Risikoverlauf Handelsbuch in Mio. EUR.



VaR 99 %/10 Tage

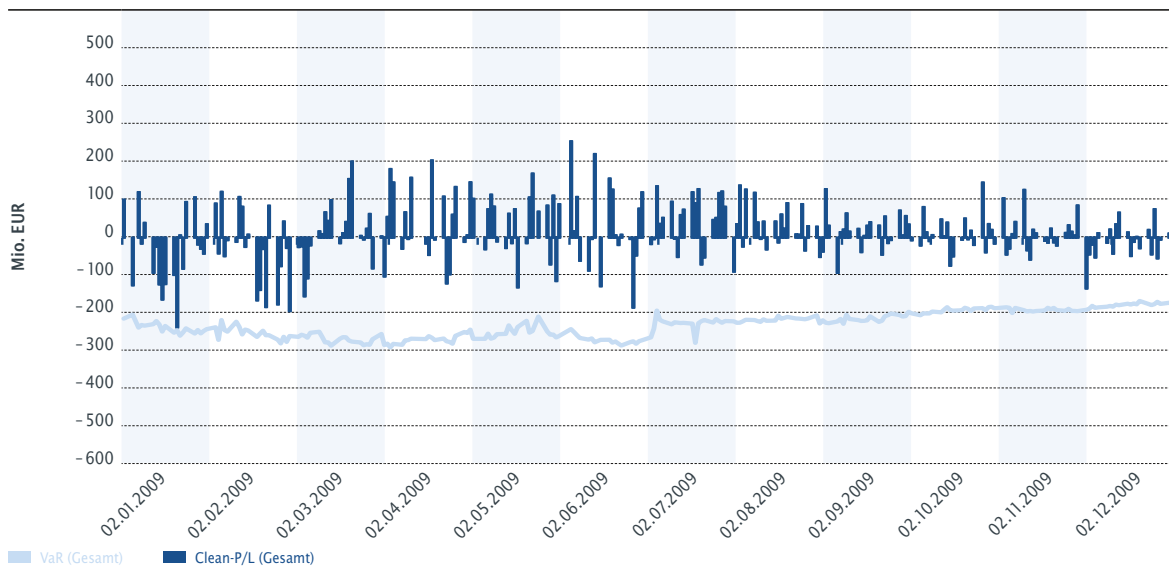
Mio. EUR	Durchschnitt	Maximum	Minimum	30.12.2009	30.12.2008
LBBW-Bank Handelsbuch	69	98	50	62	74
Zinsänderungsrisiken	59	90	40	53	64
Aktienrisiken	19	27	13	14	19
Währungsrisiken	6	19	2	2	8

Backtesting.

Der im Risikomodell berechnete VaR-Wert stellt eine statistische Prognose über die in einzelnen Zeitabschnitten zu erwartenden Portfolioverluste aus Marktpreisrisiken dar. Um die Angemessenheit des Modells zu überprüfen, ist es erforderlich, die Güte der Prognose zu untersuchen. Dies erfolgt in Form eines Backtesting. Konkret wird hierbei die Anzahl der VaR-Überschreitungen durch die tatsächliche Portfoliowertänderung in Folge von Marktdatenänderungen (Clean-P/L), sogenannte Ausnahmen, gezählt. Bis einschließlich 30. Dezember 2009 waren im Rahmen des Backtestings für die zurückliegenden 250 Handelstage keine Modellausnahmen für die Trading-Positionen und für die LBBW-Bank zu verzeichnen. Das Handelsportfolio, für das die Eigenmittelunterlegung der Aktien- und allgemeinen Zinsrisiken über das interne Risikomodell erfolgt, weist ebenfalls keine Ausnahme auf. Das bedeutet, dass aufsichtsrechtlich kein zusätzliches Eigenkapital für Modellausnahmen angerechnet werden muss.

Backtesting Portfolio LBBW-Bank für den Zeitraum 02.01.2009 – 30.12.2009.

VaR-Parameter: 99% Konfidenzniveau, 1 Tag Haltedauer



Die Grafik zeigt, wie im Laufe des Jahres mit der Beruhigung der Finanzmärkte das Risiko und die Schwankung der Clean-P/L zurückgegangen sind.

Stresstest.

Die Auswirkungen der simulierten Stress-Szenarien stiegen im Jahr 2009 deutlich an. Im ersten Halbjahr 2009 kam es zu Limitüberschreitungen im Stresstestlimit der LBBW-Bank, der Gesamtpuffer für alle Stress-Szenarien wurde jedoch zu keinem Zeitpunkt überschritten. Die Limitüberschreitungen wurden dabei entsprechend dem internen Eskalationsprozess kommuniziert und überwacht.

Marktliquiditätsrisiken.

Marktliquiditätsrisiken bezeichnen das Risiko, aufgrund unzulänglicher Markttiefe oder bei Marktstörungen Geschäfte nicht oder nur mit Verlusten glattstellen zu können. Falls z. B. ein hohes Volumen kurzfristig veräußert oder eingedeckt werden soll, ist von einem entsprechenden Einfluss auf die Märkte auszugehen, der den zu erwartenden Erlös schmälert. Die Marktliquiditätsrisiken werden als Bestandteil der Marktpreisrisiken bei Handelsprodukten (insbesondere bei Wertpapieren) betrachtet.

Die LBBW berücksichtigt derartige Risiken zum Teil über die Beobachtung der Bid-Offer-Spreads in den entsprechenden Titeln des Bestands. Diese werden den zugehörigen gehandelten Volumina gegenübergestellt. Dieser Zusammenhang wird dann auf das Volumen im Bestand der LBBW übertragen und in eine potenzielle Verlustgröße überführt. Die Risiken aus »marktengen« Aktien im Handelsbestand werden durch ein gesondertes Limit begrenzt und haben für die LBBW keine wesentliche Bedeutung.

Darüber hinaus bezieht sich der Begriff Marktliquiditätsrisiken auf potenzielle Verluste dadurch, dass Marktsegmente an Liquidität verlieren, wie in 2007 und 2008 im Bereich der Credit-Spread-Produkte und speziell bei Verbriefungen. Durch die plötzlich fehlende Liquidität in bis dahin sehr liquiden Märkten kam es seitdem in diesen Marktsegmenten zu Schwierigkeiten in der Marktbewertung und in den darauf aufbauenden Prozessen.

Die geringe Liquidität von Produkten führt in der Regel zu einer höheren Volatilität und damit zu einer Erhöhung im Marktpreisrisiko. Das Marktliquiditätsrisiko ist damit implizit weitgehend in der Marktpreisrisikorechnung enthalten. Eine plötzlich fehlende Liquidität in Marktsegmenten, die im Normalzustand hochliquide sind, ist dagegen nicht vergleichbar über historienbezogene Modelle abbildbar. Hier muss mit Szenarioannahmen und pauschalen Aufschlägen gearbeitet werden. Das Risikomanagement der LBBW zielt darüber hinaus darauf ab, auch in Krisensituationen großen Handlungsspielraum zu behalten, da sich Verluste ggf. vermeiden lassen, wenn ein Institut nicht gezwungen ist, trotz widriger Marktliquiditätssituation Positionen zu verkaufen bzw. zu schließen.

Liquiditätsrisiken.

Die LBBW unterscheidet bei der Überwachung und Steuerung der Liquiditätsrisiken zwischen dem kurzfristigen Liquiditätsrisiko, das die Gefahr einer Zahlungsunfähigkeit aufgrund akuter Zahlungsmittelknappheit bezeichnet, und dem Refinanzierungs(spread)risiko, das negative Ertragswirkungen infolge einer möglichen Verschlechterung der Refinanzierungsspreads beschreibt.

Risikomessung.

Das kurzfristige Liquiditätsrisiko im Sinne einer jederzeitigen Verfügbarkeit ausreichender Zahlungsmittel kann über einen Value-at-Risk nicht angemessen quantifiziert und beurteilt werden. Es wird deshalb im LBBW Konzern über quantitative Vorgaben gesteuert, die gemäß der Liquiditätsrisikotoleranz vom Vorstand festgelegt wurden.

Die Ermittlung der Liquiditätsrisikoposition umfasst unter anderem:

- Regelmäßige tägliche und für den Konzern mindestens wöchentliche Erstellung der Liquiditäts-Gaps im Horizont bis 12 Monate.
- Monatliche Erstellung von Gaps für die langen Laufzeiten zur Beurteilung der Refinanzierungs(spread)risiken.
- Tägliche Ermittlung des freien Refinanzierungspotenzials bei Notenbanken.
- Regelmäßige Erstellung einer Investorenliste, anhand derer etwaige Veränderungen hinsichtlich der Diversifikation der Investorenbasis erkannt werden können.
- Im Rahmen regelmäßiger Stresstests Beurteilung der drei Szenarien »Ratingdowngrade«, »Finanzmarktkrise« und »Kombination« (Marktkrise mit gleichzeitigem Downgrade von LBBW und Wettbewerbern). Laufende Überprüfung und gegebenenfalls Anpassung der verwendeten Annahmen und Parameter.

Die Liquiditätsrisikotoleranz wird maßgeblich über ein »Survival Period Konzept« definiert, d. h., es werden Zeitspannen vorgegeben, wie die Bank auch bei stark eingeschränkten Mittelaufnahmemöglichkeiten am Markt unter unterschiedlichen Annahmekonstellationen (Entwicklungspfaden) mindestens zahlungsfähig bleiben soll. Daneben gelten absolute Obergrenzen für den maximalen Refinanzierungsbedarf aufgrund von Fälligkeiten aus dem Geschäftsbestand auf Sicht von 3 Monaten sowie 12 Monaten.

Zur Beurteilung der Liquiditätsrisiken im Konzern sind alle wesentlichen Tochtergesellschaften und alle Conduits/SIVs in die regelmäßige Berichterstattung nach LBBW-Vorgaben eingebunden (wöchentlicher Konzern-Cashflow, monatlich ausführlich im Gesamtrisikobericht). Die Liquiditätsrisiken aus außerbilanziellen Gesellschaftskonstruktionen werden grundsätzlich gleich beurteilt und berichtet, wie Liquiditätsrisiken auf der Bilanz.

Risikosteuerung.

Die Steuerung der Liquiditätsrisiken sowie der Refinanzierung erfolgt unter Beachtung der in der Liquiditätsrisikotoleranz festgelegten Maßgaben durch den Bereich Treasury unter der primären Zielsetzung der Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit sowie der aktiven Ertrags- und Risikooptimierung bestehender Fälligkeitsinkongruenzen im Rahmen der Fundingplanung.

Die Refinanzierungsstrategie der LBBW zielt auf die Diversifikation bezüglich Produkt- und Investorengruppen ab. Im Jahr 2009 bildeten Anlagen von Sparkassen und inländischen institutionellen Investoren neben dem Retailgeschäft die Hauptquellen für mittel- und langfristiges Funding.

Die Stellung marktgerechter interner Verrechnungspreise durch das Treasury ist ein elementares Steuerungselement für die Aktiv- und Passivseite der LBBW. Die Verrechnungspreise werden bei Bedarf zeitnah an geänderte Marktgegebenheiten angepasst.

Für die Sicherstellung der intraday-Liquidität ist die Gelddisposition im Handel zuständig. Hier erfolgen die Planung der täglichen Zahlungen und die Ermittlung des Geldbedarfs bis zum Tagesende unter kontinuierlicher Berücksichtigung der erst im Tagesverlauf bekannt werdenden Zu- und Abflüsse aus dem Zahlungsverkehr und der Zentralbankfunktion für die Sparkassen.

Zur Sicherstellung der Liquidität in akuten Krisensituationen existiert eine detaillierte Notfallplanung. Unter anderem ist die Bildung eines Krisenstabs unter Beteiligung von Mitgliedern der Geschäftsleitung vorgesehen. Die Notfallplanung wird mindestens jährlich überprüft und durch die Geschäftsleitung neu in Kraft gesetzt.

Risikoüberwachung.

Für die regelmäßige Überwachung der Liquiditätsrisiken ist auf Leitungsebene das Risk Committee der LBBW und auf operativer Ebene das Liquiditätsrisikocontrolling im Bereich Konzernrisikocontrolling verantwortlich. Im Gesamtrisikobericht wird monatlich ausführlich im Risk Committee über alle wesentlichen Aspekte des Liquiditätsrisikos, wie Liquiditätsbedarf, Liquiditätsreserven und die Einhaltung der Festlegungen zur Liquiditätsrisikotoleranz einschließlich der Ergebnisse der durchgeführten Stresstests berichtet.

Risikolage.

Zu Beginn des Jahres waren die Geld- und Kapitalmärkte noch stark geprägt durch die Nachwirkungen des Schocks der Insolvenz von Lehman Brothers im September 2008. Trotz dieser Einschränkungen war es möglich, die infolge der Übernahme von Sachsen LB und Landesbank Rheinland-Pfalz gewachsene Liquiditätsrisikoposition des LBBW-Konzerns im gewünschten Umfang zurückzuführen. Im 2. Quartal musste der Konzern eine Verschlechterung der Bonitätsbeurteilung durch die Ratingagentur S&P auf A- (Langfrist), A-2 (Kurzfrist) hinnehmen. Auswirkungen auf die Refinanzierungskosten und das Refinanzierungspotenzial zeigten sich am internationalen Markt durch den Verlust von Investoren. Am Inlandsmarkt war kaum eine Reaktion feststellbar. Die zweite Jahreshälfte verlief für das Liquiditätsrisikomanagement ruhig und ohne hervorzuhebende Ereignisse.

Auch im Jahr 2009 war der LBBW Konzern zu jeder Zeit in der Lage, in ausreichendem Umfang Refinanzierungsmittel über den Markt zu beschaffen.

Die Anforderungen der Liquiditätsverordnung wurden im Jahr 2009 jederzeit eingehalten. Die Liquiditätskennzahl der LBBW-Bank lag per 31. Dezember 2009 bei 1,52 (2008: 1,54).

Operationelle Risiken.

Operationelle Risiken (OpRisk) sind die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition umfasst auch rechtliche Risiken.

Risikomessung.

In der LBBW wird zur Messung des operationellen Risikos der Standardansatz verwendet. Für die interne Steuerung kommt ab 2010 ein OpVaR-Modell zum Einsatz.

Risikosteuerung und -überwachung.

Eine gelebte Risikokultur im Umgang mit operationellen Risiken ist die Voraussetzung für deren Überwachung und Steuerung. Jeder Mitarbeiter ist zu einem verantwortungsbewussten Umgang mit operationellen Risiken aufgerufen.

Das Management dieser Risiken in der LBBW fällt in die primäre Verantwortung der Bereiche. In diesem Zusammenhang sind die dezentralen Operational Risk Manager von hoher Bedeutung. Sie unterstützen die Bereichsleitungen und Geschäftsführer bei der Anwendung der OpRisk-Controllinginstrumente, sind Ansprechpartner für die zugehörigen Mitarbeiter zu operationellen Risiken und stehen in engem Austausch mit dem zentralen OpRisk-Controlling. Für die Weiterentwicklung und Umsetzung von Methoden und Instrumenten des OpRisk-Controllings ist eine unabhängige, zentrale Organisationseinheit im Bereich Konzernrisikocontrolling zuständig. Für eventuelle Schäden sorgt der zentrale Bereich Konzernstrategie/Recht – soweit dies möglich und sinnvoll ist – durch den Abschluss von Versicherungen vor.

Ein Hauptaugenmerk im OpRisk-Management und -Controlling liegt darauf, operationelle Risiken früh zu erkennen und die daraus resultierenden Verluste durch Maßnahmen zu reduzieren bzw. zu vermeiden. Zur Identifizierung und Beurteilung der Risikosituation werden verschiedene Instrumente eingesetzt. Neben der internen und externen Schadensfallsammlung, der Risikoinventur (Self Assessment und Szenarioanalyse) und der Analyse der Risikoindikatoren spielt das OpRisk-Maßnahmenmanagement eine wichtige Rolle in der Steuerung operationeller Risiken.

Das zentrale OpRisk-Controlling stellt den Entscheidungsträgern im Rahmen der regelmäßigen Risikoberichterstattung relevante Informationen zur Verfügung. Bei der Wahrnehmung seiner Überwachungsfunktion wird der Vorstand durch das Risk Committee unterstützt. In diesem Gremium werden Schadensfallberichte und Risikoinventur-Ergebnisse diskutiert sowie Maßnahmen zur Förderung der Risikokultur und aktuelle Ereignisse thematisiert.

Im Geschäftsjahr 2009 wurden die neuen Funktionalitäten der in der LBBW verwendeten Software zur Steuerung operationeller Risiken schrittweise eingeführt. Unter anderem wird hierfür ein neues Modul zur Maßnahmensteuerung eingesetzt. Ziel ist es, die Risikosteuerung zu optimieren und die Risikosensibilität der Bereiche weiter zu erhöhen.

Risikolage.

Bei der LBBW werden, wie die Ausführungen in den nachstehenden Abschnitten zeigen, keine bestandsgefährdenden operationellen Risiken erwartet. Operationelle Risiken lassen sich trotz umfangreicher Vorsorgemaßnahmen jedoch nie vollständig vermeiden.

DV-Risiken.

Die LBBW berücksichtigt kontinuierlich internationale Standards im IT-Sicherheitsbereich und orientiert sich dabei an den ISO-Standards 27001, 27002 und 27005. Das IT-Risikomanagement für beide IT-Bereiche, IT-Financial Markets und IT/Organisation, wurde zentralisiert. Dabei wurde die Funktion des Operational Risk Managers für die IT-Bereiche gebündelt und in den Verantwortungsbereich des Konzern-IT-Sicherheitsbeauftragten übertragen.

Um die Handlungsfähigkeit bzw. Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs bei Ausfall von DV-Systemen sicherzustellen, besteht ein spezieller Krisenstab IT, der nach einem definierten Ablaufprozess im Krisenfall die Koordination aller Aktivitäten und die zentrale Kommunikation, auch zu den baden-württembergischen Sparkassen, gewährleistet. Die Vorgehensweise und organisatorischen Maßnahmen im Falle einer Krise sind in einem IT-Krisenmanagement Handbuch beschrieben. Für den Notbetrieb der IT-Systeme hält der IT-Betrieb Notfallpläne vor.

Um einen manuellen Notbetrieb im Notfall aufrechtzuerhalten, liegen in den Fachbereichen entsprechende Pläne vor.

Die LBBW verfügt für den Produktionsbetrieb über zwei unabhängige, örtlich getrennte Rechenzentren. Im Großrechner-Bereich ergibt sich ein Backup-Betrieb mit Datenspiegelung, der nach einer Ausfallzeit von spätestens drei Stunden ein Katastrophen-Backup gewährleistet. Für die Handelssysteme ist ebenfalls ein Backup-Betrieb mit Datenspiegelung realisiert. Zur Überprüfung der Funktionsfähigkeit und zum Training von Mitarbeitern finden regelmäßig Backup-Tests statt. Sowohl

für den Handel als auch für die Handelsabwicklung sind zusätzlich Backup-Arbeitsplätze eingerichtet.

Derzeit bestehen bei der LBBW keine außergewöhnlichen DV-Risiken. Durch die stetige Weiterentwicklung und Verbesserung des DV-Umfelds ist auch künftig ein geordneter DV-Betrieb in der LBBW sichergestellt.

Personalrisiken.

Der Erfolg der LBBW hängt wesentlich von engagierten Mitarbeitern ab – so ist es auch im Leitbild der LBBW verankert: »Wir Mitarbeiter machen den Erfolg der Bank. Mit Kompetenz, Wissen und Engagement.« Ziel eines umfassenden Personalrisikomanagements ist die Identifikation negativer Tendenzen (Risikoüberwachung) und die Bewertung geeigneter Maßnahmen, um Risiken zu verhindern bzw. zu minimieren (Risikosteuerung).

Der Personalbereich unterscheidet dabei verschiedene Arten von Personalrisiken als Ansatzpunkte seiner Risikoüberwachung und -steuerung. Engpass-, Austritts-, Anpassungs- und Motivationsrisiken sind frühzeitig zu erkennen und die daraus resultierenden Kosten wie zum Beispiel Personalsuch-, Kündigungs- und Fluktuationskosten zu minimieren. Diese Risiken werden in periodischen Auswertungen und Analysen sowie den unternehmensübergreifenden Vergleichen von Personalkennzahlen wie beispielsweise Fluktuationsraten, Fehlzeiten oder Daten über Personalentwicklungsmaßnahmen (insbesondere Führungskräftebildungen) gemessen.

Im Risikofeld »Austrittsrisiko« werden beispielsweise ausgetretene Mitarbeiter schriftlich zu ihren Austrittsgründen befragt. So haben diese nochmals Gelegenheit, ihre Meinung frei über die LBBW als Arbeitgeberin zu äußern.

Ein Schwerpunkt liegt auf der internen Nachwuchsförderung. Um dem Risiko fehlender Leistungsträger zu begegnen (»Engpassrisiko«), wird deshalb das Mitarbeiterpotenzial systematisch erfasst und analysiert. Im Hinblick auf die demografischen Veränderungen steht die Altersstruktur der LBBW unter besonderer Beachtung, auch wenn sich in den nächsten Jahren kein Handlungsbedarf abzeichnet.

Möglichen Risiken im Personalbereich begegnet die LBBW bereits heute schon mit einer Reihe von Maßnahmen. Sie reichen von der rechtlichen Absicherung der LBBW bis zur aufgabenadäquaten Qualifizierung der Mitarbeiter. Hierzu wird unter anderem jährlich ein zielgruppenorientiertes fachliches Bildungsprogramm aufgelegt. Daneben besteht eine eigene Abteilung mit Aufklärungs- und Überwachungsfunktionen zu Compliance- und Geldwäschegesetzregelungen.

Durch den angekündigten Personalabbau im Rahmen des EU-Restrukturierungsprojektes könnte es im Jahr 2010 zu einer erhöhten Fluktuation kommen. Vor dem Hintergrund einer derzeit historisch niedrigen arbeitnehmerseitigen Fluktuation wird dieses Risiko als sehr gut beherrschbar eingeschätzt.

Rechtsrisiken.

Rechtsrisiken sind wirtschaftliche Risiken aufgrund fehlender bzw. unvollständiger Berücksichtigung des durch Rechtsvorschriften und die Rechtsprechung vorgegebenen Rahmens der Rechtsordnung. Sie entstehen beispielsweise durch fehlende Kenntnis der konkreten Rechtslage, nicht hinreichende Rechtsanwendung oder nicht zeitgerechte Reaktion auf die Änderung rechtlicher Rahmenbedingungen (auch bei fehlendem Verschulden oder Unvermeidbarkeit bzw. als Folgen von Änderungen in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltungspraxis, insbesondere auf nationaler und europäischer Ebene). Das Management von Rechtsrisiken erfolgt insbesondere durch die Rechtsabteilungen (als Teil des Bereichs Konzernstrategie/Recht) der LBBW. Diese sind in rechtlich beratender Funktion für die Bank, ihre in- und ausländischen Tochtergesellschaften, Niederlassungen und Repräsentanzen tätig. Hinzu tritt die Aufgabe, Rechtsrisiken in den Geschäfts- und Zentralbereichen in Kooperation mit diesen möglichst frühzeitig zu erkennen und in geeigneter Weise zu begrenzen.

Zur Minimierung rechtlicher Risiken und zur Vereinfachung der Geschäftsaktivitäten der Markt- und Handelsbereiche haben die Abteilungen Recht Inlandsgeschäft bzw. die Abteilung Recht Internationales Geschäft eine Vielzahl an Vertragsvordrucken und Musterverträgen selbst entwickelt bzw. nach Prüfung für die Verwendung durch die Geschäftsbereiche der LBBW freigegeben. Dabei bedient sich die Bank auch der Kooperation mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband und der in den dortigen Gremien entwickelten und vom Sparkassenverlag bereitgestellten Vordrucke. Für derivative Geschäfte werden soweit möglich anerkannte standardisierte Vertragsdokumentationen verwendet. Soweit durch neue Tätigkeitsfelder oder die Entwicklung neuer Bankprodukte rechtliche Fragen aufgeworfen werden, begleiten die Rechtsabteilungen diese Prozesse und gestalten sie aktiv mit.

Die Rechtsabteilungen verfolgen – in enger Zusammenarbeit insbesondere mit dem Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB) und dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) sowie dem Verband deutscher Pfandbriefbanken (VdP) – relevante Vorhaben des Gesetzgebers, die Entwicklung der Rechtsprechung sowie neue Vorgaben der Aufsichtsbehörden in den einschlägigen Tätigkeitsbereichen der Bank.

Soweit sich entsprechender rechtlicher Handlungs- und Anpassungsbedarf ergibt, wirken die Rechtsabteilungen an der zeitnahen Information und Umsetzung innerhalb der Bank in maßgeblicher Weise mit. Bestandsgefährdende Rechtsrisiken bestehen bei der LBBW nicht. Der Bereich Konzernstrategie/Recht hat auch keinerlei Anhaltspunkte, dass solche Risiken bei der LBBW in überschaubarer Zukunft entstehen werden.

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess.

Die LBBW versteht das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem als umfassendes System und lehnt sich an die Definitionen des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. zum rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystem (IDW PS 261, Tz. 19 f.) und zum Risikomanagementsystem (IDW PS 340, Tz. 4) an. Es beinhaltet Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen, die darauf ausgerichtet sind, Entscheidungen des Managements

- zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit (hierzu gehört auch der Schutz des Vermögens, einschließlich der Verhinderung und Aufdeckung von Vermögensschädigungen)
- zur Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und externen Rechnungslegung sowie
- zur Einhaltung der für das Unternehmen maßgeblichen rechtlichen Vorschriften organisatorisch umzusetzen.

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem dient der Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der LBBW. Wesentliches Ziel ist sicherzustellen, dass sämtliche Geschäftsvorfälle in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und Standards sowie satzungsmäßigen Bestimmungen und anderen Richtlinien vollständig und richtig erfasst, verarbeitet und dokumentiert werden.

Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem (IKS) beinhaltet im Wesentlichen das Kontrollumfeld, die Risikoeinschätzung, die Kontrollaktivitäten, Information und Kommunikation sowie das Monitoring.

Das rechnungslegungsbezogene Risikomanagementsystem (RMS) besteht aus der Risikoidentifizierung, der sich daran anschließenden Risikobewertung, dem daraus abgeleiteten Maßnahmenkatalog zur Risikobewältigung und dem fortlaufenden Risikocontrolling mit einer adäquaten Kommunikation an alle Prozessbeteiligten.

Zur Steuerung der Risiken stellt das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem einen integralen Bestandteil des rechnungslegungsbezogenen Risikomanagementsystems dar, dementsprechend werden beide Systeme zusammengefasst dargestellt.

Kontrollumfeld.

Die LBBW zeichnet sich durch eine klare Organisations-, Unternehmens- sowie Kontroll- und Überwachungsstruktur aus. Die Gesamtverantwortung für das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem trägt der Vorstand. Über eine fest definierte Führungs- und Berichtsorganisation sind alle strategischen Einheiten eingebunden. Die am Rechnungslegungsprozess beteiligten Abteilungen entsprechen den quantitativen und qualitativen Anforderungen. Die mit dem Rechnungslegungsprozess betrauten Mitarbeiter werden regelmäßig und umfassend geschult.

Risikoeinschätzung und Kontrollaktivitäten.

Bei der Implementierung der Kontrollen wird eine Risikoeinschätzung zu Grunde gelegt sowie das Prinzip der Wirtschaftlichkeit beachtet. Der Umfang der in die Arbeitsabläufe integrierten Kontrollen und Zuständigkeiten ist klar geregelt. Die Kontrollfunktionen werden in der jeweiligen Fachabteilung ausgeübt. Die bei der LBBW definierten Kontrollziele bilden in ihrer Gesamtheit die identifizierten Risiken ab.

Unter Einbindung der zuständigen Fachbereiche erfolgt die Abschlusserstellung durch den Bereich Rechnungswesen/Meldewesen/Steuern bei der LBBW vorwiegend dezentral. Für alle Monats-, Quartals- und Jahresabschlüsse liegen detaillierte Termin- und Ablaufpläne vor, die zentral überwacht und gesteuert werden. Die Funktionen in sämtlichen Bereichen des Rechnungslegungsprozesses sind eindeutig zugeordnet. Innerhalb der Organisation der Geschäftsprozesse werden die relevanten Tätigkeiten unter Risikogesichtspunkten auf mehrere Organisationseinheiten verteilt. Bei allen rechnungslegungsrelevanten Prozessen wird durchgängig das Vier-Augen-Prinzip angewendet.

Im Bereich der eingesetzten EDV-Systeme wird überwiegend auf Standardsoftware zurückgegriffen, die gegen unbefugte Zugriffe geschützt ist. Für den Abschlusserstellungsprozess werden bestandsführende Vorsysteme (Nebenbücher), das Hauptbuchsystem SAP sowie ein zentrales Data-Warehouse (FDB = Financial Database) eingesetzt. Die FDB enthält alle notwendigen Daten für die Abschlusserstellung. Die Fachbereiche erfassen, verarbeiten und buchen die rechnungslegungsrelevanten

Geschäftsvorfälle, die systemseitig abgebildet werden, in den entsprechenden IT-Systemen. Von dort gelangen die Geschäftsvorfälle und Stammdaten in die FDB. Aus den Vorsystemen bzw. der FDB werden die Daten automatisiert in das SAP-Hauptbuch gebucht, wo die Erstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt.

An den Schnittstellen zwischen den Nebenbüchern, der FDB und dem SAP-Hauptbuch finden umfangreiche IKS-Abstimmungsschritte statt, bei denen die Vollständigkeit und Richtigkeit der Daten im Rahmen standardisierter Abstimmungshandlungen monatlich geprüft und dokumentiert werden. Im Jahres- und Halbjahresabschluss werden darüber hinaus die Kontrollprozesse durch die verantwortlichen Systembetreuer im Rechnungswesen in separaten Qualitätssicherungsterminen besprochen. Durch die Durchführung der IKS-Abstimmungsschritte werden auftretende Unstimmigkeiten bereinigt. Des Weiteren werden Maßnahmen zur zukünftigen Fehlervermeidung abgeleitet.

Für die Bewertung von Finanzinstrumenten zieht die LBBW externe Datenquellen (Börsen, Preis-serviceagenturen, Quotierungen bzw. Indikationen von Marktteilnehmern) oder Modellbewertungen aus den Vorsystemen, dem Risikocontrolling oder anderen internen Preisquellen heran, welche wiederum wo möglich auf beobachtbare Parameter aus externen, marktgängigen Datenquellen zurückgreifen. Diese Bewertungen basieren auf Modellen, welche dem Marktstandard entsprechen und vom Risikocontrolling betrieben werden oder abgenommen sind. Für die Überprüfung von einzelnen Bewertungen, beispielsweise Wertpapierkurse, und ggfs. die Sicherstellung der Handelsunabhängigkeit besteht eine separate Organisationseinheit »Independent Price Verification« im Bereich Risikocontrolling.

Information und Kommunikation.

Die Grundsätze der LBBW, die Aufbau- und Ablauforganisation sowie die Prozesse des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems sind in Handbüchern und Richtlinien (z. B. Bilanzierungsrichtlinien, Arbeitsanweisungen, Fachkonzepte etc.) niedergelegt, die in regelmäßigen Abständen an aktuelle externe und interne Entwicklungen angepasst und im Intranet der LBBW veröffentlicht werden. Die Abteilung »Grundsatzfragen Rechnungswesen« identifiziert und bewertet alle rechtlichen Änderungen mit Auswirkungen auf den Rechnungslegungsprozess. Sie informiert die betroffenen Fachbereiche und stellt die zeitnahe und fachlich richtige Umsetzung sicher. Neuartige Produkte werden im Neue-Produkte-Prozess auf ihre handelsrechtliche Behandlung detailliert geprüft. Dort erfolgt auch für jede Produktart die Regelung der Strukturen und der eingebetteten Derivate. Diese Regelung wird in einem eigenentwickelten Datenbanksystem (FinNexus) hinterlegt. Bei neuartigen Produkten werden zudem in einer Testphase die korrekte Abbildung, Bewertung und Bilanzierung der Geschäftsarten geprüft.

Monitoring.

Wirksamkeit und Angemessenheit des IKS und RMS werden regelmäßig überwacht. Damit ist sichergestellt, dass Verbesserungsmöglichkeiten identifiziert sowie die Prozesse bei Bedarf entsprechend angepasst werden.

Die Konzernrevision als auch der durch den Verwaltungsrat gebildete Prüfungsausschuss fungieren als übergeordnete Monitoring-Organe. Die Konzernrevision ist direkt dem Vorstand unterstellt. Die Ergebnisse ihrer Prüfungen werden dem Vorstand und den fachlich zuständigen Mitarbeitern zeitnah in Prüfungsberichten vorgelegt. Besonders schwerwiegende Mängel müssen der Geschäftsleitung umgehend zur Kenntnis gebracht werden.

Die fristgerechte Erledigung der Prüfungsfeststellungen wird von der Konzernrevision überwacht, gegebenenfalls angemahnt und erforderlichenfalls eskaliert. Bei Bedarf führt sie Nachschauprüfungen durch. Dem Vorstand wird im Rahmen eines Jahresberichts über die wesentlichen Feststellungen aus den im Jahresverlauf durchgeführten Prüfungen einschließlich des beschlossenen Handlungsbedarfs und des Erledigungsstands berichtet. Diese Vorgehensweise stellt eine zeitnahe Feststellung von Schwachstellen und ihre Bereinigung sicher. Der Prüfungsausschuss befasst sich mit der Auswertung und Aufbereitung der Prüfungsergebnisse der Jahresabschlussprüfung und informiert darüber den Verwaltungsrat.

Beteiligungsrisiken.

Die LBBW beteiligt sich an anderen Unternehmen, bzw. lagert Funktionen auf Tochtergesellschaften aus, wenn dies unter strategischen oder Rendite-Gesichtspunkten sinnvoll ist.

Hierbei erfolgt die Steuerung der Beteiligungen arbeitsteilig durch die zuständigen Fach- und Betriebsbereiche der LBBW.

Für das Beteiligungscontrolling ist die frühzeitige Kenntnis der Geschäfts- und Risikoentwicklungen der Tochtergesellschaften und Beteiligungen von besonderer Bedeutung. Diesem Ziel dienen – insbesondere bei den aus Konzernsicht unter Gesichtspunkten des Risikomanagements wesentlichen Gesellschaften – regelmäßige Abstimmungsgespräche auf korrespondierenden Fachebenen der LBBW und der Tochtergesellschaft/Beteiligung. Darüber hinaus findet eine regelmäßige Ergebniskontrolle und Planüberwachung sowie eine umfassende Berichterstattung an Vorstand und Gremien durch die Organisationseinheit Beteiligungsmanagement im Bereich Konzernstrategie/Recht der LBBW statt.

Unter Risikogesichtspunkten werden im Beteiligungsportfolio der LBBW zwei Kategorien von Gesellschaften unterschieden:

Wesentliche Tochtergesellschaften, das heißt Gesellschaften, bei denen die LBBW Mehrheitsgesellschafterin ist und deren Risikopotenzial (in den wesentlichen Risikokategorien Kreditrisiko, Marktpreisrisiko, Liquiditätsrisiko, Operationelles Risiko und Immobilienrisiko) aus Konzernsicht als wesentlich einzustufen ist.

Nicht wesentliche Tochtergesellschaften und Beteiligungen, das heißt Gesellschaften, bei denen die LBBW Mehrheitsgesellschafterin ist und deren Risikopotenzial aus Konzernsicht als unwesentlich einzustufen ist oder Minderheitsbeteiligungen, das heißt Gesellschaften, bei denen die LBBW als Minderheitsgesellschafterin keine so unmittelbaren Eingriffsmöglichkeiten hat wie bei Gesellschaften mit Mehrheitsbeteiligung.

Wesentliche Tochtergesellschaften werden soweit möglich nach dem sogenannten Transparenzprinzip behandelt oder sukzessive in dieses überführt. Beim Transparenzprinzip werden die in den jeweiligen Gesellschaften als wesentlich identifizierten Risiken nach den Prämissen und der Parametrisierung der LBBW gemessen und auf Ebene der LBBW in eine Aggregation bzw. Konzernbetrachtung einbezogen.

Bei den nicht wesentlichen Tochtergesellschaften und Minderheitsbeteiligungen wird das Risikopotenzial auf Grundlage der jeweiligen Beteiligungswerte quantifiziert und so in seiner Gesamtheit in die Risikosteuerung einbezogen. Zur Berechnung wird ein ratingbasierter CVaR-Ansatz herangezogen, der durch das Konzernrisikocontrolling bereitgestellt wird und der die Grundlage für die Anrechnung in der Risikotragfähigkeit bildet.

Die LBBW betreibt eine selektive Beteiligungspolitik. Beim Erwerb von Beteiligungen wird in der Regel unter Einbindung der Fachbereiche der LBBW eine umfassende Risikoanalyse (rechtlich, finanziell etc.) in Form einer Due Diligence durchgeführt. Hierbei wird unter anderem darauf geachtet, dass keine unangemessenen Risikokonzentrationen im Beteiligungsportfolio entstehen.

Über die Transaktionsverträge strebt die LBBW, etwa durch Vereinbarung von Optionsrechten oder Earn-Out-Regelungen, eine möglichst weitgehende vertragliche Risikoabsicherung an. Daneben wird die Beteiligung beim Kauf unter Berücksichtigung von kapitalmarktorientierten Risikoprämien bewertet.

Für die Beteiligungen der LBBW werden mindestens einmal jährlich im Rahmen vorbereitender Arbeiten zum Jahresabschluss nach den Grundsätzen des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IdW) Unternehmenswerte ermittelt. Zum Halbjahresabschluss wird zudem eine Plausibilisierung der Buchwertansätze anhand unterjähriger Hochrechnungen durchgeführt.

Neben dem Risiko eines potenziellen Wertverlustes infolge von Ausfallereignissen besteht das Risiko der Un- oder Unterverzinslichkeit der Anlage, die aufgrund der Ertragswertorientierung bei der Beteiligungsbewertung jedoch mit dem vorgenannten allgemeinen Buch- bzw. Unternehmenswert-risiko korrespondiert.

Neben Beteiligungsrisiken aus dem Kapitaleinsatz ergeben sich zusätzlich Haftungsrisiken aus den mit einigen Tochterunternehmen geschlossenen Ergebnisabführungsverträgen sowie aus der Anstaltslast bzw. Gewährträgerhaftung bei Beteiligungen an öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten. Ferner hat die LBBW bei verschiedenen Beteiligungen Patronatserklärungen abgegeben.

Insgesamt betrachtet liegt ein zentrales Risiko der LBBW in Bezug auf ihre Beteiligungen in einem teilweisen oder gesamten Wertverlust in einer oder mehreren großen strategischen Beteiligungen.

Das Beteiligungsportfolio der LBBW hat einen stark finanzwirtschaftlichen Fokus. Daher kann auch eine Störung in diesem Marktsegment zu erheblichen Verlusten aus Beteiligungen führen.

Die Steuerungs- und Überwachungssysteme gewährleisten, dass die LBBW laufend über die Situation in den Beteiligungsunternehmen unterrichtet ist. Im Übrigen folgen die Tochterunternehmen und die wesentlichen Beteiligungen einer mit der LBBW im Rahmen der bestehenden Einflussmöglichkeiten abgestimmten konservativen Risikopolitik.

Reputationsrisiken, Geschäftsrisiken und strategische Risiken.

Das Reputationsrisiko ist die Gefahr eines Verlustes oder entgangenen Gewinnes aufgrund einer (drohenden) Schädigung/Verschlechterung der Reputation der Bank bei Trägern, Kunden, Mitarbeitern, Geschäftspartnern oder der breiten Öffentlichkeit. Das Reputationsrisiko ist nicht Teil des operationellen Risikos. Der Eintritt des Reputationsrisikos kann aber durch einen öffentlich gewordenen Schadensfall aus dem operationellen Risiko oder anderen Risikokategorien verursacht werden.

Bezüglich der Reputationsrisiken wird zwischen transaktionsbezogenem und nicht transaktionsbezogenem Management unterschieden. Im Rahmen des nicht transaktionsbezogenen Managements verantwortet der Bereich Konzernkommunikation/Marketing insbesondere die kontrollierte Öffentlichkeits- und Pressearbeit durch stringentes und zentrales Issue Management. Im Bereich Verwaltung wird darüber hinaus im Rahmen der Nachhaltigkeitspolitik der diesbezügliche Standard für alle Geschäftsbereiche gesetzt. Reputationsrisiken werden mit einem Pufferbetrag in der Risikodeckungsmasse berücksichtigt.

Die transaktionsbezogene Beurteilung von Neugeschäften auf Reputationsrisiken erfolgt dezentral durch die Marktbereiche, insbesondere im Rahmen des Neue-Produkte-Prozesses und des Kreditantragsprozesses.

Das Geschäftsrisiko ist das Risiko unerwarteter Ergebnisrückgänge und negativer Planabweichungen, die ihre Ursache nicht in anderen definierten Risikokategorien haben.

Das Geschäftsrisiko kann u. a. durch Veränderungen im Kundenverhalten oder Veränderungen wirtschaftlicher Rahmenbedingungen nicht rechtlicher Natur verursacht werden. Von den Marktbereichen sind im Rahmen der laufenden operativen Tätigkeit individuelle Maßnahmen zur Steuerung der mit der Geschäftstätigkeit verbundenen Risiken zu treffen. Im Bereich Finanzcontrolling findet ein zentraler Abgleich von Planung und der tatsächlichen Geschäftsentwicklung statt.

Das strategische Risiko ist das Risiko einer nachteiligen Geschäftsentwicklung in Folge geschäftspolitischer Grundsatzentscheidungen. Strategische Risiken entstehen zum Beispiel beim Eintritt in neue Märkte, aber auch bei fehlendem Aufbau neuer Erfolgspotenziale.

Die Überwachung der Umsetzung und Einhaltung der vom Vorstand beschlossenen Geschäftsstrategie sowie der dazu konsistenten bereichsbezogenen Planungen und der Umsetzung der strategischen Entscheidungen der Gremien wird durch die verantwortlichen Bereiche in Zusammenarbeit mit dem Finanzcontrolling vorgenommen.

Immobilienrisiken.

Immobilienrisiken sind definiert als potenzielle negative Wertveränderungen des unternehmens-eigenen Immobilienbestands durch eine Verschlechterung der allgemeinen Immobiliensituation oder eine Verschlechterung der speziellen Eigenschaften der einzelnen Immobilie (Leerstände, veränderte Nutzungsmöglichkeiten, Bauschäden etc.).

Nicht hierunter fallen Risiken aus dem wohnwirtschaftlichen und gewerblichen Projektentwicklungsgeschäft sowie dem Geschäft im Bereich Real Estate Services. Diese werden im LBBW-Konzern im Rahmen des Geschäftsrisikos betrachtet.

Das Management der Immobilien im Eigenbestand des LBBW-Konzerns erfolgt durch die Tochtergesellschaft LBBW Immobilien GmbH. Mit Wirkung zum 31. Dezember 2008 erfolgte die Integration der BW-Immobilien GmbH, einer weiteren 100-prozentigen Tochtergesellschaft der LBBW, in die LBBW Immobilien GmbH. Die BW-Immobilien GmbH ist in erster Linie für die ganz oder teilweise eigen-genutzten Immobilien der LBBW zuständig.

Das Immobilienportfolio der LBBW ist gut diversifiziert in Wohn- und Gewerbeimmobilien sowie in eigen- und fremdgenutzte Immobilien unterschiedlicher Größen- und Qualitätsklassen. Der Schwerpunkt des Immobilienbestands liegt in Süddeutschland.

Das wesentliche Risiko der LBBW in Bezug auf ihre Immobilien liegt in einem starken Wertverlust in einzelnen großen Immobilien oder in der Schwerpunktregion Stuttgart. Die Berechnung der VaR-Kennziffer für Immobilienrisiken und deren Einbeziehung in die Risikotragfähigkeitsbetrachtung des Konzerns wird im zentralen Konzernrisikocontrolling vorgenommen.

Es wird die Strategie verfolgt, den Wohnungsbestand auf ein langfristiges, optimiertes Halteportfolio auszurichten. Dieses Halteportfolio beinhaltet eine Konzentration auf Objekte mit nachhaltiger Entwicklungsperspektive in prosperierenden Wirtschaftsräumen. Damit verbunden ist ein Rückzug aus der Fläche. Dadurch wird eine verbesserte Rendite-Risiko-Struktur mit einem höheren Total Return erzielt.

Die Bestandsobjekte im Gewerbeimmobilienbereich werden unter ganzheitlichen immobilien-wirtschaftlichen Gesichtspunkten, wie zum Beispiel Kosten-/Ertragssituation, Nutzungs-/Wachstumsstrategie der Konzerns, Entwicklungsfähigkeit des Standorts, Diversifikation des Portfolios oder Repräsentanzzwecke für den Konzern, untersucht und entsprechende Lösungen für den Einzelfall erarbeitet.

Der Kunde im Geschäftsfeld eigengenutzte Immobilien ist der LBBW-Konzern. Es handelt sich in diesem Bereich im Wesentlichen um Büro- und Banknutzungen. Für 1A- und 1B-Lagen wird angestrebt, ökonomische Nutzungskonzepte für die LBBW zu finden und die Erdgeschossflächen mittelfristig einer renditestarken Handelsnutzung zuzuführen.

Das Immobilienportfolio wird im Rahmen der vierteljährlichen Bestandsbewertung der konzern-eigenen Immobilien über die Fair-Value-Betrachtung überwacht und auf Risiken hin analysiert. Störfaktoren innerhalb und im Umfeld des Unternehmensgeschehens sollen frühzeitig identifiziert und analysiert werden. Ein aktives Risikomanagement trägt dazu bei, zu einem tragbaren Risikoportfolio zu gelangen, welches ein ausgewogenes Verhältnis von Chancen und Risiken aufweist.

Geschäftsrisiken aus der LBBW Immobilien.

Neben dem Management des Immobilienbestands der LBBW Gruppe, welcher seinen Niederschlag im Immobilienrisiko findet, betreibt die LBBW Immobilien GmbH zwei weitere Geschäftsfelder.

Aus dem Real Estate Services-Geschäft werden derzeit keine signifikanten Risiken gesehen.

Im Geschäftsjahr 2009 sind bei der LBBW Immobilien GmbH jedoch die Risiken aus dem Developmentgeschäft in den Vordergrund gerückt. In diesem Geschäftsfeld werden insbesondere gewerbliche, aber auch wohnwirtschaftliche Immobilienprojekte im In- und Ausland entwickelt. Da es sich überwiegend um spekulative Objekte handelt, liegen die Risiken insbesondere im Vermietungs- bzw. Veräußerungsbereich. Weitere Risiken gibt es im Bereich der Baukosten sowie der Termine. Aus der Finanz- und Immobilienmarktkrise und der damit verbundenen Veränderung der Finanzierungsbedingungen, den erhöhten Eigenkapitalanforderungen der Banken und der Zurückhaltung von privaten und institutionellen Investoren mit entsprechender Verschlechterung der Vermarktungssituation ergaben sich entsprechende Auswirkungen auf das Projektentwicklungsgeschäft. Die Überprüfung der Projekte und die daraus resultierenden Wertkorrekturen haben zu einer grundlegenden Überprüfung der Risiko- und Geschäftsstrategie geführt und eine Neudimensionierung und eine andere, regionale Fokussierung im Developmentbereich zur Folge. Vor diesem Hintergrund ist das Ergebnis 2009 als singular einzustufen.

Weiterhin werden die Messungs- und Steuerungsverfahren für die potenziellen Risiken bei der Projektentwicklung weiterentwickelt.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage.

In der LBBW wurden im Rahmen eines angemessenen Risikomanagements für alle wesentlichen Risiken Maßnahmen zu deren Begrenzung bzw. Minimierung getroffen. Für alle Risiken wird ausreichend Kapital vorgehalten.

Das Jahr 2009 war für die LBBW geprägt durch den Übergang aus der Finanzmarktkrise mit extremen Verwerfungen der Marktpreise hin zur Wirtschaftskrise mit realwirtschaftlichen Effekten und den sich anschließenden deutlichen Auswirkungen auf die Portfolioqualität.

Insgesamt ergab sich im ersten Halbjahr teilweise eine sehr hohe Auslastung der Risikodeckungsmasse. Durch die Kapitalerhöhung um 5 Mrd. EUR und das Aufspannen des Risikoschirms zur Immunisierung von Risiken sowie die teilweise Markterholung konnte zur Jahresmitte jedoch eine deutliche Entspannung der Situation herbeigeführt werden. Trotz der darauf folgenden Erhöhung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft im zweiten Halbjahr 2009 und der Belastungen aus den Restrukturierungsmaßnahmen aufgrund von EU-Vorgaben ist zum 31. Dezember 2009 eine ausreichende Risikotragfähigkeitssituation vorhanden.

Nachtragsbericht.

Wesentliche Entwicklungen und Ereignisse von besonderer Bedeutung sind nach dem Bilanzstichtag 2009 nicht eingetreten.

Prognosebericht.

Voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung.

Für 2010 geht die LBBW von einer konjunkturellen Wiederbelebung der globalen Wirtschaft aus. Sowohl die weltweit wichtigsten Frühindikatoren als auch makroökonomische harte Fakten zeugen von einer Genesung der Weltwirtschaft.

Die seit dem Sommer 2009 beobachtbare Erholung dürfte dank der Unterstützung der Geld- und Fiskalpolitik andauern. Das Gesamtjahr sollte laut LBBW für Deutschland ein reales Wirtschaftswachstum von 1,4% bringen, für den Euroraum etwa 1% und für die USA 3,2%. Ein erneuter Rückfall in eine Rezession ist derzeit somit nicht wahrscheinlich, wengleich in Anbetracht der fiskal- und geldpolitischen Stimulierungen von einem selbsttragenden Aufschwung noch nicht die Rede sein kann.

Zudem dürfen auch die Risiken für das Jahr 2010 nicht außer Acht gelassen werden. Nach Schätzungen der EZB in ihrem Finanzstabilitätsbericht vom Dezember 2009 stehen bei den Banken im Euroraum noch einmal Abschreibungen in Höhe von 187 Mrd. EUR an, davon entfallen nach Einschätzung der Bundesbank 50 bis 75 Mrd. EUR auf Kredite bei deutschen Kreditinstituten. Zwar gibt es bislang noch keinen Beleg für eine angebotsinduzierte Kreditklemme, aber die Gefahr schwebt weiterhin über der Konjunktur. Darüber hinaus ist der Schuldenabbau der privaten US-Haushalte eine Bürde. Im Zeitraum 1997 bis 2007 trug der Anstieg des privaten Verbrauchs 82% zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum in den USA bei. Auf diese wichtige Triebfeder dürfte die größte Volkswirtschaft der

Welt in den nächsten Jahren nicht mehr zählen können. Selbst die zuletzt vielfach bereits sicher geglaubte Erholung des US-Immobilien-sektors ist fraglich, wie jüngste Marktdaten zeigen. Generell ist festzuhalten: Erst mit Beendigung der fiskal- und geldpolitischen Notmaßnahmen wird sich die Nachhaltigkeit der gegenwärtigen Erholung zeigen. Die Erfahrungen mit Rezessionen, die mit Finanzkrisen einhergingen, geben Anlass für eine gewisse Skepsis. Die historische Erfahrung und Analysen des IWF zeigen, dass Finanzmarkt- und Banken Krisen erhebliche langfristige Auswirkungen auf die Realwirtschaft haben. Selbst nach sieben Jahren war im Mittel das Trendwachstum vor Krisenbeginn noch nicht wieder erreicht.

Branchen- und Wettbewerbssituation.

Der Kreditwirtschaft steht 2010 voraussichtlich ein weiteres herausforderndes Jahr bevor.

Zwar dürfte die erwartete, zumindest verhaltene konjunkturelle Erholung die Perspektiven im Kreditgeschäft nach und nach aufhellen. Es ist aber damit zu rechnen, dass die Risikovorsorge der Institute 2010 nochmals auf einem hohen Niveau liegen wird, da sich wirtschaftliche Erholungen in den Kreditbüchern der Banken erfahrungsgemäß erst mit einem zeitlichen Verzug bemerkbar machen. Die positiven Rahmenbedingungen für den Zinsüberschuss dürften im Wesentlichen anhalten. Insbesondere ist im Zuge einer wirtschaftlichen Erholung gegebenenfalls mit einer wachsenden Kreditnachfrage zu rechnen. Die Nachhaltigkeit der im vergangenen Jahr erzielten Wertaufholungen und Handelsgewinne dagegen ist ungewiss.

Die Umstrukturierungsprozesse in der Kreditwirtschaft werden sich auch 2010 fortsetzen. Im Zuge der zunehmenden Umsetzung der EU-Beihilfeentscheidungen und der geplanten Veränderungen im regulatorischen Umfeld dürfte die Entwicklung zusätzliche Dynamik gewinnen.

Der neue Regulierungsrahmen dürfte das Wachstum und die Rentabilität der Branche in den kommenden Jahren begrenzen. Auch wenn sich die Einzelheiten voraussichtlich erst im Laufe des Jahres klären werden, ist damit zu rechnen, dass sich der Kapitalbedarf der Institute durch die Neuregelungen erhöhen wird.

Strategische Ausrichtung sowie Chancen des LBBW-Konzerns.

Im Dezember 2009 hat die EU-Kommission die Kapitalerhöhung und die Risikoabschirmung für die LBBW abschließend genehmigt und auf ein Hauptprüfverfahren verzichtet. Mit dieser Entscheidung wurden das zukünftige Geschäftsmodell sowie der Umstrukturierungsplan vollumfänglich durch die EU bestätigt. Der von der EU-Kommission genehmigte Umstrukturierungsplan legt die wesentlichen zukünftigen Eckpfeiler des Geschäftsmodells fest. Die Jahre 2010 und 2011 werden für die LBBW geprägt sein von der Umsetzung der Maßnahmenplanung.

Die Neuausrichtung des Geschäftsmodells sieht im Wesentlichen eine stärkere Konzentration auf das regionale Kerngeschäft mit Kunden und die damit verbundenen Wachstumsperspektiven vor. Das Kreditsatzgeschäft wird abgebaut und weitere opportunistische Geschäftsaktivitäten werden deutlich reduziert. Des Weiteren erfolgen die Straffung des Auslandsnetzwerkes sowie des Beteiligungsportfolios. Diese Fokussierung wird zu einem Abbau der Bilanzsumme um etwa 40% gegenüber dem Jahresende 2008 führen. Zur geplanten Reduktion der Verwaltungsaufwendungen ist die strikte Umsetzung der Kostensenkungsmaßnahmen notwendig, die deutliche Einsparungen bei den Sachkosten sowie eine Reduzierung der Mitarbeiterzahl nach sich ziehen.

Im Jahr 2010 rechnet die LBBW mit unverändert schwierigen Rahmenbedingungen für die Finanzwirtschaft und damit auch für die LBBW. Dennoch geht die Bank von einer deutlichen Verbesserung ihres Ergebnisses aus. Die Verwaltungsaufwendungen werden sich 2010 bereits durch erste positive Wirkungen der Kostensenkungsmaßnahmen reduzieren. Diese sollen bis Ende 2012 umgesetzt sein, sodass die geplanten Einsparungen ab 2013 voll ergebniswirksam werden. Mit Blick auf die vorsichtige konjunkturelle Erholung wird eine leichte Entspannung bei der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erwartet. Jedoch bewegt sich die Risikovorsorge im Kreditgeschäft im Jahr 2010 auch weiterhin auf vergleichsweise hohem Niveau. Auch zukünftig wird an einer konservativen Risikopolitik festgehalten. Für das Jahr 2011 wird eine weitere Erholung des Jahresüberschusses erwartet. Die LBBW rechnet damit, dass in den Folgejahren die Herabsetzung der stillen Einlagen und Genussrechte aufgrund der Verlustpartizipation aus dem Geschäftsjahr 2009 durch Gewinne wieder aufgeholt sowie ausgefallene Zinszahlungen nachgeholt werden. Daneben wird die LBBW ihre umsichtige Liquiditäts- und Refinanzierungspolitik auch in Zukunft fortsetzen.

Die Investitionsschwerpunkte der LBBW für das Jahr 2010 ergeben sich aus der Umsetzung des Umstrukturierungsplans sowie der Weiterentwicklung des Geschäftsmodells und betreffen v. a. IT-Investitionen. Die Eigenkapitalausstattung der LBBW ist sowohl durch die Kapitalerhöhung und die Wirkung der Risikoabschirmung als auch aufgrund der geplanten Rückführung der gewichteten Risikoaktiva als angemessen zu bezeichnen und bewegt sich auf dem Niveau der deutschen Banken.

Planungsrisiken sieht die LBBW insbesondere für den Fall, dass sich die Finanzmärkte erneut als instabil erweisen sollten und es dadurch unter anderem zu deutlichen Spreadausweitungen im Kreditersatzgeschäft, steigenden Refinanzierungskosten oder zu einem erneut extrem hohen Aufwand für Kreditrisikovorsorge im klassischen Kreditgeschäft kommt.

In den nachfolgenden Abschnitten wird auf die geplante Entwicklung der **operativen Segmente** in den folgenden Jahren eingegangen.

Im Segment **Corporates** (Firmenkunden) besteht in den nächsten Jahren die Chance, die Hausbankfunktion aufgrund des Rückzugs von Wettbewerbern auszubauen. Gleichzeitig wird die Nachfrage nach Krediten, Investitions- und Exportfinanzierungen mit Mittelstandsgeschäft ab 2010 wieder deutlich ansteigen. Nach dem Einbruch der Exportfinanzierung im Jahr 2009 wird – abhängig von dem Grad der Erholung der Weltwirtschaft – zukünftig wieder mit Wachstum gerechnet. Der Bedarf an Exportabsicherungsgeschäften ist gestiegen. Im Immobiliengeschäft ist mit einer Abschwächung des Wachstumstrends für Wohnhäuser zu rechnen, allerdings nicht mit solch einem drastischen Einbruch wie in den USA und Großbritannien. Die LBBW wird sich im Firmenkundengeschäft zukünftig auf mittelständische Unternehmen in den Kernmärkten der BW-Bank, der Rheinland-Pfalz Bank sowie der Sachsen Bank konzentrieren. Dieses Geschäft wird weiter ausgebaut und somit zu stabilen Erträgen des LBBW-Konzerns führen. Die Betreuung von Großkunden wird zukünftig auf ausgewählte Kunden im deutschsprachigen Raum beschränkt. Das Immobilienfinanzierungsgeschäft wird zukünftig auf die Kernmärkte Deutschland, die USA und Großbritannien fokussiert und konzentriert sich dabei auf ausgewählte Objektkategorien. Hierfür bietet die LBBW eine breite Palette an Finanzierungen sowie ergänzenden Produkten und Dienstleistungen an.

Im Segment **Retail Clients** (Privatkunden) wird sich voraussichtlich die Abkehr von anleiheorientierten Provisionsprodukten hin zum klassischen Einlagengeschäft weiter fortsetzen. Der Sicherheitsaspekt steht bei den Kunden klar im Vordergrund. Das Wertpapiergeschäft wird erst wieder bei vollständig stabilen Finanzmärkten ansteigen. Im Passivgeschäft ist mit starkem Wettbewerb und folglich auch weiterhin mit Margendruck zu rechnen. Im Stadtgebiet Stuttgart wird die LBBW auch weiterhin unter der Marke BW-Bank die Versorgung der Privatkunden mit Bankprodukten sicherstellen. Im gehobenen Privatkundengeschäft erfolgt die Konzentration auf die Märkte Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen.

Im Segment **Financial Markets** ist eine Zurückhaltung insbesondere bei komplexen und risikoreichen Strukturen zu beobachten. Bei einer Normalisierung der Volatilität und der wirtschaftlichen Entwicklung werden die Aktien- und Kreditprodukte wieder attraktiver. Strukturierte Kapitalmarktprodukte mit geringer Komplexität werden wieder Wachstum aufweisen. In Zukunft wird der nicht kundengetriebene Eigenhandel der LBBW weiter zurückgefahren und es erfolgt eine noch stärkere Fokussierung auf das Kundengeschäft. Zum einen werden den Kunden Aktien-, Zins-, Geldmarkt-, Währungs- und Rohstoffprodukte angeboten. Zum anderen ermöglicht die LBBW ihren Kernkunden den Zugang zum Kapitalmarkt durch die Platzierung von Eigen- und Fremdkapitalfinanzierungen.

Im Geschäftsfeld **Sparkassen** wird die LBBW auch weiterhin als Sparkassenzentralbank in den Kernmärkten tätig sein. Dabei wird eine weitere Intensivierung der Zusammenarbeit im Leistungsverbund angestrebt, der auch durch eine partnerschaftliche Zusammenarbeit in den Bereichen Liquidität und Refinanzierung geprägt ist. Das Sparkassengeschäft bildet aufgrund der erzielbaren Skaleneffekte bei Dienstleistungen für die Sparkassen einen integralen Bestandteil der Aufgabenteilung in der Sparkassenfinanzgruppe.

Insgesamt sieht sich die LBBW mit den geplanten Anpassungen ihres Geschäftsmodells zukunftsicher aufgestellt. Die Geschäftspolitik wird auch weiterhin am Prinzip der Nachhaltigkeit und des umsichtigen und soliden Wirtschaftens ausgerichtet sein. Auch zukünftig wird die LBBW der gewerblichen Wirtschaft als leistungsfähiger und verlässlicher Partner zur Verfügung stehen. Angesichts der anhaltend hohen Volatilität in den Märkten ist eine seriöse Ergebnisprognose für das Geschäftsjahr 2010 derzeit noch nicht möglich.

Jahres-
abschluss.

Gewinn- und Verlustrechnung

der Landesbank Baden-Württemberg,
Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz, für den
Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2009.

	Erläuterung im Anhang	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	1.1.- 31.12.2008 Mio. EUR
1. Zinserträge aus	30				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		10 114 881			
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		3 455 551	13 570 432		21 474
2. Zinsaufwendungen			11 562 280		19 568
				2 008 152	1 905
3. Laufende Erträge aus	30				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			32 518		50
b) Beteiligungen			28 589		17
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			39 392		31
				100 499	97
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				62 836	798
5. Provisionserträge	30		937 745		763
6. Provisionsaufwendungen			500 526		355
				437 219	407
7. Nettoertrag aus Finanzgeschäften	30			313 444	359
8. Sonstige betriebliche Erträge	26, 30			128 310	314
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	19			6 866	73
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		657 667			614
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		205 845			226
			863 512		841
darunter:					
für Altersversorgung		102 486			137
b) andere Verwaltungsaufwendungen			578 503		585
				1 442 015	1 426

	Erläuterung im Anhang	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	1.1.–31.12.2008 Mio. EUR
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				103 283	105
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen	26			140 634	91
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft				1 750 850	2 086
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft				0	0
				-1 750 850	-2 086
15. Auflösungen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken				0	1 120
16. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere				696 164	581
17. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren				0	0
				-696 164	-581
18. Aufwendungen aus Verlustübernahme				596 479	10
19. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil				0	1
20. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				-1 672 099	774
21. Außerordentliche Erträge			7		437
22. Außerordentliche Aufwendungen	28		469 746		782
23. Außerordentliches Ergebnis	28			-469 739	-345
24. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	29		39 964		46
25. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			5 908		5
				45 872	51
26. Erträge aus Verlustübernahme				0	0
27. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne				0	284
Jahresüberschuss/Bilanzgewinn				-2 187 710	94
29. Entnahmen aus Genussrechtskapital	21			201 552	0
30. Entnahmen aus Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter	21			526 658	0
31. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	21			-1 459 500	94

Jahresbilanz

der Landesbank Baden-Württemberg,
Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz,
zum 31. Dezember 2009.

Aktiva	Erläuterung im Anhang	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	31.12.2008 Mio. EUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand				137 574	137
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken				1 652 805	3 146
darunter:					
bei der Deutschen Bundesbank		1 646 842			3 135
c) Guthaben bei Postgiroämtern				0	0
				1 790 379	3 283
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen				41 174	36
darunter:					
bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar		0		0	0
b) Wechsel				0	0
darunter:				41 174	36
bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar		0			0
3. Forderungen an Kreditinstitute	5,6,8,10,14				
a) täglich fällig				11 322 347	10 895
b) andere Forderungen	6			89 755 611	123 987
				101 077 958	134 882
4. Forderungen an Kunden	5,6,8,10,14			158 133 239	157 918
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert		20 778 863			18 328
Kommunalkredite		34 956 688			34 902
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5,6,7,8,9,11,14				
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten			1 536 730		222

Aktiva	Erläuterung im Anhang	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	31.12.2008 Mio. EUR
darunter:					
beleihbar bei der					
Deutschen Bundesbank		1 536 729			222
ab) von anderen Emittenten			11 800 902		16 740
darunter:				13 337 632	16 962
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		9 652 856			10 307
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten			12 616 252		9 559
darunter:					
beleihbar bei der					
Deutschen Bundesbank		8 158 637			8 444
bb) von anderen Emittenten			79 642 046		65 008
darunter:				92 258 298	74 567
beleihbar bei der					
Deutschen Bundesbank		45 047 581			32 287
c) eigene Schuldverschreibungen				13 736 240	16 713
				119 332 170	108 242
Nennbetrag		12 915 102			14 075
6. Aktien und andere nicht					
festverzinsliche Wertpapiere	7,8			1 839 552	2 473
7. Beteiligungen	7,11			1 663 103	1 951
darunter:					
an Kreditinstituten		574 542			790
an Finanzdienstleistungsinstituten		25			0
8. Anteile an verbundenen Unternehmen	7,11			3 885 417	6 316
darunter:					
an Kreditinstituten		684 130			954
an Finanzdienstleistungsinstituten		175 494			188
9. Treuhandvermögen	10			666 164	1 156
darunter: Treuhandkredite		385 457			888
10. Ausgleichsforderungen gegen die					
 öffentliche Hand einschließlich Schuld-					
 verschreibungen aus deren Umtausch				0	0
11. Immaterielle Anlagewerte	11			73 207	75
12. Sachanlagen	11			482 727	511
13. Ausstehende Einlagen auf					
das gezeichnete Kapital				0	0
darunter: eingefordert		0			0
14. Eigene Aktien oder Anteile				0	0
Nennbetrag		0			0
15. Sonstige Vermögensgegenstände	12			5 309 598	7 383
16. Rechnungsabgrenzungsposten	13			1 783 431	1 424
Summe der Aktiva				396 078 119	425 651

Passiva	Erläuterung im Anhang	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	31.12.2008 Mio. EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5,6,18				
a) täglich fällig				5 813 506	5 399
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	6			126 929 473	137 145
				132 742 979	142 544
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	5,6,18				
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten			5 443 180		4 777
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	6		813 004		141
				6 256 184	4 918
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig			31 160 188		21 438
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	6		77 951 377		85 010
				109 111 565	106 448
				115 367 749	111 366
3. Verbriefte Verbindlichkeiten	5,6,18				
a) begebene Schuldverschreibungen				109 129 590	125 394
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten				7 108 630	16 879
darunter:				116 238 220	142 273
Geldmarktpapiere		7 108 630			16 879
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf		0			0
4. Treuhandverbindlichkeiten	10			666 164	1 156
darunter: Treuhandkredite		385 457			888
5. Sonstige Verbindlichkeiten	16			5 075 424	4 409
6. Rechnungsabgrenzungsposten	13			1 180 363	1 141

Passiva	Erläuterung im Anhang	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	31.12.2008 Mio. EUR
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen				1 111 290	1 109
b) Steuerrückstellungen				265 103	315
c) andere Rückstellungen	17			1 000 442	611
				2 376 835	2 035
8. Sonderposten mit Rücklageanteil	19			0	7
9. Nachrangige Verbindlichkeiten	5,20			5 308 028	5 637
10. Genusssrechtskapital				1 577 471	2 463
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig		527 410			666
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				480 000	480
12. Eigenkapital	21				
a) gezeichnetes Kapital					
aa) Stammkapital			2 583 500		1 420
ab) stille Einlagen			4 121 948		4 652
				6 705 448	6 072
b) Kapitalrücklage				6 910 121	3 074
c) Gewinnrücklagen					
ca) satzungsmäßige Rücklagen			0		0
cb) andere Gewinnrücklagen			2 908 817		2 900
				2 908 817	2 900
d) Bilanzgewinn				-1 459 500	94
				15 064 886	12 140
Summe der Passiva				396 078 119	425 651
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weiter- gegebenen abgerechneten Wechseln				907	1
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	18,22,23,24			37 116 849	44 208
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten				0	
				37 117 756	44 209
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften				0	0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen				0	0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	22			27 654 551	33 648
				27 654 551	33 648

Anhang

der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz, zum 31. Dezember 2009.

1. Grundlagen zur Aufstellung des Jahresabschlusses.

Die Aufstellung des Einzelabschlusses für das Geschäftsjahr 2009 der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) mit Sitz in Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz erfolgte unter Anwendung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), insbesondere der »Ergänzenden Vorschriften für Kreditinstitute« (§§ 340 ff. HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV).

Am 26. März 2009 wurde vom Deutschen Bundestag das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) beschlossen. Der überwiegende Teil der neuen Vorschriften findet erstmals auf Geschäftsjahre Anwendung, die nach dem 31. Dezember 2009 beginnen, und wird von der LBBW erst ab diesem Zeitpunkt angewendet. Folgende Angaben sind jedoch bereits zum Jahresabschluss per 31. Dezember 2009 für die LBBW verpflichtend anzuwenden:

- Angaben zu außerbilanziellen Geschäften, siehe Textziffer 32
- Angaben zu Geschäften mit nahestehenden Unternehmen und Personen, siehe Textziffer 33

Der testierte Einzelabschluss 2009 der LBBW sowie die gesonderte Aufstellung des Anteilsbesitzes der LBBW gemäß § 285 Nr. 11 und § 313 Abs. 2 HGB wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht und kann dort eingesehen werden.

2. Allgemeine Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

Im Bestand befindliche Wechsel und Forfaitierungsgeschäfte sind mit ihrem abgezinsten Nominalwert, gekürzt um Einzelwertberichtigungen, angesetzt.

Die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind zum Nennwert bilanziert, gegebenenfalls unter Absetzung der darauf entfallenden Wertberichtigungen.

Für bedeutsame bzw. signifikante Kredite (Forderungsvolumen je Einzelkreditnehmer größer als 1 Mio. EUR), für die objektive Hinweise auf Wertminderungen identifiziert wurden, ist eine individuelle Einzelrisikovorsorge vorgenommen worden. Die Höhe bemisst sich nach dem Unterschiedsbetrag zwischen dem Buchwert der Forderung und dem nach der Discounted-Cashflow-Methode berechneten Barwert der künftigen Zahlungseingänge auf diese Forderung – unter Berücksichtigung von Sicherheiten. Bei nicht signifikanten Krediten (Forderungsvolumen je Einzelkreditnehmer kleiner als 1 Mio. EUR) tragen wir dem Grundsatz der Einzelbewertung insoweit Rechnung, als wir Zusammenfassungen zu homogenen Portfolios vornehmen. Hier erfolgt der Ansatz einer pauschalierten Wertberichtigung für Einzelrisiken durch Verwendung einer statistisch ermittelten oder geschätzten Ausfallhöhe, die auf das Exposure im Zeitpunkt des Ausfalls bezogen wird. Das Länderrisiko in Form von Transfer- bzw. Konvertierungsrisiken wird ebenfalls im Rahmen der Ermittlung von Einzelwertberichtigungen bzw. pauschalierten Einzelwertberichtigungen berücksichtigt. Pauschalwertberichtigungen werden für zum Bilanzstichtag bereits eingetretene, jedoch noch nicht identifizierte Verluste des Kreditportfolios gebildet. Deren Höhe basiert auf historischen Ausfallwahrscheinlichkeiten und Verlustquoten des

nicht bereits anderweitig vorgesorgten Kreditportfolios sowie des durchschnittlich zugrunde zu legenden Entdeckungszeitraums. Die Ermittlung der Einzelwertberichtigungen, pauschalierten Einzelwertberichtigungen und Pauschalwertberichtigungen folgt damit im Wesentlichen nach den Methoden der International Financial Reporting Standards (IFRS).

Die Wertpapiere der Liquiditätsreserve/Handelsbestand sind unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips mit den Anschaffungskosten oder den niedrigeren Börsen- oder Marktpreisen bzw. den niedrigeren beizulegenden Werten am Bilanzstichtag angesetzt. Wertpapiere aus Asset-Swap-Kombinationen sind verknüpft bewertet; marktinduzierte Wertminderungen in Folge von Bonitätsrisiken werden erfolgswirksam erfasst.

Die Wertpapiere des Anlagevermögens, die Beteiligungen und die Anteile an verbundenen Unternehmen bilanzieren wir zu Anschaffungskosten oder bei andauernder Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag. Sofern die Gründe für eine Wertminderung in früheren Geschäftsjahren entfallen sind, erfolgen Zuschreibungen bis zur Höhe des Zeitwertes, maximal bis zur Höhe der Anschaffungskosten.

Für wertberichtigte Verbriefungen sowie für synthetische CDOs wurde der beizulegende Wert am Bilanzstichtag mit Hilfe eines Discounted Cashflow-Verfahrens ermittelt, weil aufgrund illiquider Märkte keine Börsen- oder Marktpreise vorhanden waren.

Für bestimmte Wertpapiere, bei denen der beizulegende Wert am Bilanzstichtag nicht ausschließlich auf beobachtbaren Marktpreisen bzw. am Markt beobachtbaren Bewertungsparametern basiert (synthetische CDO, Cash-CDO), wurden Bewertungsanpassungen zur Berücksichtigung der Unsicherheit bei der bilanziellen Bewertung vorgenommen.

Die Forderungen an Kunden enthalten Forderungen gegenüber der LBBW Luxemburg S.A. und verschiedenen Zweckgesellschaften in Höhe von nominal 11,4 Mrd. EUR, welche neben einem Verbriefungsportfolio der Bank in Höhe von nominal 3,9 Mrd. EUR im Rahmen einer Garantiestruktur mit einer Garantiegesellschaft des Landes Baden-Württemberg in Höhe von 6,7 Mrd. EUR (Höchstbetragsgarantie) abgesichert wurde. Da die Höchstbetragsgarantie auf die Wiederherstellung der Werthaltigkeit der gesicherten Vermögenswerte gerichtet ist, wird die Garantie direkt bei der Bewertung der Forderungen bzw. Wertpapiere berücksichtigt. Damit sind Wertberichtigungen auf Wertpapiere und auf Forderungen an die LBBW Luxemburg und Zweckgesellschaften, die den First Loss der Bank in Höhe von 1,9 Mrd. EUR übersteigen, nicht zu bilden. Den erwarteten Ausfallrisiken zum 31. Dezember 2009 auf die garantierten Referenzvermögenswerte in Höhe des First Loss von 1,9 Mrd. EUR wurde durch Bildung von Wertberichtigungen angemessen Rechnung getragen.

Verkaufsgewinne bzw. -verluste aus Beteiligungstransaktionen werden auf Grundlage des § 340c Abs. 2 Satz 2 HGB im sonstigen betrieblichen Ertrag bzw. Aufwand erfasst. Unseren wesentlichen Anteilsbesitz sowie die darüber hinausgehenden Angaben nach § 285 Satz 1 Nr. 11 HGB haben wir in der Anteilsbesitzliste nach § 287 und § 313 Abs. 4 HGB dargestellt.

Erworbene immaterielle Anlagewerte sind mit ihren Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige und, sofern notwendig, um außerplanmäßige Abschreibungen, bewertet. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen über die Nutzungsdauer mit den steuerlich zulässigen Sätzen.

Die Sachanlagen sind zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige und, sofern notwendig, um außerplanmäßige Abschreibungen, bewertet. Die Abschreibungen auf Sachanlagen von im Inland gelegenen Betriebsstellen werden auf der Grundlage der steuerrechtlichen Vorschriften zur Absetzung für Abnutzung vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Abschreibungen auf Gebäude erfolgen nach den steuerlich zulässigen Abschreibungssätzen.

Die Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Agien und Disagien zu Forderungen und Verbindlichkeiten werden in die aktive bzw. passive Rechnungsabgrenzung eingestellt und über die Laufzeit aufgelöst.

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen sind nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Berücksichtigung des § 6a EStG und der Richttafeln 2005 G, Heubeck-Richttafeln-GmbH, Köln 2005, bewertet.

Für Pensionszusagen erfolgt die Passivierung grundsätzlich unter Beachtung der steuerlichen Vorschriften.

Die sonstigen Rückstellungen sind in Höhe des Betrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, um alle ungewissen Verbindlichkeiten und drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften zu berücksichtigen.

3. Derivate

Die Angaben zu den derivativen Finanzinstrumenten im Sinne des § 285 Nr. 18 HGB i. V. m. § 36 RechKredV, die bei der LBBW zum Bilanzstichtag bestehen, sind den nachfolgenden Übersichten zu entnehmen.

Derivatähnliche Nebenabreden, die in eine portfoliobezogene Steuerung von Handelspositionen einbezogen sind, werden in Anwendung der Stellungnahme zur Rechnungslegung des Hauptfachausschusses des Instituts der Wirtschaftsprüfer IDW RS HFA 22 von den Grundgeschäften abgespalten und sind wie eigenständig abgeschlossene Derivate in den nachfolgenden Übersichten enthalten.

Die nicht getrennt bilanzierten derivatähnlichen Nebenabreden, die als Bestandteil von zusammengesetzten Produkten (sogenannte compound instruments) in Vermögensgegenständen oder Verbindlichkeiten und dadurch bereits in den entsprechenden Bilanzposten enthalten sind, werden in den nachfolgenden Übersichten nicht dargestellt.

Bezüglich der Buchwerte von Optionen in Form von Optionsprämien wird auf die Angaben unter den sonstigen Vermögensgegenständen bzw. sonstigen Verbindlichkeiten verwiesen.

Interne derivative Finanzinstrumente sind in der tabellarischen Darstellung ebenfalls nicht enthalten.

Derivative Geschäfte – Produktgliederung.

Mio. EUR	Nominalwerte		Positiver Marktwert ¹	Negativer Marktwert ¹
	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2009
Zinsswaps	1 346 819,6	1 144 149,1	30 388,3	28 985,2
FRAs	148 755,9	50 068,5	75,7	63,3
Zinsoptionen				
Käufe	30 796,6	29 831,4	1 116,6	4,7
Verkäufe	50 601,7	46 608,3	0,0	1 987,0
Caps, Floors, Collars	50 342,2	46 199,9	551,4	306,6
Börsenkontrakte	326 532,0	116 471,8	34,2	25,7
Sonstige Zinstermingeschäfte	6 448,8	851,1	46,9	85,3
Zinsrisiken – insgesamt	1 960 296,8	1 434 180,1	32 213,1	31 457,8
Devisentermingeschäfte	157 263,1	140 191,8	2 286,1	2 267,7
Zins-/Währungsswaps	31 771,5	29 502,8	1 736,8	1 998,9
Devisenoptionen				
Käufe	5 492,6	5 678,9	125,4	0,0
Verkäufe	5 419,1	5 246,7	0,0	102,4
Währungsrisiken – insgesamt	199 946,3	180 620,2	4 148,3	4 369,0
Börsenkontrakte	8 398,0	5 711,1	538,0	670,8
Aktien-Termingeschäfte	19,2	125,9	0,3	1,0
Aktienoptionen				
Käufe	3 598,2	5 306,7	869,9	0,0
Verkäufe	4 417,5	5 662,8	0,0	946,1
Commodities	702,6	796,9	56,9	47,6
Aktien und sonstige Preisrisiken – insgesamt	17 135,5	17 603,4	1 465,1	1 665,5
Kreditderivate – Sicherungsgeber	54 306,9	59 492,0	564,2	1 171,7
Kreditderivate – Sicherungsnehmer	33 925,8	38 691,5	518,5	639,5
Kreditderivate	88 232,7	98 183,5	1 082,7	1 811,2
Risiken – insgesamt	2 265 611,3	1 730 587,2	38 909,2	39 303,5

¹ inklusive Zinsabgrenzung («Dirty Price»)

davon:

Derivative Geschäfte – Handelsgeschäfte.

Mio. EUR	Nominalwerte		Positiver Marktwert ¹	Negativer Marktwert ¹
	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2009
Zinsrisiken	1 837 784,8	1 297 280,3	27 690,3	26 398,8
Währungsrisiken	186 071,9	158 888,8	3 026,6	2 992,1
Aktien-/ sonstige Preisrisiken	16 877,5	17 211,1	1 465,1	1 659,8
Kreditderivate	54 553,7	55 985,6	883,1	889,0
Handelsgeschäfte – insgesamt	2 095 287,9	1 529 365,8	33 065,1	31 939,7

Derivative Geschäfte – Fristengliederung (nach Restlaufzeiten).

Mio. EUR	Nominalwerte				
	bis 3 Monate	über 3 Monate bis 1 Jahr	über 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Insgesamt
Zinsrisiken					
31.12.2009	247 909,8	627 503,5	639 789,0	445 094,5	1 960 296,8
31.12.2008	245 699,4	344 257,5	459 326,7	384 896,6	1 434 180,1
Währungsrisiken					
31.12.2009	117 833,9	48 383,3	24 426,6	9 302,5	199 946,3
31.12.2008	93 349,1	53 475,6	25 412,7	8 382,9	180 620,2
Aktien- und sonstige Preisrisiken					
31.12.2009	2 939,4	4 763,2	6 730,5	2 702,4	17 135,5
31.12.2008	3 627,8	5 008,3	2 700,0	6 267,3	17 603,4
Kreditderivate					
31.12.2009	1 995,5	6 505,5	59 723,0	20 008,7	88 232,7
31.12.2008	2 634,9	4 986,5	67 570,9	22 991,2	98 183,5
Risiken – insgesamt					
31.12.2009	370 678,6	687 155,5	730 699,1	477 108,1	2 265 611,3
31.12.2008	345 311,1	407 727,9	555 010,3	422 537,9	1 730 587,2

¹ inklusive Zinsabgrenzung («Dirty Price»)

Derivative Geschäfte – Kontrahentengliederung.

Mio. EUR	Nominalwerte		Positiver Marktwert ¹	Negativer Marktwert ¹
	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2009
Banken in der OECD	1 725 665,7	1 420 828,9	32 862,8	33 855,2
Banken außerhalb der OECD	17 552,2	17 455,3	195,4	168,7
Öffentliche Stellen in der OECD	32 867,8	32 459,5	1 066,0	964,7
Sonstige Kontrahenten	489 525,6	259 843,5	4 785,0	4 314,9
Kontrahenten – insgesamt	2 265 611,3	1 730 587,2	38 909,2	39 303,5

Die Marktwerte der Derivate sind nicht gleichzusetzen mit den Marktpreisrisiken der Bank, die aus der Entwicklung von Zinssätzen, Devisenkursen, Aktienkursen, Rohstoffpreisen oder Bonitätsveränderungen resultieren, da die Steuerung der Risikoarten sowohl durch bilanzwirksame als auch durch derivative Geschäfte erfolgt. Umfang und Verlauf der Marktpreisrisiken der Bank sind dem Risikobericht gemäß § 289 HGB zu entnehmen.

Bei den Marktwerten handelt es sich um die zum Bilanzstichtag ermittelten Wertansätze, zu denen eine Auflösung, Abtretung oder ein Gegengeschäft möglich wäre.

Die negativen Marktwerte stellen dabei den Betrag dar, der bei einer potenziellen Auflösung der derivativen Finanzinstrumente ungeachtet des Einsatzzwecks zum Bilanzstichtag aufzuwenden wäre.

Die positiven Marktwerte beinhalten den Betrag, der bei einer potenziellen Auflösung zum Bilanzstichtag zufließen würde. Ein positiver Marktwert gibt – mit Ausnahme der Börsenkontrakte und der verkauften Optionen, die kein Adressenausfallrisiko aufweisen – gleichzeitig das maximale potenzielle kontrahentenbezogene Adressenausfallrisiko aus derivativen Finanzinstrumenten wieder, das am Bilanzstichtag bestanden hat. Ausfallrisikomindernde Netting- und Collateral-Vereinbarungen sind in der tabellarischen Darstellung nicht berücksichtigt, da sie produktübergreifend wirken.

Bewertung der derivativen Finanzinstrumente.

Der Marktwert (Fair Value) von Derivaten basiert auf Börsenkursen, Zeitwertanalysen, beobachtbaren Markttransaktionen in vergleichbaren Instrumenten oder auf anerkannten finanzmathematischen Preisbildungsmodellen.

Produktgruppe	Wesentliches Bewertungsmodell
Zinsswaps	Barwertmethode, Zinsstrukturmodelle
Zins-Termingeschäfte	Barwertmethode
Zins-Optionen	Black-Scholes, Black 76 (on Yield), Zinsstrukturmodelle
Aktien-/Index-Optionen	Black-Scholes, numerische Verfahren
Devisen-Optionen	Garman-Kohlhagen, mod. Black-Scholes
Commodity-Optionen	Garman-Kohlhagen, mod. Black-Scholes
Kreditderivate	Intensitätsmodell, Copula-Modell

Diese Modelle berücksichtigen die aktuellen Markt- und Kontraktpreise der zugrunde liegenden Finanzinstrumente sowie Zeitwertbetrachtungen, Zinskurven und Volatilitätsfaktoren. Ferner werden bei der Fair-Value-Ermittlung erwartete Marktrisiken, Modellrisiken, Bonitätsrisiken und Verwaltungskosten berücksichtigt.

Bilanzielle Erfassung der Bewertungsergebnisse.

Für die Erfassung von derivativen Finanzinstrumenten im Jahresabschluss der LBBW ist maßgebend, ob sie Bestandteil von Sicherungsbeziehungen (Mikro- und Makro-Hedges) sind oder ob sie im Rahmen der Handelsaktivitäten (Trading) eingesetzt werden.

Mikro- und Makro-Hedges (ohne Kreditderivate).

Bei Mikro-Hedges sind einzelne Aktiva oder Passiva mit derivativen Finanzinstrumenten zum Zweck der Absicherung von Marktpreisrisiken verknüpft.

Bei Makro-Hedges werden Derivate im Rahmen des globalen Asset-/Liability-Managements zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken eingesetzt.

¹ inklusive Zinsabgrenzung (=Dirty Prices)

Bei Mikro- und Makro-Hedges erfolgt in zweckadäquater Anwendung der allgemeinen Bewertungsgrundsätze des § 252 Abs. 1 HGB (insbesondere Imparitätsprinzip und Einzelbewertungsgrundsatz) und unter Beachtung der Stellungnahmen des BFA 2/1993 und 2/1995 eine kompensatorische Bewertung des abgesicherten Risikos.

Bei Mikro-Hedges wird diese Wertkompensation dadurch erreicht, dass Grund- und Sicherungsgeschäfte am Bilanzstichtag als Bewertungseinheit behandelt werden. Die aus Sicherungsgeschäften resultierenden Aufwendungen und Erträge fließen in die korrespondierende Ergebnisposition des Ergebnisses aus dem Grundgeschäft ein und vermitteln somit ein betriebswirtschaftlich zutreffendes Bild.

Bewertungsergebnisse aus derivativen Finanzinstrumenten, die zum Zwecke des Makro-Hedging eingesetzt werden, werden in der Gewinn- und Verlustrechnung nicht berücksichtigt, da die Wertkompensation aus der globalen Asset-/Liability-Struktur der LBBW resultiert.

Trading-Geschäfte.

Die Trading-Geschäfte unterliegen der Steuerung durch die Handelsbereiche innerhalb der vorgegebenen Risikolimits.

Bilanzielle Produkte, derivative Finanzinstrumente sowie die aus bilanziellen Produkten abgespaltenen derivatähnlichen Nebenabreden des Handelsbestands unterliegen der Portfoliobewertung. Hierzu werden die Handelsbestände im Falle von an aktiven Märkten gehandelten Finanzinstrumenten zu Marktpreisen, im Falle von Finanzgeschäften ohne verfügbare Marktpreise anhand von mittels Bewertungsmodellen ermittelten Preisen bewertet. Die Zusammenfassung der so ermittelten Einzelwerte erfolgt für Zwecke der Rechnungslegung auf Portfolioebene. Die Bewertung erfolgt anhand der risikoadjustierten Mark-to-Market-Bewertung. Dabei wird das ermittelte Mark-to-Market-Ergebnis dieser Portfolios um den nach aufsichtsrechtlichen Vorgaben (10 Tage Haltdauer, 99 % Konfidenzniveau) ermittelten Value-at-Risk dieser Bestände gekürzt.

Dieses Vorgehen stellt sicher, dass in der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung dem Vorsichtsprinzip folgend etwaig verbliebenen Realisationsrisiken Rechnung getragen wird. Zur bilanziellen Abbildung der risikoadjustierten Mark-to-Market-Methode wird ein bilanzieller Ausgleichsposten gebildet, der unter den sonstigen Vermögensgegenständen bzw. den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen wird.

Kreditderivate non trading.

Kreditderivate des Nichthandelsbestandes werden in der Ausgestaltung von Credit Default Swaps und Produkten mit Nebenabreden mit Credit-Default-Swap-Charakter zur Risikoübernahme, Arbitrage, Absicherung und effizienten Portfoliosteuerung in Bezug auf Bonitätsrisiken eingesetzt.

Kreditderivate werden in Anwendung der Stellungnahme IDW RS BFA 1 entsprechend dem Einsatzzweck differenziert behandelt.

Sicherungsgebergeschäfte des Nichthandelsbestands, denen keine zweckgebundenen Deckungsguthaben in den Bilanzposten »Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten« oder »Verbindlichkeiten gegenüber Kunden« gegenüberstehen, sind in der Unterstrichposition »Eventualverbindlichkeiten«, Unterposten b »Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen« enthalten.

Bei Mikro-Hedges sind einzelne Aktiva oder Passiva mit Kreditderivaten zum Zweck der Absicherung von Bonitätsrisiken verknüpft. Die bilanziellen Geschäfte und die Kreditderivate werden als Bewertungseinheit behandelt.

Kreditderivate, die zur Portfoliosteuerung in Bezug auf Bonitätsrisiken verwendet werden und bei denen der Credit Default Swap für die LBBW die Eigenschaft eines originären Kreditgeschäfts erfüllt, werden nicht markt bewertet. Voraussetzung ist die Durchhalteabsicht und dass keine Strukturen im Credit Default Swap enthalten sind, die nicht in originären Kreditgeschäften vorkommen können. Kreditderivate des Nichthandelsbestandes, die diese Bedingungen nicht erfüllen, werden einzeln bewertet. Eine Verrechnung unrealisierter Bewertungsgewinne erfolgt nur, wenn sich das Bonitätsrisiko auf denselben Referenzschuldner bezieht. Für unrealisierte Bewertungsverluste werden – gegebenenfalls nach Verrechnung mit unrealisierten Bewertungsgewinnen – Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften gebildet. Die Ergebnisse sind in den Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft enthalten. Nach Verrechnung verbleibende Bewertungsgewinne bleiben außer Ansatz.

4. Währungsumrechnung.

Die Umrechnung der im Jahresabschluss enthaltenen, auf Fremdwährung lautenden Vermögensgegenstände im Gegenwert von 53,0 Mrd. EUR (2008: 73,6 Mrd. EUR) und Schulden im Gegenwert von 34,5 Mrd. EUR (2008: 58,6 Mrd. EUR) sowie der Aufwendungen und Erträge erfolgt gemäß § 340h Abs. 1 HGB unter Berücksichtigung der Stellungnahme BFA 3/1995. Das Devisenkursänderungsrisiko aus den Fremdwährungsbilanzposten inklusive Edelmetalle ist im Wesentlichen durch außerbilanzielle Sicherungsgeschäfte gedeckt.

Für die Ermittlung der Währungsposition stellt die LBBW die Fremdwährungsansprüche und -verpflichtungen aus den bilanziellen und außerbilanziellen Geschäften je Währung gegenüber.

Die Vermögensgegenstände und Schulden werden – mit Ausnahme von vernachlässigbaren nicht währungskongruent finanzierten Beteiligungen im Anlagevermögen – zum Kassamittelkurs vom 30. Dezember 2009 umgerechnet. Differenzen, die sich aus der Umrechnung kursgesicherter Vermögensgegenstände und Schulden zum Kassamittelkurs ergeben, werden in den Devisenausgleichsposten eingestellt, der unter den sonstigen Verbindlichkeiten/sonstigen Vermögensgegenständen (abhängig vom Saldo) ausgewiesen ist. Der Ausgleichsposten korrespondiert im Wesentlichen mit dem Saldo der Marktwerte der Devisentermingeschäfte, Zins-/Währungsswaps und Währungsswaps.

Das Wahlrecht zur Spaltung des Terminkurses in Kassakurs und Swapsatz hat die LBBW für alle Devisentermingeschäfte einheitlich ausgeübt.

Die LBBW hat die Bilanzbestände und die schwebenden Geschäfte (Devisentermin-/Devisenoptionsgeschäfte/Währungsswaps/Zinswährungsswaps), mit Ausnahme strategischer Fremdwährungspositionen, gemäß der oben beschriebenen risikoadjustierten Mark-to-Market-Methode bewertet.

Erläuterungen zur Bilanz.

5. Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie zu Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

Folgende Bilanzposten enthalten Forderungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
A3. Forderungen an Kreditinstitute	101 078,0	134 881,9
darunter an verbundene Unternehmen	2 037,5	2 958,6
darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	39 497,7	43 178,8
davon an baden-württembergische Sparkassen	39 260,8	42 883,4
A4. Forderungen an Kunden	158 133,2	157 918,1
darunter an verbundene Unternehmen	17 485,6	16 256,5
darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	597,4	471,3
A5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	119 332,2	108 242,1
darunter an verbundene Unternehmen	7 793,2	3 698,9
darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	4 630,7	5 056,6
P1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	132 743,0	142 543,8
darunter an verbundene Unternehmen	1 072,2	508,5
darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	19 692,2	24 258,9
davon an baden-württembergische Sparkassen	19 384,5	23 894,0
P2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	115 367,7	111 366,2
darunter an verbundene Unternehmen	6 791,3	8 843,8
darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	169,0	174,9
P9. Nachrangige Verbindlichkeiten	5 308,0	5 637,2
darunter an verbundene Unternehmen	520,2	388,9
darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	55,3	0,0

Da die Bilanzposten »Verbriefte Verbindlichkeiten« (Passivposten Nr. 3) im Wesentlichen Inhaberschuldverschreibungen enthält, deren jeweilige Besitzer am Bilanzstichtag der LBBW als Emittent nicht bekannt sind, wird auf die Angabe der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, verzichtet.

6. Fristengliederung der Bilanzposten.

Die Restlaufzeiten der Forderungen und Verbindlichkeiten (inklusive anteiligen Zinsen) betragen:

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
A3. b): Andere Forderungen an Kreditinstitute	89 755,6	123 986,7
bis 3 Monate	21 618,4	37 981,9
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	14 906,7	24 671,6
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	33 613,5	36 437,1
mehr als 5 Jahre	19 617,0	24 896,1
A4. Forderungen an Kunden	158 133,2	157 918,1
bis 3 Monate	36 002,1	34 792,5
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	13 730,9	14 869,3
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	39 995,4	37 879,6
mehr als 5 Jahre	62 772,6	64 585,4
mit unbestimmter Laufzeit	5 632,2	5 791,3
A5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	119 332,2	108 242,1
davon im Folgejahr fällig	34 907,4	37 889,7
P1. b): Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	126 929,5	137 145,1
bis 3 Monate	57 053,1	61 519,9
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	22 187,3	24 320,8
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	16 163,1	17 850,3
mehr als 5 Jahre	31 526,0	33 454,1
P2. a) ab): Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	813,0	140,8
bis 3 Monate	7,3	22,8
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	106,9	20,8
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	675,6	68,5
mehr als 5 Jahre	23,2	28,7
P2. b) bb): Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	77 951,4	85 010,0
bis 3 Monate	23 583,0	35 545,9
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	5 992,7	10 914,4
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	30 265,9	18 286,1
mehr als 5 Jahre	18 109,8	20 263,7
P3. Verbriefte Verbindlichkeiten		
a) Begebene Schuldverschreibungen	109 129,6	125 394,2
davon im Folgejahr fällig	23 215,3	29 398,0
b) Andere verbiefte Verbindlichkeiten	7 108,6	16 878,7
bis 3 Monate	6 103,1	6 147,3
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	1 005,5	10 731,4
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	0,0	0,0
mehr als 5 Jahre	0,0	0,0

7. Wertpapiere und Beteiligungen.

Die unten stehenden Aktivposten enthalten börsenfähige Wertpapiere sowie nach dem gemilderten Niederstwertprinzip angesetzte Beteiligungen und verbundene Unternehmen:

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
A5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
börsenfähig	119 348,9	79 227,8
davon börsennotiert	104 095,3	67 080,6
unterlassene Abschreibung wg. nicht dauerhafter Wertminderung		
Buchwert	38 509,2	33 146,9
Zeitwert	37 547,1	30 276,8
A6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
börsenfähig	1 839,6	1 272,7
davon börsennotiert	1 152,0	1 090,6
unterlassene Abschreibung wg. nicht dauerhafter Wertminderung		
Buchwert	128,6	390,4
Zeitwert	0,4	27,5
A7. Beteiligungen		
börsenfähig	583,7	836,9
davon börsennotiert	493,1	711,1
unterlassene Abschreibung wg. nicht dauerhafter Wertminderung		
Buchwert	16,7	604,9
Zeitwert	14,4	539,8
A8. Anteile an verbundenen Unternehmen		
börsenfähig	392,7	665,3
davon börsennotiert	0,0	0,0
unterlassene Abschreibung wg. nicht dauerhafter Wertminderung		
Buchwert	0,0	19,5
Zeitwert	0,0	17,6

Die Zeitwerte der Wertpapiere, bei denen eine Abschreibung aufgrund nicht dauerhafter Wertminderung unterlassen wurde, enthalten die kompensatorische Bewertung durch Sicherungsderivate. Ohne Berücksichtigung der Sicherungsderivate bei Mikro-Hedges bestehen über die dargestellten Differenzen zwischen Buchwert und Zeitwert hinaus noch weitere stille Lasten von 693,7 Mio. EUR.

Der Ansatz von Wertpapieren des Anlagevermögens, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen erfolgt zu Anschaffungskosten bzw. fortgeführten Anschaffungskosten oder im Falle einer dauernden Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert. Die Werthaltigkeit der Wertpapiere des Anlagevermögens, der Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen wird zum Stichtag auf Basis öffentlich notierter Börsenpreise bzw. gemäß IDW S1 i. V. m. IDW RS HFA 10 anerkannten Bewertungsverfahren (Ertragswert bzw. Discounted-Cashflow-Methode) ermittelt.

Bei voraussichtlich nicht dauerhaften Wertminderungen wird das Wahlrecht des § 253 Abs. 2 S. 3 HGB in Verbindung mit § 340e Abs. 1 HGB derart ausgeübt, dass keine Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen werden (gemildertes Niederstwertprinzip). Die Wertminderung wird als nicht dauerhaft eingeschätzt, sofern die zukünftig erwarteten Einzahlungsüberschüsse der Gesellschaften dies zulassen.

Bei Wertpapierleihegeschäften wird davon ausgegangen, dass das wirtschaftliche Eigentum nicht auf den Entleiher übergeht. Daher werden verliehene Wertpapiere weiterhin im Wertpapierbestand ausgewiesen und entsprechend bilanziert (analoge Anwendung der entsprechenden Regelungen für echte Pensionsgeschäfte in § 340b Abs. 4 Satz 1 HGB).

Die Bank hat auf die Bildung von Wertberichtigungen auf Wertpapiere in Höhe von 20,2 Mio. EUR aufgrund der bestehenden Garantievereinbarung mit dem Land Baden-Württemberg verzichtet.

8. Nachrangige Vermögensgegenstände.

Nachrangige Vermögensgegenstände sind in nachstehender Höhe in den folgenden Aktivposten enthalten:

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
A3. Forderungen an Kreditinstitute	473,7	263,4
A4. Forderungen an Kunden	1 354,1	427,3
A5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1 159,8	1 588,1
A6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	22,1	22,2

9. Echte Pensionsgeschäfte und Offenmarktgeschäfte.

Zum Bilanzstichtag waren Schuldverschreibungen zur Nutzung im Rahmen von Offenmarktgeschäften mit der Deutschen Bundesbank in Höhe von 31 709,4 Mio. EUR (2008: 31 347,4 Mio. EUR) verpfändet, wovon 4 120,0 Mio. EUR (2008: 555,3 Mio. EUR) beansprucht waren.

Der Buchwert der an andere Kreditinstitute und Nichtbanken in Pension gegebenen Wertpapiere beträgt zum Bilanzstichtag 20 583,4 Mio. EUR (2008: 29 119,8 Mio. EUR).

10. Treuhandgeschäfte.

Die Aufgliederung des Treuhandvermögens (Aktivposten A9) und der Treuhandverbindlichkeiten (Passivposten P4) ist in der folgenden Tabelle dargestellt:

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
Treuhandvermögen	666,2	1 156,2
Forderungen an Kreditinstitute	203,9	6,2
Forderungen an Kunden	181,5	881,9
Festverzinsliche Wertpapiere	5,7	4,5
Beteiligungen	126,4	126,4
Sachanlagen	47,1	54,7
Sonstige Posten	101,6	82,5
Treuhandverbindlichkeiten	666,2	1 156,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	465,0	150,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	201,2	1 006,2
Sonstige	0,0	0,0

11. Anlagevermögen.

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist dem folgenden Anlagespiegel zu entnehmen:

Mio. EUR	Anschaffungskosten	Zugänge	Abgänge	Umgliederungen	Zuschreibungen	Abschreibungen und Wertberichtigungen kumuliert	Abschreibungen und Wertberichtigungen im Geschäftsjahr	Zinsbegrenzung	Buchwert	
									31.12.2009	31.12.2008
Beteiligungen	1 968,5	18,5	42,3	0,0	0,2	281,8	270,7	-	1 663,1	1 951,3
Anteile an verbundenen Unternehmen	6 691,7	141,0	2 213,8	-4,3	3,7	732,9	357,3	-	3 885,4	6 316,1
Wertpapiere des Anlagevermögens	40 422,4	19 389,8	5 815,1	23 931,7	234,2	780,2	265,6	571,9	77 954,7	40 364,0
Immaterielle Anlagewerte	510,1	44,0	126,9	-2,7	0,0	351,3	155,7	-	73,2	75,0
Grundstücke und Bauten	575,2	10,0	50,1	-1,3	0,0	275,9	49,5	-	257,9	282,1
davon: Grundstücke und Gebäude betrieblich genutzt	403,5	9,8	47,5	-1,4	0,0	185,0	44,7	-	179,4	195,8
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	621,7	47,0	45,3	4,9	0,0	403,5	90,3	-	224,8	228,6
Summe Anlagevermögen									84 059,1	49 217,1

12. Sonstige Vermögensgegenstände.

Bei der LBBW sind in den Sonstigen Vermögensgegenständen als Einzelposten von besonderer Bedeutung ausgewiesen: Optionsprämien von 2 526,1 Mio. EUR (2008: 2 161,9 Mio. EUR), Ausgleichsposten aus der risikoadjustierten Mark-to-Market-Bewertung von 1 431,3 Mio. EUR (2008: 2 275,2 Mio. EUR) und Steuererstattungsansprüche von 670,1 Mio. EUR (2008: 790,6 Mio. EUR).

Die Steuererstattungsansprüche umfassen Ansprüche aus den Steuern vom Einkommen und Ertrag der vergangenen Geschäftsjahre in Höhe von 360,7 Mio. EUR, aus Umkehreffekten der Betriebsprüfung in Höhe von 128,2 Mio. EUR und Steuern vom Einkommen und Ertrag für das Jahr 2009 in Höhe von 72,8 Mio. EUR. Den Erstattungsansprüchen stehen Steuerrückstellungen in Höhe von 265,1 Mio. EUR (2008: 315,3 Mio. EUR) gegenüber.

13. Rechnungsabgrenzungsposten.

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind folgende Beträge enthalten:

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	1 783,4	1 424,0
Disagio aus Verbindlichkeiten gemäß § 250 Abs. 3 HGB	699,3	895,3
Agio aus Forderungen gemäß § 340 e Abs. 2 Satz 3 HGB	164,3	145,9
Passiver Rechnungsabgrenzungsposten	1 180,4	1 141,0
Disagio aus Forderungen gemäß § 340 e Abs. 2 Satz 2 HGB	289,1	268,2

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind des Weiteren auf der Aktivseite 343,9 Mio. EUR (2008: 132,3 Mio. EUR) und auf der Passivseite 85,5 Mio. EUR (2008: 245,4 Mio. EUR) Einmalzahlungen aus Zins- und Zins-/Währungsswaps ausgewiesen, die im Zusammenhang mit Asset- und Liability-Swap-Kombinationen entstanden sind.

14. Deckungsrechnung für das Hypotheken- und Kommunalkreditgeschäft.

Die unten stehenden Verbindlichkeiten sind wie folgt gedeckt:

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
Emittierte Hypothekendarlehen nach ÖPG und PfandBG	6 518,5	6 238,0
Zur Deckung bestimmte Aktiva	12 611,6	11 770,7
A3. Forderungen an Kreditinstitute	300,0	344,5
A4. Forderungen an Kunden	12 186,2	11 426,2
A5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	125,4	0,0
Überdeckung	6 093,1	5 532,7
Emittierte öffentliche Darlehen nach PfandBG	59 200,1	72 132,0
Zur Deckung bestimmte Aktiva	72 706,1	87 685,2
A3. Forderungen an Kreditinstitute	35 433,3	47 398,4
A4. Forderungen an Kunden	22 301,3	24 127,2
A5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	14 971,5	16 159,6
Überdeckung	13 506,0	15 553,2

15. Transparenzvorschriften für öffentliche Pfandbriefe und Hypothekendarlehen gemäß § 28 PfandBG.

A) Transparenzvorschriften für öffentliche Pfandbriefe gemäß § 28 PfandBG.

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
a) Deckungsmasse für öffentliche Pfandbriefe		
Nennwert	72 706	87 685
Barwert	76 690	92 074
Barwert (+ 250 BP)	71 944	86 251
Barwert (- 250 BP)	81 713	98 708
Umlauf an öffentlichen Pfandbriefen		
Nennwert	59 200	72 132
Barwert	63 246	76 056
Barwert (+ 250 BP)	59 322	71 205
Barwert (- 250 BP)	67 325	81 441
Überdeckung		
Nennwert	13 506	15 553
Barwert	13 444	16 018
Barwert (+ 250 BP)	12 622	15 046
Barwert (- 250 BP)	14 388	17 267
Weitere Deckungswerte	15	15
b) Anteil der Derivate an der Deckungsmasse		
	0	0

c) Laufzeitstruktur der öffentlichen Pfandbriefe

Mio. EUR	31.12.2009							Gesamt
	bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre bis 4 Jahre	> 4 Jahre bis 5 Jahre	> 5 Jahre bis 10 Jahre	> 10 Jahre	
Deckungsmasse	13 200	12 735	7 975	9 132	7 841	16 555	5 268	72 706
Umlaufende öffentliche Pfandbriefe	11 420	11 690	10 561	9 334	4 479	9 736	1 980	59 200

Mio. EUR	31.12.2008				Gesamt
	bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 5 Jahre	> 5 Jahre bis 10 Jahre	> 10 Jahre	
Deckungsmasse	18 541	40 124	23 400	5 620	87 685
Umlaufende öffentliche Pfandbriefe	18 012	40 731	11 428	1 961	72 132

d) Gesamtnennwert der Deckungsmassen nach Land/Art

Mio. EUR	31.12.2009				Gesamt
	Staat	Regionale Gebiets- körperschaft	Örtliche Gebiets- körperschaft	Sonstige Schuldner	
Bundesrepublik Deutschland	1 134	10 574	6 428	50 606	68 742
Belgien	0	0	0	0	0
Finnland	48	0	0	0	48
Frankreich inkl. Monaco	50	2	8	0	60
Griechenland	823	0	0	0	823
Großbritannien	73	0	0	0	73
Irland	0	0	0	0	0
Island	20	0	0	0	20
Italien	669	141	22	0	832
Japan	300	0	0	0	300
Lettland	30	0	0	0	30
Luxemburg	0	0	0	9	9
Polen	27	0	0	0	27
Kanada	0	71	0	0	71
Niederlande	0	0	0	0	0
Österreich	14	0	12	0	43
Portugal inkl. Azoren und Madeira	0	0	0	0	0
Schweiz	0	843	0	0	843
Slowakei	80	0	0	0	80
Slowenien	0	0	0	0	0
Spanien	0	229	42	0	271
Tschechische Republik	65	0	0	0	65
Ungarn	48	0	0	0	48
Vereinigte Staaten von Amerika (inkl. Puerto Rico)	188	120	0	20	328
Zypern	10	0	0	0	10
Gesamt	3 579	11 980	6 512	50 635	72 706

Mio. EUR	31.12.2008				Gesamt
	Staat	Regionale Gebiets- körperschaft	Örtliche Gebiets- körperschaft	Sonstige Schuldner	
Bundesrepublik Deutschland	1 399	11 682	6 959	62 415	82 455
Belgien	0	0	0	0	0
Finnland	50	0	0	0	50
Frankreich inkl. Monaco	50	3	11	0	64
Griechenland	1 027	0	0	0	1 027
Irland	0	0	0	0	0
Island	20	0	0	0	20
Italien	685	147	22	600	1 454
Japan	300	0	0	0	300
Kanada	0	73	0	0	73
Lettland	30	0	0	0	30
Luxemburg	0	0	0	9	9
Niederlande	0	0	0	200	200
Österreich	21	10	12	0	43
Polen	22	0	0	0	22
Portugal inkl. Azoren und Madeira	0	0	0	0	0
Schweiz	0	1 217	0	0	1 217
Slowakei	80	0	0	0	80
Slowenien	10	0	0	0	10
Spanien	0	389	48	0	437
Tschechische Republik	65	0	0	0	65
Ungarn	57	0	0	0	57
Vereinigte Staaten von Amerika (inkl. Puerto Rico)	0	22	0	40	62
Zypern	10	0	0	0	10
Gesamt	3 826	13 543	7 052	63 264	87 685

e) Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen nach Land/Art

Mio. EUR	31.12.2009				Gesamt
	Staat	Regionale Gebiets- körperschaft	Örtliche Gebiets- körperschaft	Sonstige Schuldner	
Bundesrepublik Deutschland	0	0	0	0	0
Finnland	0	0	0	0	0
Frankreich inkl. Monaco	0	0	0	0	0
Griechenland	0	0	0	0	0
Irland	0	0	0	0	0
Island	0	0	0	0	0
Italien	0	0	0	0	0
Japan	0	0	0	0	0
Lettland	0	0	0	0	0
Luxemburg	0	0	0	0	0
Polen	0	0	0	0	0
Kanada	0	0	0	0	0
Österreich	0	0	0	0	0
Portugal inkl. Azoren und Madeira	0	0	0	0	0
Schweiz	0	0	0	0	0
Slowakei	0	0	0	0	0
Slowenien	0	0	0	0	0
Spanien	0	0	0	0	0
Tschechische Republik	0	0	0	0	0
Ungarn	0	0	0	0	0
Vereinigte Staaten von Amerika (inkl. Puerto Rico)	0	0	0	0	0
Zypern	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0

Mio. EUR	31.12.2008				Gesamt
	Staat	Regionale Gebiets- körperschaft	Örtliche Gebiets- körperschaft	Sonstige Schuldner	
Bundesrepublik Deutschland	0	0	0	0	0
Finnland	0	0	0	0	0
Frankreich inkl. Monaco	0	0	0	0	0
Griechenland	0	0	0	0	0
Irland	0	0	0	0	0
Island	0	0	0	0	0
Italien	0	0	0	0	0
Japan	0	0	0	0	0
Lettland	0	0	0	0	0
Luxemburg	0	0	0	0	0
Polen	0	0	0	0	0
Kanada	0	0	0	0	0
Österreich	0	0	0	0	0
Portugal inkl. Azoren und Madeira	0	0	0	0	0
Schweiz	0	0	0	0	0
Slowakei	0	0	0	0	0
Slowenien	0	0	0	0	0
Spanien	0	0	0	0	0
Tschechische Republik	0	0	0	0	0
Ungarn	0	0	0	0	0
Vereinigte Staaten von Amerika (inkl. Puerto Rico)	0	0	0	0	0
Zypern	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0

B) Transparenzvorschriften für Hypothekendarlehen
gemäß § 28 PfandBG.

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
a) Deckungsmasse für Hypothekendarlehen		
Nennwert	8 195	6 042
Barwert	8 787	6 460
Barwert (+ 250 BP und Währungsstress)	7 992	5 824
Barwert (- 250 BP)	9 682	7 235
Umlauf an Hypothekendarlehen		
Nennwert	4 162	2 829
Barwert	4 367	2 978
Barwert (+ 250 BP und Währungsstress)	4 065	2 832
Barwert (- 250 BP)	4 699	3 151
Überdeckung		
Nennwert	4 033	3 213
Barwert	4 420	3 482
Barwert (+ 250 BP und Währungsstress)	3 927	2 992
Barwert (- 250 BP)	4 983	4 084
Weitere Deckungswerte	150	0
b) Anteil der Derivate an der Deckungsmasse	0	0

c) Laufzeitstruktur der Hypothekendarlehen nach PfandBG

Mio. EUR	31.12.2009							Gesamt
	bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre bis 4 Jahre	> 4 Jahre bis 5 Jahre	> 5 Jahre bis 10 Jahre	> 10 Jahre	
Deckungsmasse	1 180	594	1 012	860	657	3 255	637	8 195
Umlaufende Hypothekendarlehen	926	632	696	379	295	1 223	11	4 162

Mio. EUR	31.12.2008				Gesamt
	bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 5 Jahre	> 5 Jahre bis 10 Jahre	> 10 Jahre	
Deckungsmasse	789	2 233	2 492	528	6 042
Umlaufende Hypothekendarlehen	760	1 625	439	5	2 829

d) Gesamtnennwert der Deckungsmassen nach Höhe der einzelnen
Deckungsmassen

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
bis 300 Tsd. EUR	3 178	2 357
über 300 Tsd. EUR bis 5 Mio. EUR	2 280	1 869
über 5 Mio. EUR	2 737	1 816
Gesamt	8 195	6 042

e) Gesamtnennwert der Deckungsmassen nach Nutzungsart/Land

31.12.2009							
Mio. EUR	Bundesrepublik Deutschland	Niederlande	Frankreich	Belgien	USA	Großbritannien/Nordirland/Britische Kanalinseln	Gesamt
Gewerblich genutzte Grundstücke	1	0	0	0	0	0	1
Wohnwirtschaftlich genutzte Grundstücke	0	0	0	0	0	0	0
Wohnungen	1 080	0	0	0	0	0	1 080
Einfamilienhäuser	1 453	0	0	0	0	0	1 453
Mehrfamilienhäuser	2 155	0	0	0	0	0	2 155
Bürogebäude	908	30	40	4	156	0	1 138
Handelsgebäude	602	0	14	0	0	0	616
Industriegebäude	62	0	0	0	0	0	62
Sonstige gewerblich genutzte Gebäude	1 256	0	0	0	0	17	1 273
Unfertige und nicht ertragsfähige Neubauten Gebäude	135	0	0	0	0	0	135
Bauplätze	15	0	0	0	0	0	15
Sonstige Deckung	267	0	0	0	0	0	267
Gesamt	7 934	30	54	4	156	17	8 195

31.12.2008					
Mio. EUR	Bundesrepublik Deutschland	Niederlande	Frankreich	Belgien	Gesamt
Gewerblich genutzte Grundstücke	0	0	0	0	0
Wohnwirtschaftlich genutzte Grundstücke	0	0	0	0	0
Wohnungen	800	0	0	0	800
Einfamilienhäuser	1 076	0	0	0	1 076
Mehrfamilienhäuser	1 897	0	0	0	1 897
Bürogebäude	630	30	0	6	666
Handelsgebäude	458	0	0	0	458
Industriegebäude	28	0	0	0	28
Sonstige gewerblich genutzte Gebäude	874	0	0	0	874
Unfertige und nicht ertragsfähige Neubauten Gebäude	142	0	0	0	142
Bauplätze	21	0	0	0	21
Sonstige Deckung	80	0	0	0	80
Gesamt	6 006	30	0	6	6 042

f) Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen nach Land

Mio. EUR	Bundesrepublik Deutschland	Niederlande	Frankreich	Gesamt
31.12.2009	0	0	0	0
31.12.2008	0	0	0	0

g) Anzahl der anhängigen Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren sowie der im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen

Anzahl	31.12.2009	
	Gewerblich genutzte Grundstücke	Wohnzwecken dienende Grundstücke
Anhängige Zwangsversteigerungsverfahren	0	0
Anhängige Zwangsverwaltungsverfahren	0	0
Durchgeführte Zwangsversteigerungen	0	0
Gesamt	0	0

Anzahl	31.12.2008	
	Gewerblich genutzte Grundstücke	Wohnzwecken dienende Grundstücke
Anhängige Zwangsversteigerungsverfahren	0	0
Anhängige Zwangsverwaltungsverfahren	0	0
Durchgeführte Zwangsversteigerungen	0	0
Gesamt	0	0

h) Übernahme von Grundstücken zur Verhütung von Verlusten

Anzahl	Gesamt	
	Gewerblich genutzte Grundstücke	Wohnzwecken dienende Grundstücke
01.01.2009 - 31.12.2009	0	0
01.01.2008 - 31.12.2008	0	0

i) Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen

Mio. EUR	Gesamt	
	Gewerblich genutzte Grundstücke	Wohnzwecken dienende Grundstücke
Anzahl		
01.01.2009 - 31.12.2009	0	0
01.01.2008 - 31.12.2008	0	0

16. Sonstige Verbindlichkeiten.

Zu den wichtigsten Einzelposten der Sonstigen Verbindlichkeiten zählen Optionsprämien über 3 400,0 Mio. EUR (2008: 3 514,4 Mio. EUR), Währungsausgleichsposten für das Devisengeschäft über 650,5 Mio. EUR (2008: - 231,4 EUR) sowie Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 601,7 Mio. EUR (2008: 72,8 Mio. EUR).

17. Andere Rückstellungen.

In den anderen Rückstellungen i. H. v. 1 000,4 Mio. EUR (2008: 610,7 Mio. EUR) sind Restrukturierungsrückstellungen i. H. v. 414,3 Mio. EUR (2008: 46,6 Mio. EUR) enthalten, die sich aus 260,1 Mio. EUR Restrukturierung Personal und 154,2 Mio. EUR Restrukturierung Sachkosten zusammensetzen. Des Weiteren beinhaltet der Bilanzposten Rückstellungen aus dem Kreditgeschäft i. H. v. 226,7 Mio. EUR (2008: 222,4 Mio. EUR) sowie Rückstellungen aus der Bewertung von Finanzgeschäften i. H. v. 152,9 Mio. EUR (2008: 177,5 Mio. EUR).

18. Als Sicherheit für Verbindlichkeiten übertragene Vermögensgegenstände.

Für die nachfolgenden Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände im angegebenen Wert übertragen.

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	45 023,9	63 321,1
Eventualverbindlichkeiten	105,0	140,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	17,0	67,5
Nachrangige Verbindlichkeiten	10,0	13,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4,2	365,7
Gesamtbetrag der übertragenen Sicherheiten	45 160,1	63 907,3

19. Sonderposten mit Rücklageanteil.

Im Geschäftsjahr 2009 wurde der Sonderposten mit Rücklageanteil (§ 247 Abs. 3 i. V. m. § 273 HGB, analog den Vorschriften des § 6b EStG) in Höhe von 6,9 Mio. EUR vollständig ertragswirksam aufgelöst. Er resultierte aus der Migration der LRP Landesbank Rheinland-Pfalz, Mainz, und wurde im Geschäftsjahr 2009 auf die betreffenden Anlagegüter übertragen.

20. Nachrangige Verbindlichkeiten.

Die in der Bilanz ausgewiesenen nachrangigen Verbindlichkeiten i. H. v. 5 308,0 Mio. EUR entsprechen nach Abzug der Drittrangmittel (167,6 Mio. EUR), der anteiligen Zinsen (85,0 Mio. EUR), des ursprünglichen Disagios (13,3 Mio. EUR), dreier aufsichtsrechtlich nicht anererkennungsfähiger Emissionen (0,6 Mio. EUR), der Zuschreibungen von Zerobonds in den letzten fünf Jahren vor Fälligkeit (62,2 Mio. EUR) und weiterer Korrekturen (6,8 Mio. EUR) den Anforderungen des § 10 Abs. 5a S. 5 KWG (4 972,5 Mio. EUR). Davon werden 185,8 Mio. EUR (Buchwert bzw. bei Zerobonds Ausgabebetrag zuzüglich Zuschreibungen bis fünf Jahre vor Fälligkeit; Vorjahr 284,8 Mio. EUR) lediglich zu zwei Fünfteln (74,3 Mio. EUR) angerechnet, da die Zweijahresfrist gemäß § 10 Abs. 5a Satz 2 KWG unterschritten ist bzw. ein Kündigungsrecht besteht (Nichtanrechnung i. H. v. 111,5 Mio. EUR).

Von den bei der BW Bank Capital Funding LLC I und II aufgenommenen Nachrangdarlehen i. H. v. insgesamt 100,0 Mio. EUR werden von der Bank im Hinblick auf einen eventuell durchzuführenden Rückkauf 30,0 Mio. EUR nicht mehr dem Ergänzungskapital zugerechnet.

Insgesamt ist von den nachrangigen Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2009 ein Volumen von 4 831,0 Mio EUR gemäß § 10 Abs. 5a KWG dem Ergänzungskapital zuzurechnen. Davon ist zum Meldestichtag 31. Dezember 2009 die Marktpflegeposition in Höhe von 3,6 Mio. EUR abzuziehen, sodass sich ein Anrechnungsbetrag von 4 827,4 Mio. EUR ergibt.

Die Korrekturen von 6,8 Mio. EUR resultieren aus der Verwendung unterschiedlicher Umrechnungskurse im Meldewesen (EZB-Referenzkurs) und Rechnungswesen (EuroFX-Kurs) zum Bilanzstichtag sowie der eingeschränkten Zurechenbarkeit der Aufzinsung von nachrangigen Zero-Schuldscheindarlehen zum haftenden Eigenkapital gemäß § 10 Abs. 5a Satz 1 Nr. 2 KWG. Für nachrangige Verbindlichkeiten sind im Berichtsjahr Zinsaufwendungen in Höhe von 228,8 Mio. EUR (Vorjahr 272,4 Mio. EUR) entstanden.

21. Eigenkapital.

Das Eigenkapital der LBBW wies im Geschäftsjahr folgende Entwicklung auf:

Mio. EUR	31.12.2009
Eigenkapital am 31. Dezember 2008	12 140,1
./. Ausschüttung aus dem Bilanzgewinn 2008	85,2
+ Kapitalerhöhung	5 000,0
./. Kursbedingte Veränderungen der Stillen Einlagen	3,8
./. Verlustzuweisung Stille Einlagen	526,7
./. Bilanzverlust 2009	1 459,5
Eigenkapital am 31. Dezember 2009	15 064,9

Aufgrund der geänderten Marktanforderungen an die Kapitalausstattung von Kreditinstituten und zur Stärkung vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise wurde im Geschäftsjahr 2009 eine Eigenkapitalerhöhung von 5 000 Mio. EUR durchgeführt. Die Investoren stiller Einlagen und von Genussrechten partizipieren am Jahresfehlbetrag im Verhältnis der stillen Einlagen/Genussrechte zum haftenden Eigenkapital. Diese partizipieren am Verlust gleichrangig und anteilig neben dem übrigen haftenden Eigenkapital der Bank. Der Umfang der Verlustteilnahme ergibt sich nach den Verträgen über die stillen Gesellschaften und Genussrechtsbedingungen aus dem Anteil des Volumens der stillen Einlage bzw. des Genussrechtskapitals am Gesamtvolumen des aufsichtsrechtlichen haftenden Eigenkapitals. Außerdem erhalten die Inhaber der stillen Einlagen und der Genussrechte für diejenigen Geschäftsjahre keine laufende Vergütung, in denen die Zahlung einer Vergütung zu einem Jahresfehlbetrag oder einem Bilanzverlust führen oder diesen erhöhen würde. Überwiegend ist eine Nachzahlung der aufgeschobenen Vergütungen in den Folgejahren vorgesehen, soweit nicht dadurch ein Jahresfehlbetrag oder ein Bilanzverlust entsteht.

Der Rückzahlungsanspruch erhöht sich wieder durch zukünftige Jahresüberschüsse, es sei denn in den Verträgen wird dies auf die Fälligkeit der Einlage begrenzt.

22. Posten unter dem Strich.

Unter dem Bilanzstrich werden in Höhe von 22 945,3 Mio. EUR (2008: 29 393,3 Mio. EUR) Credit Default Swaps ausgewiesen, bei denen die LBBW den Kontrahenten Sicherheiten mit garantiefählichem Charakter bereitstellt. Die Credit Default Swaps betreffen 788 Einzelgeschäfte (Vorjahr 947). Das Volumen entfällt auf die Hauptanstalt mit 6 212,6 Mio. EUR (Vorjahr 10 461,3 Mio. EUR) sowie die Niederlassungen in London (14 569,4 Mio. EUR), Singapur (816,1 Mio. EUR) und New York (1 347,2 Mio. EUR). Der Gesamtbestand, einschließlich der Credit Default Swaps, bei denen die LBBW keine Sicherheiten stellt, ist unter (3) Derivate dargestellt.

Bei den unwiderruflichen Kreditzusagen handelt es sich ausschließlich um externe Zusagen. Lieferverpflichtungen aus Termingeschäften bestanden am Bilanzstichtag in Höhe von 1 429,3 Mio. EUR (2008: 1 853,1 Mio. EUR). Darin enthalten sind Geschäfte mit Schuldscheindarlehen (587,5 Mio. EUR), Termingelder (233,0 Mio. EUR), festverzinsliche Wertpapiere (550,4 Mio. EUR) sowie Wertpapierpensionsgeschäfte (58,4 Mio. EUR).

23. Patronatserklärung.

Die LBBW trägt, für die Dauer der Beteiligung und abgesehen vom Fall des politischen Risikos, für die in der Aufstellung des Anteilsbesitzes der LBBW gekennzeichneten Unternehmen unabhängig von der Anteilsquote dafür Sorge, dass diese ihre Verbindlichkeiten erfüllen können.

Die LBBW hat für die BW Bank Capital Funding LLC I sowie für die BW Bank Capital Funding LLC II eine Patronatserklärung abgegeben, die allen vor- und nachrangigen Verbindlichkeiten der LBBW einschließlich Genussrechtskapital im Rang nachsteht.

24. Gewährträgerhaftung.

Die LBBW haftet für die bis zum 18. Juli 2005 (Wegfall der Gewährträgerhaftung) entstandenen Verbindlichkeiten der DekaBank Deutsche Girozentrale, Berlin und Frankfurt am Main, sowie der LBS Landesbausparkasse Baden-Württemberg, Stuttgart und Karlsruhe, in bestimmten Fällen abhängig von Entstehungszeitpunkt und Laufzeit der Verbindlichkeit als Gewährträger fort; für nach diesem Zeitpunkt entstandene Verbindlichkeiten haftet die LBBW in keinem Fall als Gewährträger.

Entsprechendes gilt im Außenverhältnis für die im Zeitraum ihrer Beteiligung entstandenen Verbindlichkeiten folgender Kreditinstitute: ehemalige Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, Kiel, Westdeutsche ImmobilienBank AG, Mainz, ehemalige SLB Landesbank Sachsen Girozentrale, Leipzig, und ehemalige LRP Landesbank Rheinland-Pfalz, Mainz.

Darüber hinaus stellt die LBBW die Treugeber und die ehemaligen Träger der SLB im Innenverhältnis von allen Verbindlichkeiten aus der von ihnen übernommenen Gewährträgerhaftung und Anstaltslast bei der SLB frei, die nach Ablauf des 31. Dezember 2007 gegen die Treugeber und ehemaligen Träger der SLB erstmals geltend gemacht werden, sofern und soweit die Gewährträgerhaftung aufgrund von Ansprüchen der LBBW oder mit der LBBW im Sinne von §§ 15 ff AktG verbundenen Unternehmen im Zusammenhang mit der Sealink Struktur (Nachfolgesellschaft von Ormond Quay und Castle Views) einschließlich einer oder mehrerer Castle View-Vehikel besteht und sich dort Vermögensgegenstände befinden, die ursprünglich im Ormond Quay Portfolio enthalten waren (Issuer Valuation Agreement vom 06. Mai 2004 in der Fassung vom 07. Juli 2005 zwischen der SachsenLB Europe plc. und Ormond Quay Funding plc., Eden Quay Asset Limited, Ellis Quay Asset Management Limited sowie Merchants Quay Asset Management Limited).

Die LBBW stellt im Übrigen die Treugeber sowie die ehemaligen Träger der SLB im Innenverhältnis von allen Verbindlichkeiten aus der von ihnen übernommenen Gewährträgerhaftung und Anstaltslast bei der SLB frei, die nach Ablauf des 31. Dezember 2010 gegen die Treugeber sowie die ehemaligen Träger der SLB erstmals geltend gemacht werden.

25. Sonstige finanzielle Verpflichtungen.

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen, die weder in der Bilanz noch unter dem Bilanzstrich ausgewiesen sind, betragen bei der LBBW 905,8 Mio. EUR (2008: 915,9 Mio. EUR); davon entfallen 114,8 Mio. EUR jährlich auf langfristige Miet- und Leasingverträge sowie 75,8 Mio. EUR auf eine Nachschusspflicht für die Liquiditäts- und Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main. Gegenüber der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen bestehen Nachschusspflichten in Höhe von 649,0 Mio. EUR. Sofern ein Stützungsfall eintritt, können die Nachschüsse sofort eingefordert werden.

Von den sonstigen finanziellen Verpflichtungen der LBBW betreffen 41,3 Mio. EUR (2008: 56,1 Mio. EUR) verbundene Unternehmen.

Nach § 5 Abs. 10 der Statuten des Einlagensicherungsfonds haben wir uns verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin, von Verlusten freizustellen, die diesem durch eine Hilfeleistung zu Gunsten von im Mehrheitsbesitz der Landesbank Baden-Württemberg stehenden Kreditinstituten entstehen.

Bedingt durch den Jahresfehlbetrag werden Genussrechtsverbindlichkeiten und stille Einlagen im laufenden Abschluss nicht bedient. Die Genussrechtsverbindlichkeiten und stillen Einlagen nehmen darüber hinaus entsprechend ihrem Anteil am haftenden Eigenkapital am Verlust teil. Beide Maßnahmen entlasten den Jahresfehlbetrag bzw. Bilanzverlust.

Die Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals und der stillen Einlagen sowie die Nachholung ausgefallener Ausschüttungen ist grundsätzlich aufschiebend bedingt und hat bei Erzielung eines zukünftigen Jahresüberschusses bzw. Bilanzgewinns vorrangig vor der Dotierung der Anteilseigner bzw. der Rücklagen zu erfolgen. In Abhängigkeit von den vertraglichen Bedingungen muss die LBBW zum Teil auch nach Rückzahlung fälliger Genussrechtsverbindlichkeiten und stiller Einlagen ausgefallene Kapitalanteile bedienen.

Auch die aufschiebend bedingte Nachholung der Ausschüttung ist ebenfalls vertraglich unterschiedlich geregelt, erfolgt jedoch maximal bis zur Rückzahlung des jeweiligen Kapitals.

Die Verpflichtung zur Wiederauffüllung des Kapitals und zur Nachholung der nicht vorgenommenen Bedienung für stille Einlagen und Genussrechte beträgt per 31.12.2009 1 135,5 Mio. EUR.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung.

26. Sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen.

Von den sonstigen betrieblichen Erträgen entfallen 28,8 Mio. EUR (2008: 213,9 Mio. EUR) auf Veräußerungsgewinne aus dem Verkauf von Beteiligungen und Immobilien des Anlagevermögens sowie auf Erträge aus Vermietung und Verpachtung von Grundstücken und Gebäuden.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen setzen sich im Wesentlichen zusammen aus Personalaufwendungen für an Dritte überlassene Mitarbeiter i. H. v. 19,3 Mio. EUR (2008: 20,6 Mio. EUR), Aufwendungen für Grundstücke und Gebäude i. H. v. 12,6 Mio. EUR (2008: 7,9 Mio. EUR), Sachaufwendungen für bankfremdes Geschäft i. H. v. 12,2 Mio. EUR (2008: 13,0 Mio. EUR), Kantinenaufwendungen i. H. v. 10,1 Mio. EUR (2008: 8,4 Mio. EUR), Rückstellungszuführungen i. H. v. 18,7 Mio. EUR (2008: 7,0 Mio. EUR), Aufwendungen aus der Übertragung von Pensionsrückstellungen LRP i. H. v. 15,2 Mio. EUR (2008: 1,6 Mio. EUR) sowie übrigen Aufwendungen i. H. v. 25,6 Mio. EUR (2008: 9,2 Mio. EUR). 16,4 Mio. EUR der übrigen Aufwendungen resultieren aus der Deaktivierung von Grundstücken und Gebäuden, die bereits in Vorjahren abgegangen bzw. veräußert, jedoch nicht aktiviert wurden. Der Anstieg der aperiodischen Aufwendungen von 3,1 Mio. EUR im Vorjahr auf 18,0 Mio. EUR in 2009 resultiert im Wesentlichen aus diesem Sachverhalt.

27. Abschlussprüferhonorar.

Das im Geschäftsjahr als Aufwand erfasste Honorar für den Abschlussprüfer umfasst ausschließlich die von PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erbrachten Leistungen.

Mio. EUR	31.12.2009
Abschlussprüfungsleistungen	2,7
Anderer Bestätigungsleistungen	2,3
Steuerberatungsleistungen	0,1
Sonstige Leistungen	0,5
Gesamt	5,6

28. Außerordentliches Ergebnis.

Das außerordentliche Ergebnis resultiert im Wesentlichen aus den durch die Finanzmarktkrise bedingten Restrukturierungsaufwendungen. Im Geschäftsjahr 2009 war diesbezüglich die Bildung von Rückstellungen in Höhe von 375,6 Mio. EUR erforderlich, unterjährig fielen 18,1 Mio. EUR Aufwendungen an.

29. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag.

Der periodische Steueraufwand in Höhe von 39,0 Mio. EUR ist unter Einbeziehung der ausländischen Quellensteuer auf die positiven Ergebnisse der ausländischen Niederlassungen zurückzuführen.

Durch Vorjahresauswirkungen ergab sich ein aperiodischer Steueraufwand in Höhe von 0,9 Mio. EUR. Insgesamt sind somit EE-Steuern von 39,9 Mio. EUR zu verzeichnen.

30. Aufgliederung der Erträge nach geografischen Märkten.

Der Gesamtbetrag aus den GuV-Posten

Nr. 1: Zinserträge

Nr. 3: Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen

Nr. 5: Provisionserträge

Nr. 7: Nettoertrag aus Finanzgeschäften

Nr. 8: Sonstige betriebliche Erträge

verteilt sich auf die unten stehenden geografischen Märkte wie folgt:

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
Bundesrepublik Deutschland	13 354,6	19 563,2
Europa (EU-Staaten ohne Deutschland)	1 118,6	2 047,0
Asien	225,6	568,0
Amerika	351,6	828,5
Gesamt	15 050,4	23 006,8

31. Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung.

Für Dritte erbrachte Dienstleistungen betreffen insbesondere die Verwaltung und Vermittlung von Wertpapierdepots, Treuhandkrediten, Beteiligungen sowie Investment- und Immobilienfonds.

Sonstige Angaben.

32. Außerbilanzielle Geschäfte.

Mit Verabschiedung des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts (BilMoG) werden vom Bilanzierenden Angaben zu außerbilanziellen Geschäften verlangt. Zukünftig sind Art und Zweck sowie Risiken und Vorteile von nicht in der Bilanz erscheinenden Geschäften anzugeben, soweit dies für die Beurteilung der Finanzlage notwendig ist. Darunter fallen alle nicht nur schwebenden Transaktionen, die von vornherein keinen Eingang in die Handelsbilanz finden oder einen dauerhaften Abgang von Vermögensgegenständen oder Schulden aus der Handelsbilanz nach sich ziehen.

Widerrufliche Kreditzusagen:

Die Einräumung von jederzeit durch die Bank kündbaren (Dispositions-)Krediten ermöglicht es dem Kunden, sein Kontokorrentkonto im Rahmen der Kreditzusage zu überziehen, ohne i. d. R. Sicherheiten stellen zu müssen. Die Bank selbst profitiert aus diesem marktüblichen und standardisierten Produkt durch höhere Zinseinnahmen bei Inanspruchnahme ggf. auch bei Überschreiten der Zusage durch den Kunden. Dem stehen Risiken aus der Verschlechterung der finanziellen Situation des Kreditnehmers gegenüber. Es bestanden zum Jahresende widerrufliche Kreditzusagen in Höhe von 23,2 Mrd. Euro, die weder in der Bilanz noch unterhalb der Bilanz ausgewiesen werden müssen.

Zweckgesellschaften/Verbriefungen:

Die LBBW unterhält Geschäftsbeziehungen zu verschiedenen Zweckgesellschaften, die unterschiedliche Geschäftsmodelle verfolgen. Diese Geschäftsbeziehungen sind alle bilanziell (Forderungen, Wertpapiere, Wertberichtigungen) oder in Form von Eventualverbindlichkeiten oder anderen Verpflichtungen im Abschluss berücksichtigt.

Der Ankauf von Handels- und Leasingforderungen durch Zweckgesellschaften dient vorwiegend der Finanzierung mittelständischer Unternehmen. Die Zweckgesellschaften refinanzieren sich u. a. über die Emission forderungsgedeckter Geldmarktpapiere (Asset Backed Commercial Paper (ABCP)). Die LBBW stellt diesen Zweckgesellschaften Kredite und Liquiditätslinien zur Verfügung. Die Refinanzierung durch die LBBW wird bereits im Rechenwerk ausgewiesen.

Weitere Zweckgesellschaften investieren in (verbriefte) Wertpapiere. Risikoübernahmen durch die LBBW erfolgen durch die Refinanzierung der Gesellschaften über Commercial Papers, Kredite und Wertpapierpensionsgeschäfte sowie über von der LBBW gestellten Liquiditätslinien. Das Investment in Wertpapieren und deren signifikante Risiken können zu Wertberichtigungen für an die Zweckgesellschaft vergebene Kredite oder zur Inanspruchnahme von gegebenen Garantien im Abschluss der Bank führen. Diese Risiken sind in der Bilanz bzw. unterhalb der Bilanz berücksichtigt.

33. Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen.

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit werden Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen zu marktüblichen Bedingungen und Konditionen abgeschlossen. Der Umfang der Transaktionen aus Konzernsicht, basierend auf den International Financial Reporting Standards (IFRS), kann den folgenden Aufstellungen entnommen werden:

Mio. EUR	Anteilseigner	Mitglieder des Vorstandes und Verwaltungsrates	Verbundene Unternehmen	Assoziierte Unternehmen	Joint Ventures	Sonstige nahe stehende Personen/ Unternehmen
Forderungen an Kreditinstitute						
2009	957	0	50	320	0	5 867
2008	2 057	0	51	316	0	7 921
Forderungen an Kunden						
2009	4 439	3	2 778	372	27	32
2008	3 941	4	1 441	347	19	1 548
Handelsaktiva, der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte						
2009	904	0	9	36	0	332
2008	153	0	138	35	0	275
Finanzanlagen						
2009	12 700	0	241	10	0	137
2008	0	0	222	8	29	365
Sonstige Aktiva						
2009	0	0	0	1	0	0
2008	0	0	0	186	0	0
Aktiva insgesamt						
2009	19 000	3	3 078	739	27	6 368
2008	6 151	4	1 852	892	48	10 109

Mio. EUR	Anteilseigner	Mitglieder des Vorstandes und Verwaltungsrates	Verbundene Unternehmen	Assoziierte Unternehmen	Joint Ventures	Sonstige nahe stehende Personen/ Unternehmen
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
2009	5 064	0	67	232	0	8 828
2008	4 268	0	4	272	0	9 363
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden						
2009	13 986	5	751	74	9	0
2008	4 036	4	833	41	14	30
Verbrieftete Verbindlichkeiten						
2009	0	0	0	0	0	0
2008	0	0	0	0	0	0
Handelsspassiva, der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten						
2009	353	0	0	41	0	221
2008	241	0	12	51	0	365
Rückstellungen						
2009	0	0	0	0	0	0
2008	0	0	0	0	0	0
Sonstige Passiva						
2009	0	0	0	0	0	0
2008	0	0	1	0	0	1
Nachrangkapital						
2009	3 116	0	100	10	0	0
2008	3 120	0	100	5	0	0
Passiva insgesamt						
2009	22 519	5	918	357	9	9 049
2008	11 665	4	950	369	14	9 759

34. Beteiligungen der LBBW an großen Kapitalgesellschaften, die fünf vom Hundert der Stimmrechte überschreiten.

Atos Wordline Processing GmbH, Frankfurt am Main

B+S Card Service GmbH, Frankfurt am Main

Bürgschaftsbank Sachsen GmbH, Dresden

HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf

Siedlungswerk gemeinnützige Gesellschaft für Wohnungs- und Städtebau GmbH, Stuttgart

SOTRADA AG, Stuttgart

Südwestdeutsche Salzwerke AG, Heilbronn

Universal-Investment-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main

Württembergische Lebensversicherung AG, Stuttgart

Wüstenrot & Württembergische AG, Stuttgart

35. Die von gesetzlichen Vertretern oder Mitarbeitern der LBBW wahrgenommenen Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien und vergleichbaren Kontrollgremien von großen Kapitalgesellschaften und Kreditinstituten im Inland.

Gesellschaft	Mandatsart	Mandatsträger
AdCapital AG, Leinfelden-Echterdingen	Aufsichtsrat	Hans-Joachim Strüder
AKA Ausfuhrkredit GmbH, Frankfurt am Main	Aufsichtsrat stv. Aufsichtsrat	Joachim Landgraf Elvira Bergmann
Allgaier Werke GmbH, Uhingen	Aufsichtsrat	Joachim E. Schielke
Asknet AG, Karlsruhe	Aufsichtsrat	Joachim Hug
Bankhaus Ellwanger & Geiger KG, Stuttgart	Vorsitzender des Verwaltungsrats	Michael Horn
Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin	Aufsichtsrat	Hans-Jörg Vetter bis 02.07.2009
B+S Card Service GmbH, Frankfurt am Main	Aufsichtsrat	Rudolf Zipf
börse-Stuttgart AG, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat	Horst Marschall Hans-Joachim Strüder
Bürgerliches Brauhaus Ravensburg-Lindau AG, Ravensburg	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Harald R. Pfab
Bürgschaftsbank Baden-Württemberg GmbH, Stuttgart	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat	Dr. Bernhard Walter Jürgen Kugler
Bürgschaftsbank Sachsen GmbH, Dresden	Verwaltungsrat	Harald R. Pfab
DekaBank Deutsche Girozentrale, Berlin und Frankfurt am Main	1. stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats 2. stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats Verwaltungsrat	Hans-Jörg Vetter ab 01.08.2009 Dr. Siegfried Jaschinski bis 19.05.2009 Michael Horn ab 11.02.2009
Deutsche Pfandbriefbank AG, München	Aufsichtsrat	Hans-Jörg Vetter bis 13.08.2009
Deutscher Sparkassenverlag GmbH, Stuttgart	Aufsichtsrat Aufsichtsrat	Dr. Siegfried Jaschinski bis 19.05.2009 Hans-Jörg Vetter ab 01.11.2009
Dürr AG, Stuttgart	Aufsichtsrat	Joachim E. Schielke
ECC European Commodity Clearing AG, Dresden	Aufsichtsrat	Harald R. Pfab
Euwax AG, Stuttgart	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat	Horst Marschall Hans-Joachim Strüder
Grieshaber Logistik AG, Weingarten	Aufsichtsrat	Michael Horn
Heidelberger Druckmaschinen AG, Heidelberg	Aufsichtsrat	Dr. Siegfried Jaschinski als Vorstand der LBBW bis 10.06.2009
HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf	Aufsichtsrat Aufsichtsrat	Dr. Siegfried Jaschinski bis 19.05.2009 Hans-Jörg Vetter ab 30.09.2009
Hypo Real Estate Holding AG, München	Aufsichtsrat	Hans-Jörg Vetter bis 13.08.2009
Hymer AG, Bad Waldsee	Aufsichtsrat	Michael Horn
KfW Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main	Verwaltungsrat	Dr. Siegfried Jaschinski bis 19.05.2009

Gesellschaft	Mandatsart	Mandatsträger
LBBW Asset Management (Ireland) plc., Dublin	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Hans-Joachim Strüder bis 22.04.2009
	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Dr. Bernhard Walter bis 22.04.2009
LBBW Asset Management Investment GmbH, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Hans-Joachim Strüder
	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Horst Marschall
	Aufsichtsrat	Dr. Peter Merk ab 01.09.2009
	Aufsichtsrat	Dr. Peter M. Haid ab 01.09.2009
LBBW Bank CZ a.s., Prag	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Manuel Köppel ab 12.01. bis 31.08.2009
	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Michael Horn
LBBW Immobilien GmbH, Stuttgart	Aufsichtsrat	Dr. Peter Kaemmerer Andreas Fohrmann Harald R. Pfab
	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Dr. Siegfried Jaschinski bis 19.05.2009
	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Hans-Jörg Vetter ab 25.06.2009
LBBW Luxemburg S.A., Luxemburg	Aufsichtsrat	Dr. Peter Kaemmerer ab 27.03.2009
	Aufsichtsrat	Dr. Bernhard Walter
	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Hans-Joachim Strüder
LBBW (Schweiz) AG, Zürich	Aufsichtsrat	Michael Horn
	Aufsichtsrat	Dr. Peter Kaemmerer
LBS Baden-Württemberg, Stuttgart und Karlsruhe	Aufsichtsrat	Berthold Veil
	Vorsitzender des Verwaltungsrats	Horst Marschall
MKB Mittelrheinische Bank GmbH, Koblenz	Verwaltungsrat	Michael Horn
	stv. Verwaltungsrat	Rudolf Zipf
MMV-Leasing GmbH, Koblenz	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Joachim E. Schielke
	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Michael Horn
	Aufsichtsrat	Dr. Bernhard Walter
Paul Hartmann AG, Heidenheim a. d. Brenz	Vorsitzender des Beirats	Joachim E. Schielke
	stv. Vorsitzender des Beirats	Michael Horn
quirin bank AG, Berlin	Beirat	Dr. Bernhard Walter
	Aufsichtsrat	Joachim E. Schielke
Rohwedder AG, Bermatingen	Aufsichtsrat	Andreas Benninger
	Aufsichtsrat	Dr. Peter Kaemmerer bis 31.12.2009
Schlossgartenbau AG, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Hans Strudel bis 30.06.2009
	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Achim Kern ab 04.12.2009 (20.10. bis 03.12.2009 Mitglied)
	Aufsichtsrat	Dr. Armin Brendle
	Aufsichtsrat	Markus Pflitsch ab 01.07. bis 14.08.2009
Schwabenverlag AG, Ostfildern	Aufsichtsrat	Werner Partsch bis 30.09.2009 als Mitarbeiter der Bank

Gesellschaft	Mandatsart	Mandatsträger
Schweizerische National-Versicherungs-Gesellschaft, Basel	Verwaltungsrat	Dr. Peter Kaemmerer
Siedlungswerk Gemeinnützige Gesellschaft für Wohnungs- und Städtebau mbH, Stuttgart	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat	Michael Horn Dr. Stefan Hofmann ab 16.07.2009
SOTRADA, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat Aufsichtsrat	Ralf Menzel Ralf Winkelmann bis 28.02.2009 Andreas Leonhard ab 01.03.2009
Sparkasse Donnersberg, Rockenhausen	Verwaltungsrat	Gabriela Wildanger-Hofmeister
Stratec biomedical Systems AG, Birkenfeld	Aufsichtsrat	Burkhard Wollny bis 20.05.2009
SV Sparkassenversicherung Holding AG, Stuttgart	Aufsichtsrat	Michael Horn
Universal-Investment-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Aufsichtsrat	Horst Marschall
Voralberger Landes- und Hypothekenbank, Bregenz	Aufsichtsrat	Michael Horn
Württembergische Lebensversicherung AG, Stuttgart	Aufsichtsrat	Michael Horn
Wüstenrot Bank AG Pfandbriefbank, Ludwigsburg	Aufsichtsrat	Hans-Joachim Strüder
Wüstenrot & Württembergische AG, Stuttgart	Aufsichtsrat	Joachim E. Schielke

36. Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt.

	Männlich	Weiblich	Insgesamt
LBBW			
Inländische Hauptsitze/Zweigniederlassungen	5 148	5 442	10 590
Ausländische Niederlassungen	180	102	282
Repräsentanzen	28	19	47
Summe LBBW	5 356	5 563	10 919
Nachrichtlich:			
Auszubildende	293	340	633

37. Gesamtbezüge der Organe.

Die Gesamtbezüge des Vorstands der LBBW betragen 4,5 Mio. EUR (2008: 5,7 Mio. EUR). Die Bezüge der Mitglieder des Verwaltungsrats, der Trägerversammlung und des Kreditausschusses betragen 0,6 Mio. EUR (2008: 0,6 Mio. EUR). Die Gesamtbezüge früherer Mitglieder des Vorstands und ihrer Hinterbliebenen belaufen sich auf insgesamt 9,0 Mio. EUR (2008: 9,9 Mio. EUR); die Pensionsrückstellungen für frühere Mitglieder des Vorstands und ihre Hinterbliebenen sind in Höhe von 80,1 Mio. EUR gebildet (2008: 82,5 Mio. EUR).

38. Vorschüsse und Kredite an sowie Haftungsverhältnisse zu Gunsten der Organe der LBBW bzw. deren Vorgängerinstitute.

Mio. EUR	Vorstand	Verwaltungs- rat	Träger- versammlung
Vorschüsse und Kredite	0,5	2,6	0,2
Haftungsverhältnisse	0,0	0,0	0,0

Vorstand und Verwaltungsrat der LBBW.

Vorstand

DR. SIEGFRIED JASCHINSKI
Vorsitzender (bis 10.06.2009)

HANS-JÖRG VETTER
Vorsitzender (ab 11.06.2009)

MICHAEL HORN
stv. Vorsitzender

DR. PETER A. KAEMMERER

JOACHIM E. SCHIELKE

HANS-JOACHIM STRÜDER

DR. BERNHARD WALTER

RUDOLF ZIPF

Verwaltungsrat der LBBW.

Vorsitzender

PETER SCHNEIDER MdL
Präsident des Sparkassenverbands
Baden-Württemberg, Stuttgart

1. stv. Vorsitzender

STEFAN MAPPUS MdL
Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag
von Baden-Württemberg, Stuttgart

2. stv. Vorsitzender

DR. WOLFGANG SCHUSTER
Oberbürgermeister der
Landeshauptstadt Stuttgart

Ordentliche Mitglieder

DIPL.-OEC. MUHTEREM ARAS
ab 17.09.2009
Stadträtin, Steuerberaterin, Vorsitzende
der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
im Gemeinderat der Landeshauptstadt
Stuttgart

THOMAS BERRETH *
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

HARALD COBLENZ *
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Karlsruhe

WOLFGANG DIETZ
ab 01.10.2009
Oberbürgermeister der Stadt
Weil am Rhein

BERND DOLL
bis 30.09.2009
Oberbürgermeister a. D. der Stadt Bruchsal

DR.-ING. E. H. HEINZ DÜRR
Vorsitzender des Aufsichtsrats
der Dürr AG, Stuttgart

WALTER FRÖSCHLE *
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

PROF. DR. ULRICH GOLL MdL
ab 01.01.2009
Stv. Ministerpräsident, Justizminister des
Landes Baden-Württemberg, Stuttgart

DR. JUR. RAINER HAAS M. A.
ab 16.12.2009
Senator h. c.,
Landrat des Landkreises Ludwigsburg,
Vorsitzender des Verwaltungsrats der
Kreissparkasse Ludwigsburg

ALBERT HÄBERLE
Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Kreissparkasse Waiblingen

KARLHEINZ HEINZELMANN *
Bankangestellter im Vorruhestand,
Besigheim

HELMUT HIMMELSBACH
Oberbürgermeister der Stadt Heilbronn

UDO HUMMEL *
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

**PROFESSOR DR. SC. TECHN.
DIETER HUNDT**
Senator e. h.,
Präsident der Bundesvereinigung der
Deutschen Arbeitgeberverbände,
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
ALLGAIER-WERKE GmbH, Uhingen

JENS JUNGBAUER *
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

DIPL.-ING. (FH) MANFRED KANZLEITER
bis 17.09.2009
Stadtrat, Stuttgart

LIAN LIE LIEM *
Bankangestellte der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

GÜNTHER NOLLERT *
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Mannheim

PROF. DR. WOLFGANG REINHART MdL
Minister für Bundes- und Europa-
angelegenheiten und im Staats-
ministerium von Baden-Württemberg

IRIS RIPSAM
bis 17.09.2009
Stadträtin, Stuttgart

DIPL.-VOLKSWIRT EUGEN SCHÄUFELE
Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Kreissparkasse Reutlingen

* von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gewählt

DR. STEFAN SCHEFFOLD MdL

ab 01.01.2009
Rechtsanwalt, Stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, Stuttgart

HELMUT SCHLEWEIS

bis 31.12.2009
Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Heidelberg

DR. NILS SCHMID MdL

Rechtsanwalt, Stv. Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, Stuttgart

CLAUS SCHMIEDEL MdL

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, Stuttgart

WILLI STÄCHELE MdL

Finanzminister des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart

FRED-JÜRGEN STRADINGER

ab 17.09.2009
Stadtrat, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart

HANS OTTO STREUBER

bis 12.06.2009
Präsident des Sparkassenverbandes Rheinland-Pfalz, Budenheim

WERNER UNFRIED*

Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

KURT WIDMAIER

Landrat des Landkreises Ravensburg, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Kreissparkasse Ravensburg

NORBERT ZIPF*

Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

Stellvertretende Mitglieder

JOSEF AHMED

ab 17.07.2009
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

DIPL.-OEC. MUHTEREM ARAS

bis 17.09.2009
Stadträtin, Steuerberaterin, Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart

HANS BAUER*

Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

DIPL.-WIRTSCH.-ING. (FH)

BERND BECHTOLD
ab 05.05.2009
Präsident der IHK Karlsruhe, Geschäftsführender Gesellschafter b.i.g. bechtold INGENIEURGESELLSCHAFT MBH, Karlsruhe

GÜNTHER BENZ

ab 05.05.2009 bis 01.10.2009
Ministerialdirektor im Innenministerium von Baden-Württemberg, Stuttgart

DR. ROSWITHA BLIND

ab 17.09.2009
Stadträtin, Vorsitzende der SPD-Fraktion im Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart

CHRISTIAN BRAND

Vorsitzender des Vorstands der Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank, Karlsruhe

OTWIN BRUCKER

ab 23.11.2009
Bürgermeister a. D., Pliezhausen

ROLAND BÜRKLE

Bürgermeister der Stadt Bad Wurzach

MICHAEL FÖLL

Erster Bürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart

REINHARD FRANK

ab 23.11.2009
Landrat des Main-Tauber-Kreises, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Sparkasse Tauberfranken, Tauberbischofsheim

ARMIN FREUNDL*

Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

DR. HANS-DIETER FREY

ab 05.05.2009
Ministerialdirigent im Wirtschaftsministerium von Baden-Württemberg, Stuttgart

DIRK GAERTE

ab 16.12.2009
Landrat des Landkreises Sigmaringen, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Hohenzollerischen Landesbank Kreissparkasse Sigmaringen

REINHOLD GALL MdL

ab 17.11.2009
Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, Stuttgart

DR. JUR. RAINER HAAS M.A.

bis 16.12.2009
Senator h.c., Landrat des Landkreises Ludwigsburg, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Kreissparkasse Ludwigsburg

EBERHARD HÄGE*

Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

MARTIN HAIBLE*

Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

DIPL.-VERW.-WIRT (FH)

KLAUS HERRMANN MdL
ab 05.05.2009
Finanzpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, Stuttgart

* von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gewählt

HANS GEORG JUNGINGER

ab 05.05.2009 bis 17.11.2009
Rechtsanwalt, Weinheim

DR. MICHAEL KIENZLE

ab 17.09.2009
Stadtrat, Stuttgart

TIMO KLEIN*

bis 30.06.2009
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Karlsruhe

MICHAEL KLEINER

ab 17.11.2009
Leitender Ministerialrat im Staats-
ministerium von Baden-Württemberg,
Karlsruhe

SABINE LEHMANN*

Bankangestellte der Landesbank
Baden-Württemberg, Mannheim

PROF. DR. DORIT LOOS

bis 17.09.2009
Stadträtin, Stuttgart

THOMAS LÜTZELBERGER

Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Sparkasse Schwäbisch
Hall-Crailsheim

HERMANN MADER

bis 23.11.2009
Landrat des Landkreises Heidenheim,
Vorsitzender des Verwaltungsrats der
Kreissparkasse Heidenheim

SIEGMAR MÜLLER

ab 01.01.2009 bis 12.06.2009
Sparkassendirektor, Vorsitzender
des Vorstands der
Sparkasse Germersheim-Kandel

SIEGFRIED RIEG

bis 23.11.2009
Kreisrat, Oberbürgermeister a. D., Giengen

DIETER RÖSLER*

Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

CHRISTIAN ROGG*

Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

JOHANN ROTH

Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Bezirkssparkasse Reichenau

HELMUT WALTER RÜECK MdL

ab 05.05.2009
Mitglied des Geschäftsführenden
Vorstands der CDU-Fraktion im Landtag
Baden-Württemberg, Stuttgart

DIPL.-ING. (FH) INGO RUST MdL

ab 05.05.2009
Vorsitzender des Finanzausschusses
des Landtags von Baden-Württemberg,
Stuttgart

DR. H. C. KLAUS SCHMIDT

ab 01.01.2009
Vorsitzender der Vorstände der
DEKRA e. V./AG, Stuttgart

GERD SIEBERTZ*

Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

RENATE STEINER*

Bankangestellte der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

JOACHIM WALTER

Landrat des Landkreises Tübingen,
Vorsitzender des Verwaltungsrats der
Kreissparkasse Tübingen

* von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gewählt

Versicherung der gesetzlichen Vertreter.

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Landesbank Baden-Württemberg vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Landesbank Baden-Württemberg so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Landesbank Baden-Württemberg beschrieben sind.

Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz, den 25. März 2010

Der Vorstand



HANS-JÖRG VETTER
Vorsitzender



MICHAEL HORN
Stv. Vorsitzender



DR. PETER A. KAEMMERER



JOACHIM E. SCHIELKE



HANS-JOACHIM STRÜDER



DR. BERNHARD WALTER



RUDOLF ZIPF

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers.

»Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz (LBBW) für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der LBBW. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der LBBW und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.«

Stuttgart, den 25. März 2010

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

WALTER SCHULDT **DR. ANDREAS RUSS**
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer